

PROTOKOLL

Begrüßung

Körper

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin, meine Herren!

Es würde nicht viel einbringen, wenn ich zu Beginn unserer heutigen Diskussion den Versuch machen wollte, in diesem ausgesuchten Kreis von Experten mit raschen Zügen die verschiedenen kleinen und großen Schritte auf dem bisherigen unbefriedigenden Weg zur Hochschulreform nachzuzeichnen. Mit Shakespeare würde ich sagen: "Nehmt alles nur in allem" - es wurde viel diskutiert, geschrieben, versucht und gehandelt auf dem zurückgelegten mühevollen Weg von dem kurz nach dem Kriege erarbeiteten "Hamburger Blauen Gutachten" - dem ersten Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik - bis zu den vor einigen Tagen vom Wissenschaftsrat vorgelegten "Empfehlungen zum Ausbau der Wissenschaftlichen Hochschulen bis 1970" - Vorschläge, an denen sich eine radikale Diskussion entzünden sollte.

Zu dieser Diskussion des 26. Bergedorfer Gesprächskreises möchte ich Sie alle recht herzlich willkommen heißen. Ich freue mich ganz besonders, daß Herr Professor Dahrendorf das Referat übernommen hat und Herr Professor Becker die Diskussion leiten wird. Er spürt sicher wie wir, daß er einen stets wachen und höchst agilen Kreis wird handhaben müssen.

Für mich und andere Beobachter außerhalb der Universitäten ist es erstaunlich, daß es sich seit Jahren immer noch um fast die gleiche, im Grunde ungeordnete Hochschullandschaft handelt. Nur scheinen die Einbahnstraßen, Irrwege und Sackgassen in dieser Landschaft erheblich zugenommen zu haben. Es herrscht zweifellos ein Ungleichgewichtszustand. Große und kleine Akteure balancieren auf dem Drahtseil der Hochschulpolitik, während die Zuschauer, die Öffentlichkeit und vor allem die Studenten mit immer lebhafterer Kritik reagieren.

Wenn ich mich bei der Beurteilung der bisherigen Bildungspolitik einmal der deutlichen Sprache der Wirtschaft bedienen darf, so würde ich sagen, daß nach so vielen Jahren scheinbar konkurrierender Entwicklungen zwischen den einzelnen Bundesländern der gesellschaftliche "Markt" mit seinen Notwendigkeiten und Bedürfnissen in seinem Trend ungenügend gesehen oder berücksichtigt wurde. Ich kann aus der Sicht des Unternehmers nur feststellen, daß wegen unzureichender "Produktionsstätten" für Forschung und Lehre und vor allen Dingen wegen fehlender "marktgerechter Betriebsmittel" ungenügend und sehr häufig am Markt vorbei produziert wurde.

In dieser Hochschullandschaft sind nun seit Jahren eindeutige Basispunkte gesetzt, die bei jeder Neuvermessung, also auch bei den vorzuschlagenden Reformen, unbedingt einbezogen werden müssen. Das ist zum Beispiel jener Bezugspunkt, von dem aus das Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik - Bildung als Bürgerrecht - einsetzte. Ferner nenne ich das Dichgans-Problem, das die Meßlatte an die überlange Studiendauer anlegt und den Gründen für Studienabbruch nachgeht. Außerdem hat das Institut für Bildungsforschung in Berlin in jener Untersuchung von Kath, Oehler und Reichwein umfangreiche Daten erarbeitet, die in anschaulichen und wahrscheinlich jederzeit wiederholbaren Beispielen zeigten, daß rein formale Änderungen der Universitätsstruktur den Kern der erkennbaren Krankheit nicht treffen. Einen weiteren Markierungspunkt bilden die kritischen Beiträge zur Erbschaft und Reform der deutschen Universitäten von Nitsch, Gerhardt, Offe und Preuss.

Alle diese Kritiker begreifen sich in ihren Urteilen und Vorschlägen zur Reform aus den Notwendigkeiten unserer Zeit. Sie glauben zu wissen, daß die Universität eine gesellschaftliche Institution darstellt, daß man Bildung nicht mehr gegen Ausbildung ausspielen kann - auch deshalb nicht, weil wir, wie Waldemar Besson kürzlich schrieb, "kein Reich der Freiheit jenseits der Sphäre der Nützlichkeit mehr zu konstruieren wagen."

Wenn uns aber die industrielle Gesellschaft mit ihrer Forderung nach Nützlichkeiten und Zweckmäßigkeiten - wie der Wolf Großmutter und Rotkäppchen - erst mit Haut und Haaren aufgefressen hat: Was tun wir dann? Warten wir in geistig verödender Landschaft auf den Jäger, der

mit seinem Hirschfänger das Leben wieder freilegt, das erhoffte sinnvolle wissenschaftliche Leben, das von Zweckmäßigkeiten uneingeengt, also eigentlich "frei" sein sollte?

Die in der Reformdiskussion umstrittenen Fragen scheinen sich jetzt zu auflösbaren Gegensätzen zu reduzieren. Ich meine, um ein Beispiel anzuführen: Entweder ist die Steigerung der Produktivität - wie Habermas vor kurzem in Berlin bemerkte - der einzige Gesichtspunkt einer Reform, welche eine entpolitisierte Hochschule in das System der gesellschaftlichen Arbeit fugenlos integriert und sie zugleich aus ihrer Verzahnung mit der politischen Öffentlichkeit löst, dann wäre sie sozusagen eine Produktionsstätte mit genormtem, gesellschaftlich genau zu berechnendem Ausstoß. Will man das jedoch nicht, muß die Universität ihre Stellung in der Demokratie behaupten. Das scheint aber heute nur noch auf dem Wege möglich zu sein, der, nicht ohne Mißverständnisse zu schaffen, "Demokratisierung der Hochschule" genannt wird.

In seiner Schrift "Bildung ist Bürgerrecht" begab sich Herr Dahrendorf auf die Suche nach Ersatzwegen, wie er sie damals nannte, um mit den konkurrierenden Ansprüchen von Bildungs- und Wissenschaftspolitik fertig zu werden. Wir sind sehr interessiert zu erfahren, welche neuen Wege er uns heute weisen wird. Es wäre schön, sehr verehrter Herr Dahrendorf, wenn wir Ihnen jetzt nur noch eine goldene Schere zu reichen hätten, mit der das Band über der neuen Straße zur Reform durchschnitten und die Fahrbahn in eine wissenschaftlich und gesellschaftlich befriedigende hochschulpolitische Zukunft freigegeben wird.

Dahrendorf

Zwischen dem berechtigten Wunsch einer ständig wachsenden Zahl von Menschen nach einer weiterführenden Ausbildung und der Gestalt und Ausstattung unserer Hochschulen besteht zur Zeit ein nicht mehr abzuweisender Widerspruch. Ich möchte Ihnen heute einen Vorschlag unterbreiten, wie dieser Widerspruch aufgehoben werden könnte. Dabei handelt es sich um das Ergebnis der Arbeit eines Kreises, der in Baden-Württemberg ein Jahr lang die Problematik der Hochschulreform zum Gegenstand intensiver Diskussionen machte. Dieser Arbeitskreis wurde vom Kultusminister von Baden-Württemberg eingesetzt. Was ich Ihnen nun vortrage, ist also in keiner Weise mein Werk. Vielleicht werde ich gelegentlich ein paar persönliche Schnörkel in meinem Bericht anbringen. Dann wird der hier anwesende Herr Brederick als Mitglied dieses Arbeitskreises sicherlich dafür sorgen, daß meine eigenen Zutaten deutlich gemacht werden.

Der Vorschlag erhielt den Namen "Hochschulgesamtplan". Er wird dem Kultusminister am 31. Juli 1967 und dann auch der Öffentlichkeit überreicht und soll gerade in dieser Zeit, in der sich Gutachten zur Wissenschafts- und Hochschulpolitik drängen, wichtige neue Gesichtspunkte zur Diskussion stellen.

Nach einigen einführenden Bemerkungen über das Problem, seine Dimensionen und die Art seiner Lösung, die dem unter meinem Vorsitz stehenden Arbeitskreis sinnvoll erscheinen, werde ich die Struktur des Hochschulwesens im einzelnen schildern, mit der wir glauben, dem Problem der Nachfrage nach einem wissenschaftlichen Studium in Zukunft Herr werden zu können. Ich will sowohl auf Studiengänge und ihre Zukunft als auch auf Fragen des Personals und der Organisation der Hochschule eingehen. Zum Schluß möchte ich zu zeigen versuchen, wie mit Hilfe dieses Vorschlages die Problematik, die uns alle bedrängt, im quantitativen Sinne bewältigt werden kann.

Unsere Wissenschaftlichen Hochschulen sind überfüllt. Damit sage ich niemandem unter Ihnen etwas Neues. Inzwischen gibt es nicht nur an den Medizinischen, sondern auch an anderen Fakultäten einen numerus clausus. In Köln ist er in Gesprächen zwischen dem Kultusminister von Nordrhein-Westfalen und den Vertretern der Universität noch einmal zurückgewiesen worden. In Heidelberg gibt es den numerus clausus an der Philosophischen Fakultät bereits seit einem Semester, andere Hochschulen praktizieren ihn still oder offen. Das heutige Zahlenproblem ist der Anfang einer Entwicklung, deren Dimensionen der Wissenschaftsrat mit der seinen quantitativen Schätzungen eigenen Vorsicht für das Jahr 1980 auf etwa 125.000 Abiturienten beziffert. Manche sind sich darüber klar, daß diese Zahl möglicherweise schon fünf Jahre vorher erreicht werden wird.

Die Entwicklung unseres weiterführenden Ausbildungswesens hat in den letzten Jahren den gleichen explosiven Charakter angenommen, den wir bereits aus anderen Ländern kennen. Spät haben auch wir in der Bundesrepublik festgestellt, daß zur Erklärung der Entwicklung von Abiturientenzahlen beziehungsweise der Zahl derer, die in weiterführende Bildungseinrichtungen gehen, nicht Wachstums-, sondern epidemiologische Modelle angemessen sind. Es handelt sich hier um einen Prozeß, der, wenn er einmal die Schwelle überschritten hat, sich in einem Umfang fortsetzen wird, den sich in der Vergangenheit kaum jemand vorstellen konnte. Dabei hat sich gezeigt, daß unsere Gymnasien und unser gesamtes Bildungswesen trotz seiner Anspannung elastischer waren, als mancher von uns vermutete. Der Anteil derer, die zu den weiterführenden Schulen übergehen, wie auch vor allem der Anteil derer, die vorzeitig von den Gymnasien abgehen, haben sich in wenigen Jahren so radikal verändert, daß viele Aussagen in den jetzt veröffentlichten leistungsökonomischen Studien schon nicht mehr gelten. Der Übergang hat sich erheblich gesteigert, während sich der vorzeitige Abgang in einer Reihe von Bundesländern gegenwärtig stark verringert - beides in einem Ausmaß, das wir bisher nicht für möglich gehalten haben.

Diese wenigen Hinweise sollen genügen, um die Dimension des quantitativen Problems anzugeben, vor dem wir in unserem Hochschulwesen stehen. Um in dieser Hinsicht eine vernünftige Lösung zu finden, erwähne ich vor allem drei Gesichtspunkte. Wie sieht - erstens - die Welt aus, in die Absolventen unserer weiterführenden Bildungseinrichtungen heute gehen? In dieser Formulierung spreche ich bewußt noch nicht vom Bedarf. Eine ausschließlich von einem problematischen Bedarf her gesteuerte Bildungspolitik ist weder sehr human, noch entspricht sie einer Gesellschaft, in der der Verbrauch an Bildung in der beruflichen Welt nur einen Teil des Nutzens ausmacht, den Bildung für Menschen haben soll. Wir brauchen eine umfassendere Sicht auf die Chancen und Ansprüche der Menschen, die durch unsere Bildungseinrichtungen gehen. Dann wird auch die Problematik aller quantitativ scheinbar präzisen Bedarfsberechnungen deutlicher und deren Wirkung auf die bildungspolitischen Entscheidungen eingeschränkt.

Zweitens müssen wir die Wünsche und Fähigkeiten der Menschen selbst in Rechnung stellen. Welche Bildungs- und Ausbildungsgänge suchen die Menschen für sich, und wie sehen nach Richtung und Höhe der Begabung angemessene Ausbildungsgänge aus? Dabei brauchen wir die alten, leider bei uns noch immer gelegentlich diskutierten Thesen von einem festen Potential an Begabten etwa in Höhe von fünf Prozent hier nicht zu erörtern. Begabung selbst ist ein dynamisches, weitgehend durch soziale Faktoren beeinflussbares Element im Bildungsbereich. Hier sind keine festen, prinzipiellen Grenzen angebar.

Wie können - drittens - die Kapazitäten unserer Bildungseinrichtungen in die Lage versetzt werden, die ständig wachsende Zahl von Nachfragenden sinnvoll zu bewältigen? Angesichts der bestehenden Situation müssen wir die Politik der bloßen Vermehrung von Einrichtungen und Stellen aufgeben und entschieden beginnen, die Strukturen unseres Hochschulwesens selbst umzubauen. Dafür ist mein Referat im ganzen ein Plädoyer.

Ich greife zwei Prinzipien, die dem Entwurf des Hochschulgesamtplans zugrunde liegen, heraus, weil nur diese beiden für das Verständnis des hier vorgelegten Ansatzes entscheidend sind. Das erste und vielleicht kontroverseste Prinzip: Es sollte von der Einführung eines absoluten numerus clausus in unseren Hochschulen grundsätzlich abgesehen werden. Wir unterscheiden zwischen einem absoluten numerus clausus, bei dem Berechtigte generell von den Hochschulen abgewiesen werden, und einem relativen numerus clausus, der nur für einzelne Fächer oder einzelne Hochschulen gilt. Zunächst spreche ich vom absoluten numerus clausus. Nach der Ausgangsthese des baden-württembergischen Hochschulgesamtplans besteht in gewisser Weise eine staatliche Verpflichtung, einem jeden, der die Hochschulreife erworben hat, prinzipiell einen Studienplatz zur Verfügung zu stellen. Es wäre leicht, aber auch unbefriedigend, sich zur Begründung dieses Prinzips auf geltende rechtliche Regelungen zurückzuziehen.

Sinnvoller und sachlich richtiger erscheint mir der Hinweis darauf, daß in unserem Schulwesen das Abitur keinerlei berufsqualifizierenden Charakter hat. Es mag sein, daß im Zuge einer noch größeren Differenzierung der Wege zum Abitur einzelne Gymnasialabschlüsse einen stärkeren berufsqualifizierenden Charakter bekommen, als dies heute für die humanistischen, neusprachlichen oder mathematisch-naturwissenschaftlichen Anstalten der Fall ist. Grundsätzlich stellt das Abitur jedoch ein Versprechen auf weitere Ausbildung dar. Das schließt zwar das Recht auf Hochschul- oder gar Universitätsausbildung heutigen Typs nicht ein; weiterführende Ausbildung kann auch im engeren Zusammenhang mit den Berufsbereichen stattfinden; aber es spricht vieles dafür, daß die Abiturienten auch in Zukunft die Fortsetzung ihrer Ausbildung im Hochschulbereich suchen werden und der Anteil solcher Abiturienten nicht wesentlich unter neunzig Prozent absinken wird.

Das zweite Prinzip ist ganz anderer Natur. Wir können ein Angebot an Studienplätzen für eine weiterwachsende Abiturientenzahl nicht finden, wenn wir unseren Blick auf die heutigen Wissenschaftlichen Hochschulen begrenzen. Um die Hochschullandschaft der Zukunft zu beschreiben, müssen wir eine Reihe anderer Bildungseinrichtungen in unsere Überlegungen einbeziehen. Der Auftrag für den baden-württembergischen Hochschulgesamtplan geht dahin, die Wissenschaftlichen und Pädagogischen Hochschulen, die Studienseminare, Kunsthochschulen, Ingenieurschulen und die Höheren Fachschulen in einem Zusammenhang zu behandeln. Dieser Auftrag läßt sich auch als ein Programm verstehen, das darauf hinausläuft, in diesem Gesamtbereich grundsätzlich die Studienplätze zu suchen, mit denen den Abiturienten von morgen die Möglichkeit einer akademischen Ausbildung geboten werden kann.

Ich komme jetzt zur Darstellung jenes Strukturmodells, das der baden-württembergische Arbeitskreis entwickelt hat. Dabei versuchen wir, den drei genannten Gesichtspunkten gerecht zu werden: der Welt der Berufe und des Bedarfs im allgemeinen Sinne, den Begabungen und Wünschen der Menschen und den Kapazitäten der Hochschulen. Für die Darstellung dieses Modells möchte ich mich einer Illustration*) bedienen, die einen Hinweis auf formale Strukturen des Studiums und seiner Gänge geben soll.

Auf der vertikalen Achse finden Sie die Studienjahre, auf der horizontalen die - allerdings nicht im Detail abzumessende - Zahl der in die Hochschule Eintretenden, die in die verschiedenen Bereiche gehen. Es ist der Grundgedanke des Modells, daß wir eine stärkere Differenzierung der heute bekannten Studiengänge brauchen, wenn wir die gestellte Aufgabe erfüllen wollen. In unserem Hochschulwesen sollte in Zukunft unterschieden werden zwischen den heute bekannten Studiengängen, die ich als Langstudiengänge bezeichnen will, und einem neuen Typus, für den der Name Kurzstudiengang gewählt wurde.

Die Eingangsstufe zum Hochschulwesen, auch für die Kurzstudiengänge, ist die Hochschulreife. Es läge nahe, an diesem Punkt ausführlich über die Entwicklung zur Hochschulreife in der Vergangenheit

und die voraussichtliche und wünschbare Entwicklung in der Zukunft zu sprechen. Wir gehen indes davon aus - wenn ich dies mit einer gewissen polemischen Zuspitzung formulieren darf;- , daß die Veränderungen im Hochschulbereich selber ansetzen sollen, und nicht im Gymnasium oder bei der Hochschulreife. Wir nehmen somit die differenzierten Wege zum Abitur, wie sie für unser Gymnasium heute kennzeichnend sind, zunächst als gegeben hin und suchen im Hochschulbereich eine Antwort auf die Nachfrage nach Studienplätzen, wie sie aus diesen Wegen in unterschiedlicher Weise begründet werden. Dazu kann auch eine Gruppe gehören, die die Hochschulreife über Fachschule - heute Höhere Fachschulen - erworben hat, also nicht über das Gymnasium kommt.

Von der Hochschulreife aus gibt es nun, wie gesagt, einmal die Kurzstudiengänge, die nach drei Jahren zu einem akademischen Abschluß führen, wobei die Prüfungsperiode selbst innerhalb der drei Jahre liegt, so daß die Absolventen die Hochschule nach diesem Zeitraum tatsächlich verlassen können. Daneben bleiben die bekannten Langstudiengänge bestehen. Entsprechend den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums gibt es hier eine erste straffere Phase, in der in der Regel bestimmte Zwischenqualifikationen erworben werden - möglicherweise durch eine Zwischenprüfung nach zwei Jahren. Dann folgt eine zweite Phase eines aufgelockerten Studiums, in der nach wie vor - zumindest in den Fächern, in denen es traditionell geschieht und sinnvoll ist - ein Ort für die akademische Freiheit als Lernfreiheit besteht. Da die zweite Phase nicht so straff geordnet ist wie die erste beziehungsweise wie die Kurzstudiengänge, darf man an ihren Abschluß in diesem Schema keine Linie setzen. Man kann also nicht davon ausgehen, daß alle Absolventen des Langstudiums in allen Fächern - oder auch nur in demselben Fach - die Hochschule nach der gleichen Studienzeit verlassen. Das ist der Sinn der Wellenlinie in der Illustration, die durch die Striche unterschiedlicher Länge entsteht, insbesondere dann, wenn man die Prüfungsperiode mit einrechnet, die zumindest in allen experimentellen Wissenschaften eine erhebliche Zeit umfaßt. Werden zum Beispiel die Diplomarbeiten erst nach acht Semestern begonnen, ist eine Studienzeit von viereinhalb oder fünf Jahren als Erwartungswert sogar noch gering gerechnet. Diese Angaben sind sehr viel niedriger als die heutige Wirklichkeit. Sie setzen die Umsetzungen bereits voraus, die der Wissenschaftsrat zur Neuordnung des Studiums empfohlen hat.

Im Arbeitskreis gab es Diskussionen darüber, welche Dauer man für das Langstudium durchschnittlich ansetzen soll. Für unsere quantitativen Berechnungen gingen wir dabei von viereinhalb Jahren unter Einschluß der Prüfungen aus. Damit haben wir sicher eine zu niedrige Schätzung angenommen, denn wahrscheinlich wird die durchschnittliche Studiendauer unter Einschluß der Prüfungszeit auch nach der Verwirklichung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates näher bei fünf Jahren liegen. Wir sind jedoch in unserer Darstellung bewußt von dem niedrigeren Wert ausgegangen.

Das obere Feld, das an den Abschluß des Langstudiums anschließt - also der Bereich zwischen fünf und sechs Jahren -, ist das Aufbaustudium im Sinne des Wissenschaftsrates, dessen Darstellung im Hochschulgesamtplan einfach übernommen wurde. Der Hochschulgesamtplan äußert sich auch zu den Bereichen des Kontaktstudiums, der reinen Forschung und des Fachschulwesens, die im Strukturmodell leider nicht ohne weiteres zu erkennen sind.

Die rein formale Darstellung zeigt, daß beim Kurzstudium nach drei Jahren ein Abschluß möglich ist. Wir sprechen vom Bakkalaureus der verschiedenen Disziplinen als einem möglichen akademischen Grad, ohne uns in der Nomenklatur festlegen zu wollen. Auf jeden Fall ist es aber möglich, im Anschluß daran ein Nachstudium zu absolvieren, um die späteren Abschlüsse zu erlangen. Zwischen den Bereichen gibt es selbstverständlich Übergänge, die jedoch an einer bestimmten Grenze nur durch einen Leistungsnachweis vollzogen werden können. Um also in die zweite Phase des Langstudiums zu gelangen, muß man entweder die Zwischenqualifikation erworben oder ein Kurzstudium abgeschlossen haben. Wer die Zwischenprüfung im Langstudium nicht besteht, kann allerdings den Versuch machen, den Dreijahres-Abschluß des Kurzstudienganges noch zu erreichen.

In unseren Erörterungen hat uns nun die Frage sehr ausführlich beschäftigt, wie man in einem solchen differenzierten System vermeidet, daß der größte Teil der Studienanfänger oder gar alle zunächst versuchen, in den Anfangsbereich des Langstudiums hineinzugehen, und damit den Bereich "links unten" in unserem Modell - das heißt die Anfangssemester im Langstudium - hoffnungslos verstopfen. Wir nannten das unser "links unten-Problem", für das die Collegenlösung von Herrn von Hentig oder auch ein rigoros gehandhabter relativer numerus clausus mit einer Siebung nach Begabungsrichtungen vor Eintritt in die Hochschule problematisch wäre. Bei diesem "links unten-Problem" geht man nun immer davon aus, daß es der heimliche Traum eines jeden deutschen Abiturienten sei, Ordinarius zu werden, er also zunächst versuchen werde, im Langstudium möglichst weit zu kommen. Da ich selbst diese Annahme nicht teile, halte ich das Problem nicht für so ernst, sondern glaube, daß sich viele Studienanfänger für die Kurzstudienbereiche entscheiden werden. Wir

haben dennoch eine Reihe von Maßnahmen genannt, durch die eine Lenkung der Abiturienten in die verschiedenen Studienbereiche ermöglicht werden kann.

Einmal kommt der Attraktivität der Kurzstudienabschlüsse eine große Bedeutung zu. Was kann man mit ihnen in der Praxis anfangen? Diese Frage läßt sich für manche Bereiche relativ leicht beantworten. In der Wirtschaft zum Beispiel können wahrscheinlich diejenigen mit einem Kurzstudienabschluß bei guter Qualifikation durchaus neben denen mit einem Langstudienabschluß bestehen. Zwar ist ein Teil unserer Wirtschaft in höchst unglücklicher Weise von den staatlichen Laufbahnregeln erfaßt worden und hat damit für die Hochschulabschlüsse Grenzen gesetzt, die schwer zu überspringen sind. Dabei wäre aber eine lebendige Konkurrenz zwischen den Absolventen der verschiedenen Studientypen zu erwarten, die vermutlich positiv für die Kurzstudiengänge ausgeht.

Im staatlichen Bereich jedoch besteht - abgesehen von den Lehrern - in der Tat das Problem des höchst mißlichen Verhältnisses zwischen den Bereichen des gehobenen und des höheren Dienstes in den öffentlichen Verwaltungen. Die Grenze zum höheren Dienst ist so gesetzt, daß sie einen bestimmten Studientyp, nämlich den der Jurisprudenz, gegenüber anderen Möglichkeiten privilegiert. Damit wird jemand, der ein kürzeres Studium absolviert hat, aber genausoviel oder mehr leistet, in der Regel daran gehindert, diese Grenze zu überschreiten.

Daher liegt ein wesentlicher Punkt der Vorschläge des Arbeitskreises darin, die Eingangsstufe für die Absolventen der Kurzstudiengänge zwar im Bereich des gehobenen Dienstes zu belassen, die Grenze zum höheren Dienst jedoch, die bisher nur einzelne Aufstiegsbeamte überschreiten konnten, überhaupt abzuschaffen. Wir möchten also generell die Beförderung durch Leistung ermöglichen. Dies ist zweifellos der problematischste Punkt der Lenkung und soll daher auch nicht als die zentrale Maßnahme erwähnt werden.

Die zweite Richtung der Lenkung betrifft das Studium selbst. Transparente Prüfungsanforderungen und ein überschaubarer Studiengang üben sicherlich eine besonders große Attraktivität aus. Ich glaube, daß sich viele Studenten für die Kurzstudiengänge entscheiden werden, weil sie wissen, daß sie innerhalb von drei Jahren mit Sicherheit einen Abschluß erreichen. Ihnen sollte auf jeden Fall eine genauere Kenntnis der Studienanforderungen vermittelt werden, als dies noch auf lange Sicht in vielen Fächern des Langstudiums der Fall sein wird. Die Erfahrungen der Pädagogischen Hochschulen bestätigen diese Vermutungen bis zu einem gewissen Grade.

Der dritte und wichtigste Bereich der Lenkung liegt unterhalb des Hochschulwesens. Dabei scheinen mir zwei Punkte von besonderer Bedeutung zu sein. Einmal brauchen wir dringend eine effektive und gut informierende Bildungsberatung insbesondere im letzten Gymnasialjahr, und zwar nicht als Fortsetzung der leider in ihrem Informationsniveau vielfach unzulänglichen gegenwärtigen Berufsberatung. Den Absolventen des Gymnasiums muß Gelegenheit gegeben werden, sich besser als bisher über die Möglichkeiten, die ihnen nach dem Verlassen der Schule offenstehen, zu unterrichten. Zum anderen sollte vor Eintritt in die Universität ein Vorkursus von etwa vier Wochen Dauer zu Informations- und Beratungszwecken - nicht etwa zum rigorosen Sortieren - eingeführt werden. Durch die zeitliche Verlegung des Abiturs liegt im Augenblick ein unvertretbarer Abstand von in der Regel vier Monaten zwischen dem Schulabschluß und dem Studienbeginn. Ein derartiger Vorkursus könnte in der Zeit zwischen dem Abitur im Juni und dem Beginn des Wintersemesters im November eingerichtet werden. Für diejenigen, die ihren Wehrdienst abzuleisten haben, wäre noch eine eigene Diskussion notwendig.

Alle diese Lenkungsmaßnahmen gehen davon aus, daß man mit den Menschen reden kann. Die meisten Abiturienten wissen nicht genau, was sie eigentlich wollen. Durch Information sowohl über das Angebot an Studienmöglichkeiten als auch über die eigenen Begabungsrichtungen könnte die erforderliche Lenkung gelingen.

Wichtiger aber als die vorangegangenen formalen Bemerkungen ist die Frage der fachlichen Gestaltung der Studiengänge. Wir unterscheiden zwischen Studiengängen des Allgemeinen- und des Fachhochschultypus. Diese Unterscheidung ist nicht absolut zu verstehen, erscheint uns jedoch nützlich. Bei Studiengängen des Fachhochschultypus ist eine enge Beziehung zwischen der Vermittlung von Wissenschaft und ihrer Anwendung auf praktische Probleme für das Studium durchgehend gegeben. Sie sind also stark praxisgebunden, wobei die Fragestellungen, die den Absolventen später im Beruf beschäftigen, in die Ausbildung einbezogen werden.

Die allgemeinen Hochschulstudiengänge sind dagegen in stärkerem Maße theoretisch ausgerichtet, und der Bezug auf die praktische Anwendung ist nicht so deutlich wie bei den Fachhochschulstudiengängen. Sie ähneln den gegenwärtigen Langstudien. Dabei darf die Grenze nicht scharf gezogen werden. Die genannten Unterscheidungsmerkmale sind keine Definitionen, die in

jedem Einzelfall die klare Aussage darüber erlauben, was in den fachhochschulischen und was in den allgemeinen Hochschulbereich gehört. Ein ingenieurwissenschaftlicher Studiengang ist jedoch eindeutig dem Fachhochschulbereich zuzurechnen. Dagegen wird die kleine Fakultät für Gymnasiallehrer der Unter- und Mittelstufe, wie wir sie in Baden-Württemberg kennen, im allgemeinen Hochschulbereich erworben.

Nun erschien es uns nicht sinnvoll zu versuchen, für alle Fachbereiche Studiengänge im Detail vorzuschreiben. Wenn ein solcher Prozeß von zentraler Stelle aus durchgesetzt wird, kann er nur fehlgehen. Wir wollten vielmehr nur auf einige Punkte hinweisen, bei denen die Vermutung dafür spricht, daß Studiengänge des einen oder anderen Typus geeignet sind. Zum Teil sind sie bereits vorhanden, oder sie können entwickelt werden. Da unser Hauptproblem im Hochschulgesamtplan die Entwicklung der Kurzstudiengänge ist, werde ich in der folgenden Darstellung die Langstudiengänge auslassen.

Wir hatten zunächst angenommen, daß die Entwicklung von Kurzstudiengängen mit drei Studienjahren in den Hochschulen selber auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen würde. Bei den Besuchen der Hochschulen in Baden-Württemberg nahmen jedoch die Kollegen der verschiedenen Fächer diesen Gedanken auf, und sogar die Mediziner begannen zu überlegen, daß es - wenn auch nicht gerade für ärztliche Berufe, so doch für medizinische Hilfsberufe - möglich sei, unter stärkerer Arbeitsteilung der medizinischen Tätigkeit selbst solche Dreijahres-Studiengänge einzuführen. In unserem ursprünglichen Text hatten wir noch vermerkt, daß dieser Gedanke in der Medizin völlig abwegig sei.

Lassen Sie mich noch einige andere Beispiele nennen, und zwar zunächst aus dem Bereich der Naturwissenschaften. In den theoretischen Naturwissenschaften wie Physik und Chemie gibt es offenbar die Möglichkeit, in engem Anschluß an die heute schon typischen ersten Ausbildungsjahre einen Abschluß nach drei Jahren zu entwickeln. Er kann möglicherweise sogar gleichzeitig für eine Reihe von naturwissenschaftlichen Hilfsberufen und für die kleine Fakultät in den naturwissenschaftlichen Fächern sinnvoll sein. Das wäre ein typischer Kurzstudiengang im allgemeinen Hochschulbereich.

Becker

Herr Dahrendorf hat uns einen Plan vorgelegt, der gemäß unserer föderalistischen Bildungsstruktur zunächst für das Land Baden-Württemberg entworfen wurde. Ich glaube aber, daß dieser Vorschlag Konsequenzen für die Bildungspolitik in der gesamten Bundesrepublik haben wird. Insofern sollten wir diesen Plan in unserem heutigen Gespräch immer auch in der Gesamtperspektive sehen.

Für die Diskussion scheint sich ein doppelter Ansatz anzubieten. Einmal müssen wir auf die Umsetzungsmöglichkeiten des Planes eingehen. Inwieweit kann mit der Verwirklichung dieses Modells das Problem der zunehmenden Überfüllung der Hochschulen gelöst werden? Im gleichen Zusammenhang werden wir sicher auch über den numerus clausus sprechen müssen.

Zum anderen dürfte die Einführung von Kurzstudien mit dem Ziel einer effektiven Verkürzung der Studienzeiten eine ganze Reihe von Fragen beinhalten. Lassen sich solche Kurzstudiengänge beispielsweise für alle Wissenschaftsdisziplinen verwirklichen? Wie weit setzen sie dann andere Lehrprogramme als die heute bei uns geltenden voraus?

Weiterhin wird hinter diesem Plan eine bestimmte wissenschafts-, aber auch bildungs- und kulturpolitische Konzeption sichtbar. So wichtig die Einzelheiten des Modells sind, sollten wir dennoch dieses gesellschaftliche Bezugsfeld nicht aus dem Auge verlieren, das in der Konstruktion der Gesamthochschule impliziert ist.

Litten

Ich habe einige grundsätzliche Einwendungen gegen Ihre Ausführungen, Herr Dahrendorf. Sie haben das Argument von Herrn Körber, es sei am Markt vorbei produziert worden, teilweise damit zurückgewiesen, daß Sie das Bedarfsproblem nicht für ein primäres halten. Die Universität aber, die Sie bauen wollen, bedeutet im Effekt genau das, was Herr Körber meint: eine Produktion für den Markt.

Damit komme ich zu meinem zweiten Einwand. So paradox es klingen mag, bereitet meines Erachtens nicht das Kurzstudium auf die Praxis vor, sondern umgekehrt das Langstudium. Was Sie als Praxis bezeichnen, würde ich Scheinpraxis nennen. Es ist ein Regelkreis von eingeübten Fähigkeiten und bestimmten Berufspraxen, auf den zu reflektieren ein solches Kurzstudium kaum mehr erlauben wird. Durch die Verfestigung solcher Berufspraxen wird die Gesellschaft jedoch derart

stationär, daß sie in ihrem eigenen Fortschrittsstreben, welches Sie, Herr Dahrendorf, als Vertreter der liberalen oder offenen Gesellschaft doch sicherlich auch noch haben, einmal sehr stark behindert werden wird.

Sie meinen, daß diejenigen, die noch in der Lage sind, das Langstudium zu absolvieren, in ihren theoretischen Anstrengungen von Praxis weitgehend dispensiert seien. Das ist aber ein wissenschaftstheoretisches Problem. Denn gerade diese Theorie kann umgekehrt als erster Schritt für die Praxis angesehen werden - allerdings nicht in dem Sinne, in dem Sie hier Praxis verstanden haben. Sie richtet sich dann nicht an bestimmten Berufsbildern aus, sondern transzendiert sie, um sie durch andere womöglich zu ersetzen - oder deutlicher: um diese Gesellschaft endlich zu humanisieren, die im Banne dieses Regelkreises offenbar nicht zu humanisieren ist. Gerade das Langstudium kann auf eine neue, noch herzustellende Praxis vorbereiten. Habermas hat einmal von den produktiven Umwegen gesprochen, deren kreative Funktion im Modell Ihrer Universität obsolet wurde.

Drittens scheint mir das Reformprogramm von Herrn Dahrendorf das zu bedeuten, was Habermas die "Zwangsjacke für die Studienreform" genannt hat. Es wird nämlich wieder einmal an der Ordinarien-Universität vorbei reformiert, und zwar im Sinne einer Disziplinierung und Leistungsoptimierung der Studenten, ohne an den bestehenden Strukturen der Hochschule auch nur rütteln zu wollen.

Herr Dahrendorf sprach von der Universität als Warenhaus. Welche Funktion soll in dieser neuen Output-Universität der Ordinarius haben? Ich könnte mir vorstellen, daß sich seine Position von der bisherigen nicht unterscheiden wird. Sie demonstrieren aber exemplarisch die "halbe Rationalität", von der Sie selbst sprachen, wenn Sie diesen Strukturmangel der deutschen Universität bei einer Reform nicht berühren.

Inwieweit bleiben also die Ordinarien in ihrer alten feudalen Position unangetastet, die sie heute einnehmen? Bekäme nicht das zweifellos vorhandene quantitative Problem eine andere Zurichtung, wenn an die Stelle des Ordinarienprinzips zum Beispiel das Kollegialprinzip träte? Dadurch könnte sowohl im Lehr- als auch im Forschungsprozeß eine Reform erfolgen, indem Kräfte, die nicht nur durch Habilitation, sondern auch durch andere wissenschaftliche Leistungen befähigt sind, ebenfalls zu Lehr- und Prüfungsaufgaben herangezogen werden.

Um es provokant auszusprechen, Herr Dahrendorf: Bei der richtigen Sicht, die Sie haben, ist Ihr Programm reaktionär, wenn Sie die Ordinarien-Universität nicht mitreformieren wollen.

Becker

Herr Litten wirft Herrn Dahrendorf vor, das Theorie-Praxis-Problem im Verhältnis von Kurz- zu Langstudium falsch zu sehen. Die Ordinarien-Universität werden wir sicherlich später noch ausführlicher behandeln.

Preuss

Ich glaube nicht, daß man diese beiden Komplexe auseinanderreißen kann, Herr Becker. Der Vorschlag von Herrn Dahrendorf sieht eine Trennung des Lehrkörpers in Forschung und Ausbildung vor. Damit würde das traditionelle Prinzip der deutschen Universität, nämlich die Einheit von Forschung und Lehre, aufgegeben. Das hängt aber eng mit dem Theorie-Praxis-Begriff von Herrn Dahrendorf zusammen. Gibt man die Einheit von Forschung und Lehre auf, dann institutionalisiert man im Bereich der Ausbildung diesen fatalen Praxisbegriff von Herrn Dahrendorf. Auf der einen Seite wird einer bestimmten wissenschaftlichen Nachwuchselite eine praxisferne Theorie vermittelt, ohne daß diese noch auf den praktischen gesellschaftlichen Bezug reflektiert. Auf der anderen Seite werden Techniker ausgebildet und in die vorgegebenen gesellschaftlichen Strukturen und Apparate integriert, um dort zu arbeiten.

Habermas unterscheidet zwischen Handeln und Verfügen. Handeln bedeutet ein aufgeklärtes, kritisches gesellschaftliches Tätigsein, das - wissenschaftlich angeleitet - den allgemeinen Fortschritt der Gesellschaft fördert, wobei Wissenschaft als kritische Produktivkraft verstanden wird. Verfügen dagegen ist nichts anderes als die blinde Handhabung vorgegebener Instrumente in vorgegebenen Institutionen. Diese Aufspaltung würde durch die Dahrendorfsche Reform der Lehrkörperstruktur reproduziert.

Im Gegensatz zu Herrn Litten würde ich nämlich nicht sagen, daß der Plan von Herrn Dahrendorf an der Ordinarien-Universität vorbeigeht, sondern er untermauert sie. Er verfestigt die Oberschicht der Ordinarien, die sich weiterhin den Luxus leisten dürfen, die Einheit von Forschung und Lehre institutionell und auch personell zu verwirklichen, während die sogenannten Studienprofessoren nichts

anderes machen, als traditionell überkommene Hantierungstechniken an den Nachwuchs zu vermitteln. Insofern besteht ein Zusammenhang zwischen der Ordinarien-Universität, die durch die vorgesehene Struktur des Lehrkörpers abgesichert wird, und jenem Begriff von Praxis, durch den nur noch ein blindes Verfügen, aber kein aufgeklärtes kritisches Handeln mehr ermöglicht wird.

Herr Dahrendorf sitzt heute im Glashaus, und wir werfen Steine auf ihn. Wir bauen zur Zeit in Berlin auch ein Glashaus, nämlich die "Kritische Universität". Sie ist als eine Gegen-Universität konzipiert, in der die Wünsche und Fähigkeiten der zukünftigen Absolventen aus den bildungswilligen Schichten berücksichtigt werden, was ja auch Herr Dahrendorf an den Anfang seiner Ausführungen gestellt hatte. Hier will man keine blinden Techniker ausbilden. Die Studenten sollen vielmehr im Sinne eines kritischen Engagements an der Weiterentwicklung der Wissenschaft als Produktivkraft im Interesse des gesellschaftlichen Fortschritts beteiligt werden. Die Bedürfnisse dieser inzwischen relevant gewordenen Schichten werden bei der Dahrendorfschen Universitätsreform offenbar gar nicht berücksichtigt. Die Universität besteht heute keineswegs nur aus Studenten, die sich an Demonstrationen beteiligen wollen, wie Herr Dahrendorf ironisch anmerkte. Ich würde im Gegenteil sagen, daß eine Universität in der Tat reaktionär ist, die Studenten produziert, welche sich nicht an Demonstrationen beteiligen, und die eine Reform vorantreibt, die das sogar institutionell ausschließt. Demonstration heißt für mich nicht Krawall, sondern ist ein Ausdruck gesellschaftlicher Praxis.

Altmann

Hinsichtlich des Theorie-Praxis-Problems scheinen mir die Einwände von Herrn Litten und Herrn Preuss auf einem Mißverständnis zu beruhen. Der Dahrendorfsche Plan einer differenzierten Gesamthochschule bedeutet doch das Begräbnis der Universität in ihrer bisherigen Form. Es macht sie zu einem der französischen Praxis vergleichbaren Verwaltungsbereich. Dieses System müßte sich also in einer entsprechenden staatlichen Verwaltung widerspiegeln. Der Plan geht von den vorhandenen Höheren Fachschulen, Ingenieurschulen, Pädagogischen Hochschulen, Kunst- und Musikhochschulen aus, wobei die bestehenden Einrichtungen unverändert in ein größeres System eingegliedert werden.

Die allgemeine Hochschulausbildung in ihrer Abgrenzung zur fachlichen Ausbildung ist von Herrn Dahrendorf sicher nicht im Sinne einer Definition verstanden worden. Kann man beispielsweise bei der derzeitigen juristischen Ausbildung das Theorie-Praxis-Problem überhaupt stellen, wenn etwa die Norm für einen Referendar von heute sieben Semestern auf sechs reduziert würde? Ich sehe den Vorzug des Entwurfs gerade darin, daß er diese Probleme nicht umgeht, sondern bewußt zugunsten eines rein organisatorischen Entwurfs beiseite legt, der sich als ein Funktionsschema darstellt.

Becker

Wenn Herr Dahrendorf von praxisbezogener Ausbildung spricht, erscheint den Herren Litten und Preuss der dabei verwendete Begriff von Praxis theoretisch bedenklich.

Altmann

Herr Dahrendorf projiziert doch nur die vorhandenen Hochschulen in sein Modell hinein, wobei er eine Ausbildungsdauer von sechs Semestern vorsieht. Natürlich kann man dagegen einwenden, das genüge nicht und die Volksschullehrer müßten mindestens acht Semester studieren. Praktische Ausbildung bedeutet hier nur, daß die Pädagogischen Hochschulen Lehrer für den Lehrberuf, jedoch ohne Forschungsaufgaben ausbilden.

Becker

Gerade in der pädagogischen Ausbildung könnte dieses Kurzstudium primär theoretisch mit dem Ziel einer pädagogischen und soziologischen, jedoch noch nicht einer Fachausbildung ausgerichtet sein. Das Wort "praxisnah" hat hier bestimmte Mißverständnisse hervorgerufen.

Preuss

Es erscheint mir problematisch, zwei Studienwege anzubieten, wobei es eine Frage des Pragmatismus ist, ob die betreffenden Fächer mehr in den Bereich der Fachhochschule oder in den Grundstudienbereich, der auf drei Jahre beschränkt ist, gehören. Das Beispiel der Jurisprudenz, das Herr Altmann anführte, zeigt bereits die Gefahr auf. Zwar vermittelt die Jurisprudenz bei dem heutigen Stand ihres Ausbildungswesens nicht mehr als eine Fachhochschulausbildung, die man nach dem Modell von Herrn Dahrendorf konsequent aus dem allgemeinen Hochschulbereich ausgliedern müßte. Meine Alternative besteht aber darin, die Jurisprudenz zu einer kritischen Wissenschaft zu machen,

die dann legitimerweise den Ort, den sie heute innehat, auch innerhalb der Gesamthochschule beanspruchen kann.

Ridder

Für die Jurisprudenz ist es mit oder gegen Herrn Dahrendorf gleich traurig und gehupft wie gesprungen. Denn die von ihm mit Recht geforderte Prüfungstransparenz wird sowieso nicht erreicht, solange wir ein Staatsexamen haben.

Leussink

An den Ingenieurschulen haben wir doch bereits einige Kenntnisse in bezug auf praxisbezogene Kurzstudien. Denken Sie etwa an Erfindungen und das Vorwärtstreiben bestimmter Entwicklungen, so sind diese Funktionen durchaus nicht auf die Hochschulabsolventen konzentriert, fast eher im Gegenteil. Das wäre alles noch beweiskräftiger, wenn unser formaljuristisch verfaßter Staat daraus die Konsequenzen gezogen und die Hemmnisse in den Laufbahnbestimmungen abgebaut hätte.

Das Thema Theorie und Praxis ist außerordentlich vielschichtig, denn jeder versteht hier etwas anderes darunter. Das hat aber mit der Unterscheidung von Kurz- und Langstudium, mit anwendungsbezogen oder nicht wenig zu tun. Herr Dahrendorf stellte das bereits viel allgemeiner dar. Es kommt auch gar nicht darauf an, ob das Studium drei oder viereinhalb Jahre dauert. Man lernt sicher in anderthalb Jahren nicht so viel an kritischem Denken hinzu, daß es für das ganze Leben reicht.

Dahrendorf

Wenn Herr Becker die Begriffe Theorie und Praxis verwendet, meint er wohl etwas anderes als die Herren Litten und Preuss.

Ich war mit den Ausdrücken Theorie und Praxis in meiner Darstellung betont vorsichtig und habe zu den Fragen, auf die sich die Einwände bezogen, keine Stellung genommen. Ich sagte lediglich, daß bestimmte Studiengänge anwendungsbezogen sind, andere dagegen ihrer Struktur nach nicht von vornherein. Theorie heißt in unseren Hochschulen in der Regel, daß man fachfremde Dinge treibt, bevor man sich mit fachspezifischen beschäftigt. Man hört also Mathematik, Physik und Chemie, bevor man zum Beispiel Elektrotechnik studiert.

Herr Litten und Herr Preuss halten mir nun entgegen, daß in unserer Gesellschaft und damit auch in der Universität eine primär theoretische Ausbildung betrieben wird, die die Praxis im weiteren Sinne, also den Prozeß der Veränderung der Gesellschaft, sich selbst überläßt. Im Prinzip stimme ich Ihnen durchaus zu, daß die Verbindung von Theorie und Praxis in diesem Sinne nötig ist. Nur haben wir eine unterschiedliche Meinung darüber, was in diesem Prozeß das Wichtigere ist. Um es sehr pointiert zu formulieren: Sie wollen denen, die sich auf etwas verstehen, ein kritisches Bewußtsein geben; ich dagegen möchte denen, die ein kritisches Bewußtsein haben, dazu verhelfen, daß sie sich auf irgend etwas verstehen. Nach meiner Meinung ist also die Kritische Universität besser am Ende der Kurzstudien plazierte, während Sie sie an die Stelle aller anderen Studien setzen wollen. Diese Thematik hat jedoch nicht viel mit dem Hochschulgesamtplan zu tun.

Lassen Sie mich auch zu der Ordinarien-Universität noch ein Wort pointiert und polemisch sagen: In der Fixierung auf die Ordinarien-Universität dokumentiert sich der unpolitische Charakter der deutschen Linken, die nicht sieht, daß die Universität in einem gesellschaftlichen Zusammenhang steht. Wer über die Grenzen eines bestimmten historischen Bildes der Universität nicht hinaussehen kann und eine Patentlösung sucht, stellt sich außerhalb der vorhandenen Zusammenhänge zwischen Ausbildungswesen und Sozialstruktur. Vielleicht sehen Sie Ihre eigenen Möglichkeiten auf die Kritik an der sogenannten Ordinarien-Universität beschränkt - die Gesellschaft werden Sie aber auf diese Weise nicht verändern. Die Illusion, etwa durch eine "Kritische Universität" die Gesellschaft umgestalten zu können, zeigt mit aller Deutlichkeit, wie wenig hierbei politisch gedacht wird. Ich dagegen meine immerhin, daß ein solcher Hochschulgesamtplan die Welt zwar nicht humanisiert, dafür jedoch für viele Menschen lebenswerter macht.

Krings

Herr Litten befürchtet bei dem Plan von Herrn Dahrendorf offensichtlich, daß ein Teil der Studenten auf ein sechssemestriges praktisches Studium restringiert werden soll. Nach meiner Auffassung soll aber eine Reihe von Berufen, zum Beispiel die medizinisch-technische Assistentin oder der Hauptschullehrer, zu einem regulären Studium gebracht werden, das sich jedoch in seiner Struktur

vom traditionellen Studium, das hier als Langstudium bezeichnet wird, unterscheidet. Im Rahmen einer Gesamthochschule muß es sich hierbei doch wohl um ein Studium handeln. Soweit ich zum Beispiel die Veränderungen an den Pädagogischen Hochschulen sehe, geht es bei dem Kurzstudium keineswegs darum, auf dem kürzesten Wege in der Praxis verwendbare Absolventen zu produzieren. Vielmehr sollen bestimmte Gruppen, die bisher nicht studiert haben, jetzt dazu in die Lage versetzt werden. Davon bleibt die bisherige Hochschule sicherlich relativ unberührt. Aber die Studienmöglichkeiten insgesamt werden verbreitert.

Becker

Bei Herrn Dahrendorf erscheinen sogar alle Sozialberufe, die studienmäßig bisher noch gar nicht geordnet sind, in einem neuen Sektor mit an der Hochschule.

Litten

Natürlich darf das quantitative Problem nicht ausgeschaltet werden, Herr Krings, aber es gibt zwei Aspekte dieses Problems: einmal das einer Bedarfsdeckung, zum anderen die Frage der Bildungserwartung, mit der ein Student, der die Lernfreiheit besitzt, zur Universität kommt. Sie sagen, Herr Krings, daß die Dahrendorfschen Pläne einer viel größeren Zahl von jungen Menschen das Studium ermöglichen würden. Werden diese jedoch in ihren Bildungserwartungen restringiert, dann wird ihnen nur vorgetäuscht, daß sie nach dem alten Bildungsstandard und im Hinblick auf das, was wir kritisches Bewußtsein nennen, ausgebildet werden. Interessanterweise sagte Herr Dahrendorf von diesem Kurzstudium, seine Attraktion bestünde in einem transparenten Studiengang. Wenn ich das einmal als *argumentum e contrario* verwenden darf, soll also der bisher völlig unübersichtliche Studiengang für das Langstudium beibehalten werden. Es ist sicherlich nicht entscheidend, ob das Studium drei oder vier Jahre dauert. Man könnte aber durch eine Transparenz des Studienganges beim Langstudium im Sinne der Rationalisierung des Lernstoffes durchaus Zeit einsparen, die sich auf die Weckung und Hebung eines kritischen Bewußtseins richten ließe.

Wenn Herr Dahrendorf betont, viele Abiturienten, die an die Universität kommen, wollten nur kurz studieren, weiß er als Soziologe doch genau, warum sie das wollen. Durch den Sozialisationsprozeß und die Erziehung im Elternhaus ist ihre Erfahrung an bestimmte Berufsbilder und damit auch an bestimmte Leistungserwartungen geknüpft. Sie fragen sich natürlich, wie man schnell Geld verdienen könne. Die Universität darf aber nicht auf ihre Bildungsaufgabe verzichten, wenn sie ihre geistige - nicht ihre administrative - Autonomie behalten will, die sie sich doch auch heute noch zuspricht. Nach meiner Meinung ist es gerade Aufgabe der Universität, Bildungsprozesse im Sinne der Weckung des kritischen Bewußtseins zu vermitteln. Deshalb darf man nicht behaupten, man ermögliche viel mehr jungen Leuten das Universitätsstudium, wenn es sich nicht mehr um ein Studium mit einer solchen Zielsetzung handelt.

Das gilt insbesondere für die Soziologie. Führt man ein sechssemestriges Kurzstudium für die Soziologie durch, würde sie zur Hilfswissenschaft der Administration. Ich glaube, Herr Dahrendorf, Sie würden sich als kritischer Soziologe weigern, eine solche Ausbildung gerade in der Soziologie an den Studenten zu erproben. Ich sehe also das quantitative Problem durchaus, bezweifle jedoch, ob die Alternativstellung, die Sie uns hier gezeigt haben, die richtige ist.

Nevermann

Wenn Herr Dahrendorf sagt, die Kritische Universität werde die Gesellschaft nicht verändern, so ist das sicherlich zum Teil berechtigt. Er scheint mir jedoch in seinem Vorschlag auf jede Form von gesellschaftlicher Veränderung bereits im Ansatz verzichtet zu haben. Insofern bietet er eine gute Systematik des augenblicklich noch Unübersichtlichen, aber Bestehenden. Ich sehe darin nur einen rein quantitativen Ansatzpunkt, den ich kritisieren möchte.

Der Wissenschaftsrat hat in seinen Empfehlungen vom letzten Jahr ebenfalls die Frage der Studienzeit und der "Explosion" der Studentenzahl als das wichtigste Problem bezeichnet, obwohl im allgemeinen Teil der Empfehlungen mit großem Pathos festgestellt wurde: "Natürlich geht es uns nicht um die Länge der Studienzeit und entsprechende Kürzungen, sondern um die generelle Bedeutung von Bildung und Wissenschaft". Das hat der Wissenschaftsrat offensichtlich im besonderen Teil vergessen, denn darin war hauptsächlich von der zeitlichen Verkürzung des Studiums die Rede.

Herr Dahrendorf macht nicht einmal mehr den Versuch zu definieren, was wissenschaftliche Ausbildung leisten könnte - ob die Studenten zum Handeln oder zum Verfügenkönnen ausgebildet werden;-, sondern beschränkt sich von vornherein auf den quantitativen Aspekt. Dieser Aspekt der Studienzeit und der Studentenzahl allein kann aber einer Reform des Bildungswesens nicht gerecht

werden. Er nannte nur Bereiche, in denen sich solche Kurzstudiengänge vorstellen lassen. Wie aber sieht in einem Fachhochschultypus ein auf die Praxis ausgerichteter Studiengang konkret aus? Durch eine gute Anordnung und Rationalisierung des Lern- und Lehrstoffes würde lediglich eine Effektivierung des Betriebes Universität oder Gesamthochschule erreicht. Inhaltlich wird überhaupt nichts verändert.

Bestehen denn eigentlich die finanziellen Möglichkeiten in der Bundesrepublik, ein solches Reformprogramm durchzuführen?

Riese

Herr Dahrendorf sagte, es würden nicht mehr Mittel als bisher gebraucht.

Nevermann

Er sprach aber auch davon, daß im Anfang große Mittel aufgewendet werden müßten. Wahrscheinlich würden alle die Reformvorschläge fortfallen, die viel Geld kosten, und es blieben bestimmte administrative Maßnahmen übrig wie die Verkürzung des Studiums auf drei Jahre, die Auslese durch Zwischenprüfungen und sicherlich auch eine Begrenzung des Hauptstudiums. Das reine Reglementieren mit Hilfe administrativer Maßnahmen, was ohnehin von allen Seiten vorgeschlagen wird, würde also eine erneute Begründung erhalten. Deshalb halte ich das Modell für gefährlich.

Leussink

Im Gegensatz zu Herrn Nevermann, der unsere Schriften offensichtlich sehr genau studiert, muß ich betonen, daß wir in unseren vorjährigen Neuordnungsempfehlungen nicht von der Zeitdauer ausgegangen sind. Wir waren im Laufe des Entstehens der Empfehlungen schon einmal so mutig, für die Mehrzahl der Studiengänge drei Jahre als Normalstudium vorzusehen. Es sieht nun vielleicht so aus, als habe uns der Mut verlassen. Das ist jedoch nicht der Fall, sondern wir sind einfach zu einem anderen sachlichen Ergebnis gekommen. Einige Dinge können wir in anderen Ländern beobachten und das Beobachtete zumindest als Experiment bewerten. Wir müssen uns eben daran gewöhnen, daß die Welt nicht mehr, wie das hundert Jahre lang geschah, auf unsere Höhere Schule und unsere Universität als Vorbild blickt. Zur Zeit sind wir die Rezeptiven, wenn das auch schmerzlich ist. Wir hätten es sehr leicht gehabt, uns etwa bei Herrn Dichgans eine gute Note zu erwerben, wenn wir bei drei Jahren Studienzeit geblieben wären. Wir waren jedoch der Meinung, man dürfe nicht von der Zeit ausgehen.

Wenn man aber auf in der Welt übliche mittlere Studienzeiten kommen will, dann muß das Studium abgewandelt werden. Man muß vor allen Dingen die Ordinarien verändern, und wenn Sie die Neuordnungsempfehlungen von 1966 lesen, so sind diese doch in erster Linie ein Appell an uns selbst. Deshalb haben sie auch eine so große Freude in manchen Kreisen der Universitäten hervorgerufen.

Altmann

Im Gegensatz zu den Herren Litten und Nevermann halte ich es für positiv, daß Herr Dahrendorf die alte Universität begräbt, ohne es ausdrücklich zu sagen. Die Idee der Universität, wie sie heute als Ideologie vertreten wird, hemmt doch genau das, was die Herren im Grunde wünschen. Ist es nicht reaktionär, daß Sie die alte Universität wieder galvanisieren wollen?

Preuss

Die Tatsache, Herr Altmann, daß Humboldt bereits 150 Jahre tot ist, bedeutet nicht, daß er deshalb auch überholt ist. Er hat sich gerade um die Einheit von Theorie und Praxis bemüht. Sie ist im Humboldtschen Sinne nur nicht zu verwirklichen. Es ist meines Erachtens die Aufgabe einer kritischen Intelligenz innerhalb der Hochschule, diesen Gedanken aufrechtzuerhalten, der durchaus nicht etwa deshalb reaktionär ist, weil er, durch die historischen Ereignisse bedingt, heute als inopportun angesehen wird.

Was den Zusammenhang zwischen Bildungswesen und Sozialstruktur angeht, so reproduziert Herr Dahrendorf im Grunde genommen die Klassenstruktur der Gesellschaft im Bildungswesen, wenn er die wissenschaftlichen Studiengänge in ein Kurz- und ein Langstudium einteilt. Das gleiche besteht bereits im Schulwesen zwischen Oberschule, Mittelschule und Volksschule und soll nun auch auf die Hochschule übertragen werden, wo es heute schon ein Gefälle zwischen Fachhochschulen, die gleichsam einen Kranz um die Hochschulen bilden, und den eigentlichen Hochschulen gibt. Herr

Krings sprach von einer Nivellierung nach oben, indem Fächer, die bisher nicht an der Universität vertreten waren, nun dort hinkommen. Herr Dahrendorf führte als Beispiele an, daß alle den gleichen Studentenausweis hätten, den gleichen Ball und die gleiche Mensa besuchen könnten. Darin sehe ich jedoch die einzige Gleichheit. Denn von Gleichheit als einer emanzipatorischen Kraft könnte man doch erst dann sprechen, wenn in diesen Wissenschaften inhaltlich eine gleiche Ausbildung gewährleistet wäre. Die ist aber nicht gegeben.

Der Zusammenhang zwischen Bildungswesen und Sozialstruktur würde im Modell von Herrn Dahrendorf dazu führen, daß sich die erst langsam emanzipierenden Schichten, die in der nächsten Generation gerade das Abitur schaffen, nun, um eine Generation verzögert, zunächst zu den Fachhochschulen und eventuell den Grundstudienfächern zugelassen werden. Die Elite dagegen, die sich aus einer ganz bestimmten sozialen Schicht rekrutiert, was Sie besser wissen als wir, hat wiederum das Recht, die - wenn ich es einmal polemisch ausdrücken darf - feineren Hochschulen zu besuchen. In diesem geschlossenen System kommt dann noch hinzu, daß sich - wie Herr Litten sagte - die Bildungserwartungen und der Bildungshorizont dieser Schichten natürlich an den angebotenen Institutionen orientieren. Wenn Sie aber spezifische Institutionen für die unterprivilegierten Schichten in Form von Fachhochschulen und von Grundstudien von drei Jahren bereitstellen, reproduzieren Sie eine verfestigte Sozialstruktur. Sie verhindern durch Ihr Modell den Versuch, eine Emanzipation von bildungsmäßig unterprivilegierten Schichten durchzuführen, wie Sie es an den Anfang Ihrer Ausführungen gestellt haben.

Dahrendorf

Für mich heißt die Grundfrage der Bildungspolitik: "How can we be equal and excellent too?" Während es darauf ankommt, die Grundmöglichkeiten weitestgehend zu heben, hatte ich immer die Vorstellung, daß mit der Hebung des Fußbodens eine ebenso starke, wenn nicht stärkere Hebung der Decke verbunden sein müßte. In dieser Hinsicht bin ich nicht der Meinung, daß ein Wert in der Angleichung liege - er liegt in der Anhebung. Ich bin mit Herrn Krings einig, daß man innerhalb der Hochschule Möglichkeiten gerade für die Qualifiziertesten schaffen sollte, das Beste zu bekommen, was das Land zu bieten hat, und zwar eher noch in stärkerem Ausmaß als heute.

Ich brauche wohl kaum zu betonen, Herr Preuss, daß ich nicht beabsichtige, das Kurzstudium für Arbeiterkinder und das Langstudium für Zahnartztkinder anzubieten. Sie können den Verdacht äußern, daß Kinder von Arbeitern, die jetzt erst zum Abitur kommen, so wenig Informationen über das haben, was sie in der Hochschule erwartet, daß sie leichter zu lenken sind als Kinder von Akademikern, die vorentschieden sind und deshalb um jeden Preis versuchen werden, in das Langstudium hineinzugehen. Das ist zweifellos ein Problem, aber ein Sortieren nach sozialen Ursprüngen oder danach, wann der Entschluß zum Abitur gefallen ist, kann selbstverständlich mit dieser Unterscheidung nicht beabsichtigt sein.

Becker

Ich glaube, niemand unterstellt Ihnen, Herr Dahrendorf, daß Sie sortieren wollten, aber die Zwänge könnten doch derart stark sein, daß praktisch eine Sortierung stattfindet.

Dahrendorf

Dieses Problem sehe ich durchaus. Dem könnten wir aber nur mit rigorosen Lenkungsmaßnahmen beikommen, durch die wieder andere geschädigt würden.

Dichgans

Ich möchte mich Ihrer These anschließen, Herr Dahrendorf, daß wir das Bildungsvolumen vergrößern müssen. Eine restriktive Bildungspolitik ist sicher keine vernünftige Lösung. Es wird zum Beispiel immer wieder behauptet, daß das Studium der Betriebswirtschaft eigentlich gar nicht auf die Universität gehörte, sondern auf Fachschulen. Ich halte das für falsch. Wir brauchen heute in allen Bereichen der menschlichen Tätigkeit - auch in der Betriebswirtschaft - sehr viel kritische Intelligenz. Die Ausbildung des kritischen Denkvermögens ist die eigentliche Aufgabe der Hochschule. Diese wissenschaftliche Ausbildung braucht sich nicht einmal unbedingt am fachlichen Stoff der späteren Berufstätigkeit zu vollziehen. Wie die Erfahrung zeigt, wird gelegentlich auch ein Mathematiker ein erfolgreicher Betriebswirt, weil er die Probleme logisch zu analysieren versteht.

Andererseits sollten wir jedoch in den meisten Fällen mit drei Jahren Hochschulstudium auskommen. Da stimme ich Herrn Dahrendorf zu. Die Universität soll ja doch nur Halbfabrikate liefern, also Leute,

die das Rüstzeug für ihre weitere Ausbildung[^] in der Praxis mitbringen, nicht fertige Spezialisten. Die fachlichen Fähigkeiten können nur in der Praxis erworben werden.

Nun höre ich mit Verwunderung, daß es fundamentale Unterschiede geben soll zwischen einem Studenten, der auf ein dreijähriges, und einem anderen, der auf ein beliebig langes, zum Beispiel sechsjähriges Studium ausgerichtet ist. Herr Preuss sagt, der erste werde ein blinder Techniker, der zweite hingegen ein freier Mensch. Herr Litten behauptet, daß die Reform der Gesellschaft, die er für notwendig hält, nur von Akademikern mit mindestens sechs, nicht aber mit drei Jahren Studium zu erreichen sei. Kommt darin nicht vielleicht eine gewisse Selbstüberschätzung der Studenten zum Ausdruck? Haben eigentlich die Studenten in der Vergangenheit politisch immer richtiger gelegen als etwa die Arbeiter? In Deutschland war das Gegenteil der Fall. Die These, man müsse die jungen Leute möglichst lange studieren lassen, um sie zu einem richtigen politischen Verhalten zu erziehen, steht im Widerspruch zur historischen Erfahrung.

Moneta

Wie weit würde die von Herrn Dahrendorf vorgeschlagene Reform die soziologische Durchlässigkeit der Gesellschaft erhöhen? Ich habe den Eindruck, daß das, was hier expansiv genannt wird, in Wirklichkeit von dem Prokrustesbett ausgeht, in das wir wegen der Finanzlage der Länder in den nächsten sechs oder zehn Jahren gespannt werden. Man spricht von über 600.000 Abiturienten und behauptet, wir könnten diese nicht alle verkraften; daher müßten zwanzig Prozent ausgeschaltet werden. Wir erreichen das durch einen neuen Trick, indem wir das Kurzstudium einführen.

Dadurch wird aber das eigentliche Problem eskamotiert. Im Ausland gingen die Reformbestrebungen davon aus, daß zwanzig bis fünfundzwanzig Prozent der Studenten aus der Arbeiterschaft kommen, während es bei uns nur fünf Prozent sind. Diese Explosion war im Osten noch viel stärker als im Westen. Steigt die Anzahl der Bewerber um Bildung und Erziehung in der Bundesrepublik in ähnlichen Ausmaßen, würden wir wahrscheinlich in diesem Punkt völlig versagen.

Ich fürchte nicht, Herr Preuss, daß eine gemeinsame Mensa den Konformismus steigern würde. Sollte es nämlich in den kommenden zehn Jahren tatsächlich gelingen, Zehntausende Kinder von Arbeitereltern zum Studium zu veranlassen, würde dies zweifellos von einiger Bedeutung sein, auch wenn sie sich für ein Kurzstudium entscheiden. Für sie wäre es ein großer Sprung in ein neues Milieu. Wir dürfen nicht übersehen, welche neue Rolle diese Studentenmassen soziologisch und politisch spielen, vor allem in Amerika, wo es vier bis fünf Millionen Studenten gibt. Sie nehmen zu wichtigen politischen Fragen Stellung, zum Beispiel im Kampf gegen den Krieg in Vietnam. Sie haben zum ersten Mal eine politische Qualität gewonnen. Bei uns geschah das wahrscheinlich zuletzt beim Hambacher Fest im Jahre 1832. Inzwischen ist aber in vielen Ländern eine neue Studentengeneration herangewachsen, die viel politischer ist als die ursprüngliche und die jetzige Arbeiterbewegung. Das bedeutet allerdings nicht, daß eine Politisierung dieser Arbeiter nicht möglich wäre.

Als die Arbeiter im letzten Jahrhundert noch Hunger hatten, mußte man ihnen zunächst das Bewußtsein vermitteln, daß sie etwas dagegen tun könnten. Solange sie glaubten, in einem irdischen Jammertal zu leben und daß sich nur im Himmel alles ändern werde, empfanden sie den Hunger als einen natürlichen Zustand. Das gleiche gilt meiner Meinung nach von einem gewissen Punkt an für den Bildungshunger. Ich glaube nicht, daß wir soviel Zeit haben, wie in den Plänen vorgesehen wird. Wir kommen aus einer Phase der Hochkonjunktur, in der dieses Problem durch relativ hohe Löhne weitgehend verdrängt wurde. Das hat sich jetzt geändert. Es wird sich sehr schnell herausstellen, daß Bildung nötig ist, um aufzusteigen, abgesehen davon, daß wir hinsichtlich der Bildungsanstrengungen in einem scharfen Konkurrenzkampf mit allen östlichen Ländern stehen. Ich war kürzlich mit einer Delegation in Ungarn und habe in Betrieben gesehen, wie sich dieser Bildungsdrang auswirkt und welche Möglichkeiten man dort den Arbeitern bietet.

Wenn wir die Entwicklung bei uns in diesem Punkt in den nächsten zehn Jahren nicht entscheidend vorantreiben, weiß ich nicht, wie sich gerade die Schichten unserer Gesellschaft verhalten werden, die heute relativ ruhig und zufrieden sind. Das waren sie keineswegs immer und müssen es auch nicht immer bleiben.

Körper

Herr Moneta brachte das sehr interessante Beispiel aus Ungarn. Ich war jetzt mehrere Wochen in der Sowjetunion und habe in vielen Gesprächen sowohl in Industriebetrieben als auch in Universitäten und Studentenheimen feststellen können, daß dort der Ansturm der zahlreichen Bewerber um Weiterbildung seine Antriebsmotive im wesentlichen aufgrund von Lernanreizen erhält, die durch die differenzierten sowjetischen Tarife ausgelöst werden. So erhält ein Anfänger, der nur die achtjährige

Volksschule besucht hat, sowohl in der Industrie als auch in den verschiedensten Arbeitsbereichen der Gesellschaft etwa 60 Rubel im Monat. Ein Arbeiter mit Mittelschulbildung fängt mit 80 Rubeln an und bekommt dann je nach Ausbildungsstufe mehr. Ein Hochschulabsolvent beginnt mit ungefähr 120 bis 150 Rubeln Monatsgehalt, und ein akademisch gebildeter Werksdirektor liegt bei etwa 400 Rubeln. Die höchsten Bezüge erhalten zweifellos Universitätsprofessoren, sofern sie Mitglied der Akademie der Wissenschaften sind. Das kann man daraus schließen, daß sie fast alle eine vererbte Villa, Auto und so weiter besitzen, über den gleichen Lebensstandard verfügen übrigens auch Spitzenkünstler und Spitzenfunktionäre.

Bei uns dagegen haben die Maßnahmen der Sozialpartner, die für die Tarife in der Bundesrepublik verantwortlich sind, dazu geführt, daß den Menschen schon frühzeitig und ohne langfristige Ausbildung gute Verdienstmöglichkeiten geboten werden, sei es als Handwerker, Kranführer, Straßenbauarbeiter oder dergleichen, so daß sie ihre Bedürfnisse nach einem hohen Konsum befriedigen können. Wenn in der Bundesrepublik die überwiegende Anzahl der für eine Weiterbildung begabten Arbeiterkinder keinen langfristigen Konsumverzicht für die Dauer des Besuches einer höheren Schule und eines anschließenden Studiums auf sich nehmen will, so ist das sicher im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die Existenzbasis der Akademiker für den durch unsere Sozialpolitik geschützten und gut verdienenden Jungarbeiter oft keinen Anreiz mehr bietet.

Die Kritiker an unserer Tarifpolitik sind der Meinung, wir hätten versäumt, die Lernbereitschaft zu fördern. Dadurch sei die materielle Armut zwar beseitigt worden, dafür aber in breiten Schichten eine geistige Armut entstanden. Diese harte Kritik sollten die Sozialpartner, insbesondere die Gewerkschaften, ernst nehmen, und es müßte ein System gesucht werden, das die Ansprüche an das Sozialprodukt in der Weise tariflich aufgliedert, daß dadurch die Lernbereitschaft eine Förderung erfährt.

Ich meine, Herr Moneta, daß wir auch weiterhin Wachstumsraten haben werden, wenn auch im Augenblick die von Ihnen erwähnte Phase der Hochkonjunktur beendet ist. Mit der bisher geübten Tarifpolitik wird dann aber kein Bildungshunger ausgelöst werden, der sich etwa mit dem von Ihnen in Ungarn und von mir in der Sowjetunion in breiten Schichten beobachteten Lerneifer vergleichen läßt.

von Heppe

Ihr Modell einer expansiven Bildungspolitik, Herr Dahrendorf, sieht die Einbeziehung weiterer Einrichtungen auf der Hochschulebene vor, wobei, nach Ihrem Schema zu urteilen, auch hierfür offensichtlich die Hochschulreife notwendig ist. Wie verhält es sich damit bei den Ingenieurschulen? Die Studierenden dort haben größtenteils keine Hochschulreife. Nach meiner Kenntnis ist es bei den Kunst- und Musikhochschulen ähnlich. Wollen Sie an der Hochschulreife als untere Grenze auch für diese sehr wichtigen Einrichtungen grundsätzlich festhalten? Oder wie denken Sie sich die Durchlässigkeit? Das würde ja den Charakter der Ingenieurschulen völlig verändern.

Dahrendorf

Die ständige Erhöhung der Abiturientenzahlen wird sich auf die gesamte Ausbildungssituation unserer Bevölkerung entscheidend auswirken. Die heutigen Ingenieurschulen werden gerade wegen ihres Erfolges in einer sich so verändernden Welt nicht erfolgreich bleiben können. Ihr Erfolg beruht auf einem überaus strengen System der Siebung. Diejenigen, die fähig sind, das Ingenieurstudium heute ohne Abitur zu absolvieren, werden morgen mit Sicherheit das erste Reservoir für die Erhöhung der Abiturientenquoten bilden.

Zwar haben nur ungefähr fünf Prozent - an einzelnen Ingenieurschulen zehn Prozent - aller Absolventen das Abitur, aber mehr als fünfzig Prozent von denen, die mittlere Abschlüsse haben, erwerben diese dort, wo es sie eigentlich gar nicht gibt, nämlich durch vorzeitigen Abgang vom Gymnasium. Schon heute handelt es sich also bei sehr vielen Ingenieurschulstudenten um solche, die sich bereits auf der Bahn zum Abitur befanden.

Nun sind wir in einer schwierigen Lage. Die Ingenieurschule ist eine der wenigen erfolgreichen Bildungseinrichtungen unseres Bildungswesens, aber gerade hier ist abzusehen, daß sich ihre Stellung völlig verändern wird. Deshalb sollte man die Ingenieurschulen Schritt für Schritt - auf keinen Fall durch ein einmaliges Gesetz - in den Hochschulbereich hineinbringen - mit der Voraussetzung der Hochschulreife. An bestimmten Orten, zum Beispiel in Baden-Württemberg, bietet sich das relativ frühzeitig an, weil die Ingenieurschulen ein gewisses Qualitätsgefälle haben. Bei einigen kann jedenfalls in einzelnen Fachbereichen ziemlich mühelos damit begonnen werden.

Gleichzeitig ist es aber unumgänglich, daß die gesamte Fachschulausbildung von neuem überprüft und bei dieser Gelegenheit stärker qualifiziert wird. Ich stelle mir eine neuartige, angehobene Techniker Ausbildung vor, in die bestimmte Elemente der heutigen Ingenieurschulausbildung beziehungsweise bestimmte Funktionen der heutigen Ingenieurschulen eingehen.

Meine Antwort auf Ihre Frage, Herr von Heppe, ist also, daß langfristig, vom tatsächlichen Inhalt des Lehrpensums her betrachtet, die heute bestehende Verklammerung zwischen Hoch- und Fachschulen aufgelöst wird. Wir erhalten dann auf der einen Seite den Bakkalaureus der Ingenieurwissenschaften und auf der anderen den Absolventen einer neuartigen, sicher qualifizierteren Fachschule, die als Angebot für die Absolventen mit mittlerer Reife gedacht ist.

Wenn auch die Situation in den Bundesländern sehr verschieden ist, geht das kulturpolitische Programm in Baden-Württemberg nicht zufällig dahin, nicht nur die Abiturientenzahl, sondern auch den Anteil der Schulabgänger mit mittlerer Reife zu verdoppeln. Dadurch wird eine sehr große Gruppe von etwa 40 Prozent an die Schwelle zur weitergehenden Ausbildung geführt, die heute noch einen ganz anderen Charakter hat.

Determann

Betrachten wir die Frage der Ingenieurschule von der Hochschule aus, so ist es sicher richtig, das Abitur als Eingangsniveau zu verlangen, denn wir wollen die Abiturienten ja auf andere Weiterbildungswege lenken. Das linke Drittel der Hochschulstudiengänge im Dahrendorfschen Schema, die bisherige Wissenschaftliche Hochschule, soll entlastet werden, und deshalb muß das Abitur als Eingangsniveau auch für das Kurzstudium Voraussetzung sein.

Anders liegen die Dinge, wenn wir die Sache von der Ingenieurschule oder auch von der Industrie her ansehen, die die Ingenieure nachher einsetzen soll. Wenn nur Abiturienten zum Ingenieurstudium zugelassen werden, wird die Industrie schlecht bedient, weil ein großer Teil der bisherigen Begabungsgruppe vom Studium an der Ingenieurschule ausgeschlossen wird. Zwar bilden diejenigen, die bisher das Studium an einer Ingenieurschule absolvieren konnten, das erste Reservoir für die Erhöhung der Abiturientenquote von acht auf fünfzehn Prozent, und diese Studenten sollten außer den zwei Prozent, die bisher im Anschluß an die Ingenieurschule die Technische Hochschule besuchten, weiterhin auf das Kurzstudium gelenkt werden. Damit wird jedoch nach meiner Schätzung nur etwa die Hälfte der geeigneten Bewerber erfaßt. Man sollte daher das große Reservoir der Realschulabschlüsse - eventuell etwas gehoben - nach wie vor offenlassen. Wenn Herr Dahrendorf sowieso grundlegend neu plant, wäre zu überlegen, das Eingangsniveau für das Kurzzeitstudium herabzusetzen.

Körper

Ich habe in diesem Zusammenhang auch eine Frage an Herrn Dahrendorf. Das Eingangsniveau für die Ingenieurschule ist im allgemeinen der Mittelschulabschluß. Danach muß dieser Ingenieurschulanwärter wenigstens eine zwei Jahre währende praktische Ausbildung absolvieren. Das darauf folgende Studium dauert sechs Semester. Nun gibt es aber unter den Ingenieurschulabsolventen einen Anteil von etwa fünf Prozent, der mit der Fakultätsreife abschließt. Wenn diese ausgewiesenen Begabungen einen weiteren Abschluß auf einer Hochschule erreichen wollen, müssen sie nach den zur Zeit geltenden offiziellen Regeln noch einmal acht Semester studieren. Diese qualifizierten Fachschulabsolventen werden nach unseren bestehenden Hochschulbestimmungen insofern bestraft beziehungsweise benachteiligt, als sie für ihr Hochschuldiplom zwei Lebensjahre mehr opfern müssen als ein Durchschnittsabiturient, der nach einem halben Jahr Praktikum die Hochschule absolviert.

Die Folge ist, daß sich leider ein großer Teil dieser jungen Leute, die von der Industrie besonders begehrt sind, wenn sie mit zusätzlicher wissenschaftlicher Ausbildung ausgestattet wurden, nicht zu einem weiteren Studium entschließt. In der Wirtschaft sind wir davon überzeugt, daß für Ingenieurschüler mit Fakultätsreife ein weiterführendes Hochschulstudium bis zum Diplom von etwa fünf Semestern Dauer genügen würde. Demzufolge habe ich zum Beispiel in Hamburg speziell für Fachschulabsolventen mit Hochschulreife die Einrichtung eines fünfsemestrigen Studiums als weiterführende Ausbildung bis zum Diplomingenieur vorgeschlagen.

Ist in Ihrem Modell, Herr Dahrendorf, für die Begabtenreserven auch eine Verkürzung der Studienzeit bis zum Diplom vorgesehen?

Dahrendorf

Ihre Frage, Herr Körber, steht im Zusammenhang mit der Umwandlung der Ingenieurschulen. Die Technischen Hochschulen - jetzt Universitäten - erlassen begabten Ingenieurschulabsolventen bereits einige Semester.

Leussink

Nachdem ein solcher Absolvent ein Jahr lang an der Technischen Hochschule studiert hat, wird zum Beispiel einfach dekretiert, er sei nun im vierten oder fünften Semester.

Dahrendorf

Das ist genau die Erfahrung, die diesen Umwandlungsprozeß, den wir vorschlagen, rechtfertigt.

Bredereck

Das trifft auch für die Naturwissenschaften zu.

Cattepoel

Auch ich habe Bedenken dagegen, daß als Voraussetzung für das Kurzstudium das Abitur verlangt werden soll. Bei der Ingenieurschule zum Beispiel besteht die Attraktivität darin, daß man sie mit der mittleren Reife besuchen kann. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß dies für 95 Prozent der heutigen Ingenieurschulstudenten zutrifft. Hier ist somit eine Aufstiegsmöglichkeit für diejenigen gegeben, die entweder aus familiären oder sozialen Gründen die Höheren Schulen und damit die Hochschule nicht besuchen können.

Vielleicht ließe sich das Dahrendorfsche Modell gerade auch sachlich und sozial fruchtbar verwirklichen, wenn das Kurzstudium bereits mit der mittleren Reife begonnen werden könnte, so daß es gleichsam eine Art zweiten Bildungsweges darstellte, während das Langstudium nach wie vor das Abitur voraussetzt.

Becker

Ich halte das für einen sehr wichtigen Punkt. Wenn die Abiturientenquote auf fünfzehn bis zwanzig Prozent steigt, ist damit nicht gesagt, daß die restlichen achtzig Prozent die mittleren Aufstiegschancen, die sie bisher hatten, verlieren sollen. Ich glaube nicht, daß die Gesamthochschule beabsichtigt, einfach die Crème abzuschöpfen.

Hamm-Brücher

Wir gehen bisher alle von der von Herrn Dahrendorf vorgezeichneten Entwicklung aus, wonach zwischen 1975 und 1980 mit etwa 562000 Studenten zu rechnen ist. Seine Gesamthochschule ist auf solche Zahlen hin zugeschnitten und, wie ich zugebe, maßgeschneidert. Dieser Zuschnitt wird aber höchstens bis 1975 reichen. Was sich heute in der Bundesrepublik vollzieht, ereignete sich in der übrigen Welt - sowohl im Osten als auch im Westen - bereits in einer Zeitphasenverschiebung vor etwa zehn bis zwanzig Jahren. Daher hat es gar keinen Sinn, über diese Etappe noch zu reden. In der Bundesrepublik hat die Studentenexplosion noch gar nicht richtig begonnen. Sie wird vielmehr erst dann einsetzen, wenn zwanzig Prozent eines Geburtsjahrganges in irgendeiner Form die Hochschulreife erlangt haben. Man sollte daher über diese Etappe sprechen. Dabei bin ich der Ansicht, daß wir in Anbetracht der Größenordnungen in anderen Ländern, die man zweifellos auch erreichen wird, mit zwanzig Prozent Studenten "aller Arten" noch zu niedrig liegen.

Es wird häufig argumentiert, daß wir so viele Abiturienten gar nicht brauchen und auch nicht erhalten werden. Die gleichen Leute haben sich schon wiederholt über die Entwicklung getäuscht, und sie werden auch in Zukunft unrecht haben. Wir müssen mit den von mir genannten Zahlen rechnen.

Ihr Modell, Herr Dahrendorf, entspricht in etwa dem, was in der ganzen Welt, ob in Ost oder West, jetzt besteht und wie es ungefähr funktioniert. Allerdings geht man in anderen Ländern rigoros vor. Auch bei uns sollte jeder Student zunächst ein Kurzstudium absolvieren und erst dann das eigentliche wissenschaftliche Studium beginnen.

Das Projekt von Herrn Dahrendorf erinnert mich an den ersten Vorschlag des Deutschen Bildungsrates, in dem nicht von der Gesamthochschule, sondern von der Gesamtschule die Rede war. Danach sollten die Kinder "feiner Leute" von der vierten Klasse an gleich in die Studienschule kommen, während sich die anderen den Zugang erst auf dem Umweg über die Förderstufe erarbeiten mußten. Sie machen den gleichen Fehler, Herr Dahrendorf, wenn Sie den Abiturienten herkömmlicher

Bildungstradition in Ihrem Schema sofort den Platz links unten - also den Beginn des Langstudiums - zugestehen, während die übrigen den Umweg über das Kurzstudium zu machen haben.

Alle Studenten sollten durch diesen Unterbau des Kurzstudiums mit einem Abschluß hindurchgehen. Ein großer Teil wird danach sicherlich in einen Beruf überwechseln. Diejenigen, die noch nicht recht wissen, was sie wollen, könnten zunächst in den Höheren Dienst gehen oder in Führungspositionen der Wirtschaft hineinwachsen und dann nach fünf oder zehn Jahren noch einmal an die Universität zurückkehren. Das Kurzstudium brauchte also keineswegs nur praktisch für einen Fachberuf auszubilden.

Mir scheint deshalb der Vorschlag von Herrn Dahrendorf nicht wie Herrn Litten zu reaktionär, sondern nur ein halber Schritt zu sein, mit dem wir in eine neue Sackgasse hinein, nicht aber herauskommen. Dieses Modell hinkt wieder hinter der Entwicklung her, ist also reaktiv.

Wir gehen ständig davon aus, daß die bisherigen Formen des Studiums beibehalten bleiben. Auch das hat mich gewundert, Herr Dahrendorf. Sie waren doch in Amerika und haben festgestellt, daß das Studium mit Hilfe von Fernsehvorlesungen und Computern zum Teil ganz anders gestaltet werden kann. Es ist zum Beispiel hoch interessant und sehr wichtig, was in Polen derzeit an Programmierung der Hochschulvorlesungen unternommen wird.

Krings

Schlagen Sie ein neues Programm für Studienverlängerung vor, Frau Hamm-Brücher?

Hamm-Brücher

Aber nein! Ich sagte doch, es sollten alle Studenten zunächst ein Kurzstudium absolvieren.

Krings

Nach diesen drei Jahren fängt man dann erst richtig an zu studieren?

Hamm-Brücher

Auf der ganzen Welt wird doch zunächst nur ein Kurzstudium absolviert.

Becker

In den Vereinigten Staaten absolvieren heute etwa fünfundneunzig Prozent eines Jahrgangs eine zwölfjährige Schule und siebzig Prozent ein anschließendes zweijähriges Junior-College. In der Sowjetunion ist die Entwicklung ähnlich und wird sich bis zum Jahre 1970 derjenigen in den Vereinigten Staaten angleichen. In der Bundesrepublik dagegen gehen wir immer noch von der rührenden Zahl von fünfzehn Prozent Abiturienten aus.

Herr Dahrendorf will nun diese Abiturienten auf die weiterführenden Einrichtungen verteilen. Frau Hamm-Brücher meint, daß es auch in der Bundesrepublik trotz allen Modernitätsrückstandes vermutlich nicht bei den fünfzehn Prozent bleiben wird.

Riese

Ich möchte mich auf die Seite von Frau Hamm-Brücher stellen. Wir brauchen - und in diesem Punkt läßt sich das Modell von Herrn Dahrendorf kritisieren - eine Bakkalaureatsstufe, die eine Auslesefunktion für das eigentliche wissenschaftliche Studium innehat, nicht aber ein Sonderstudium darstellt. Deshalb benötigen wir keine Fachhochschule. Die Ausbildung zur medizinisch-technischen Assistentin einfach von der Fachschule zur Universität zu verlagern, ist sinnlos. Entscheidend ist, daß sie eine vertiefte medizinische Grundausbildung erhält.

Deshalb brauchen wir ein breiteres Fundament für die Hochschule mit einem Abschluß nach einem dreijährigen Studium, jedoch kein daneben gestelltes spezifisches System. Die immer komplizierter und differenzierter werdenden Bildungsanforderungen, die an die modernen Berufe gestellt werden, verlangen ein intensiveres methodisches Rüstzeug. Herr Dahrendorf hat in seinem Entwurf selbst gesagt, daß dieses Kurzstudium keine Stoff-Fülle, sondern methodisches Rüstzeug bieten solle. Ich glaube nicht, daß wir innerhalb von drei Jahren Spezialisten ausbilden können. Das geschieht sicherlich anderswo, zum Beispiel in den Unternehmungen. Wozu benötigen wir dann eine Fachhochschule? Eine Hochschule, die alle durchlaufen müssen und die dieses methodische Rüstzeug innerhalb dreier Jahre bietet, hätte aus verschiedenen Gründen erhebliche Vorteile.

Insbesondere würde der Nachteil verschwinden, daß durch das Langstudium wieder eine elitäre Gruppe gebildet wird. Die Bakkalaureatsstufe hätte die echte Funktion einer Auslese. Die Wahl, ob jemand zur Volluniversität oder zur Fachhochschule geht, müßte nicht bereits vor Beginn des Studiums getroffen werden.

Kollmann

Im Gegensatz zu Herrn Riese bin ich der Meinung, daß wir mehr Fachschulen brauchen. Das trifft auch auf die Physik und die Naturwissenschaften insgesamt zu, insbesondere aber auf die Ingenieurwissenschaften. Die Industrie sucht gute Fachkräfte. Warum müssen sich diese vier bis sechs Jahre auf den Hochschulen herumquälen? Warum können sie nicht auch schon in drei Jahren ausgebildet sein? Auch die Betriebswirtschaftslehre könnte in manchen Bereichen in einem Kurzstudium absolviert werden, wenn mich diese Bemerkung vielleicht auch in Gegensatz zu meiner Fakultät bringen wird.

Becker

In unserer Diskussion überschneiden sich ständig zwei Dinge. Einerseits sieht der Hochschulgesamtplan eine erhebliche Erweiterung der Hochschule um Bereiche vor, die bisher nicht dazu gehörten. Dieser Gedanke wird nun andererseits mit einer bestimmten Grundausbildung verbunden. Nun scheint es so, Herr Dahrendorf, als wollten Sie die Hochschule zwar erweitern, aber dann doch sozusagen Ghettos oder Stätten niederer Weihen neben denen schaffen, die von Anbeginn für die höheren Weihen bestimmt sind.

Riese

Wobei Herr Dahrendorf davon ausgeht, daß viele Studenten nur die niederen Weihen anstreben.

Becker

Die Erweiterung der Hochschule als Komplex und die Ordnung dieses Komplexes in sich sind doch offenbar zwei verschiedene Vorgänge. Dabei wäre noch zu ergänzen, daß ein Teil der bisherigen Hochschulfächer in den Fachhochschulbereich mit hinübergenommen werden könnte. Herr Altmann hat mit Recht darauf hingewiesen, daß sich zum Beispiel die Jurisprudenz durchaus in diesen dreijährigen Ausbildungsgang einordnen ließe.

Hamm-Brücher

Auch die neueste französische Hochschulreform sieht für alle Studenten ein Jahr Grundstudium vor.

Dahrendorf

Der Terminus Fachhochschule gibt hier offensichtlich zu Mißverständnissen Anlaß. Ich sprach vom Fachhochschulbereich. Dabei sollen keine Einrichtungen ausgegliedert und sozusagen als ein Kranz um die anderen herum gruppiert werden, um dann alle diejenigen aufzunehmen, die nicht in die Langstudiengänge hinein sollen. Organisatorisch gibt es an manchen Punkten zwischen einem Kurzstudium fachhochschulischen Charakters und einem Langstudium gar keinen Unterschied.

Jetzt möchte ich zu zwei verschiedenartigen Einwänden Stellung nehmen, die aber denselben Tenor haben, daß nämlich die hier vorgeschlagene Lösung nicht weit genug gehe. Der eine Einwand will eine der Linien in diesem Modell durchziehen und möglichst früh eine gemeinsame Ausbildungsstufe für alle schaffen.

Ich teile jedoch die Meinung von Frau Hamm-Brücher nicht, daß es eine in diesen Strukturen notwendig gemeinsame Entwicklung aller Länder der Welt gibt. Ich bin im Gegenteil immer wieder überrascht, wie viele und wie tiefgehende Unterschiede offenbar bei relativ ähnlicher Wirtschaftsentwicklung möglich sind. Das beginnt in der Zeit der Industrialisierung und zieht sich bis zur Gegenwart hin. Die Bildungstraditionen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion sind in der entwickelten Welt beinahe einzigartig. Ich bin nicht überzeugt, daß diese von der breiten, möglichst langfristigen Bildung ausgehenden Bildungstraditionen ohne weiteres in die Länder eindringen werden, deren eigene Bildungstradition sich von einer Elitebildung in einer Privilegiengesellschaft herleitet und sich von dort aus erweitert. Wir haben in unserem Bildungswesen viele Elemente, die die Umwandlung der Hochschule in eine Art College nicht nur im ökonomischen Sinne, sondern auch in dem des Aufwands an Reform, der zur Erreichung des gewünschten Zieles erforderlich wäre, sehr kostspielig machen.

Wir sind bei unseren Überlegungen davon ausgegangen, daß man versuchen sollte, mit relativ geringfügigen Veränderungen im Hinblick auf das Problem, das wir zu lösen haben, möglichst viel zu erreichen, und zwar nicht nur kurzfristig, sondern auch mittel- und langfristig. Wir nahmen an, daß man des Hochschulproblems rascher und wirksamer Herr werden könnte, wenn die vorhandenen Studiengänge, die in anderen Ländern zum Teil gar keine Parallele haben - beispielsweise in den Naturwissenschaften;-, neben neuartigen erhalten blieben, anstatt eine Collegelösung im Sinne von Hentigs zu empfehlen oder auch andere radikalere Veränderungen, wie etwa eine generalisierte Zwischenprüfung mit einem oder auch zwei Eingangsjahren, die alle durchlaufen müssen.

Dabei kommt sicher ein das systematische Auge nicht ganz befriedigendes System heraus. Es ist möglicherweise gerade darum viel praktikabler, weil man an verschiedenen Stellen mit einzelnen Schritten beginnen kann. Obwohl die Rahmengesetzgebung dem noch entgegensteht, kann man zum Beispiel damit anfangen, an einzelnen Universitäten in einzelnen Fächern Prüfungsordnungen für Kurzstudiengänge zu entwickeln. Insofern könnte unser Vorschlag sofort wirksam werden. Gerade das Nebeneinander von Kurz- und Langstudiengängen ist das Prinzip unseres Planes. In diesem Punkte ist unsere Entscheidung sehr bewußt gefällt worden, indem wir an das bestehende System anknüpfen. Dabei betone ich ausdrücklich, daß dies nicht nur so ist, sondern auch beabsichtigt war. Damit klären sich bestimmte Einwände der Herren Preuss, Nevermann und Litten, daß der Vorschlag reaktionär sei.

Hamm-Brücher

Wie stellen Sie sich diese Auslese für das Lang- und das Kurzstudium in Ihrem Schema vor, Herr Dahrendorf?

Dahrendorf

Als ein Verfahren ohne jede Zwangsmaßnahme. Ich glaube, daß es funktionieren wird. Es kommt darauf an, wie man die Mentalität von Abiturienten einschätzt.

Becker

Herr Dahrendorf ist eben ein Liberaler, Frau Hamm-Brücher.

Dahrendorf

Ich meine jedenfalls, daß diese Lenkung durch Beratung und Information möglich ist.

Sehr viel weiter geht der Einwand, der sich auf die inhaltlichen Alternativen des Studiums bezieht. Es werden sicher manche neuartige Studiengänge angeboten, wenn auch - im ganzen gesehen - nicht solche, die unsere studentischen Diskussionsteilnehmer befriedigen würden. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß man die Gesellschaft nicht auf dem Wege über Bildungsinhalte verändern kann. Darin besteht wahrscheinlich der Unterschied zwischen unseren Auffassungen. Genauso wenig kann es eine kritische Jurisprudenz geben, weil die Jurisprudenz die Wissenschaft vom geltenden Recht ist. Wenn Sie die bestehende Rechtswissenschaft so verändern, daß sie nur noch kritisch ist, bildet sich sofort wieder eine neue, unkritische Jurisprudenz.

Ich behaupte ausdrücklich im Sinne der soziologischen Theorie, daß die Bildungsinhalte in einem relativ geringen Spielraum eine Spiegelung der gesellschaftlichen Verhältnisse sind. Dieser Spielraum ist meiner Meinung nach so gering, daß der Versuch, auf diese Weise einen Ersatz für die Änderung der Institutionen zu finden, von vornherein vergeblich ist.

Ridder

Wenn Sie behaupten, Herr Dahrendorf, es gäbe keine kritische Jurisprudenz, kann man auch sagen, es gäbe keine Rechtswissenschaft, sondern nur eine Rechtskunde. Wir wollen darüber aber gar kein wissenschaftstheoretisches Gespräch führen: Entweder gibt es eine kritische Jurisprudenz, dann müssen die Juristen darin ausgebildet werden;-, oder es gibt sie nicht, dann müssen gleichwohl kritische Juristen ausgebildet werden. Sie dürfen ruhig meinen, Herr Dahrendorf, wir täten das mit Hilfe von Anleihen aus dem Gebiet, auf dem Sie sich tummeln.

Ich möchte hier vielmehr zu beweisen versuchen, daß für die Juristen ein Kurzstudium von sechs Semestern in keinem Fall ausreichend ist.

Der angehende Jurist erfährt in den ersten beiden Semestern, daß er es zwar mit der gleichen Sprache wie bisher auf der Schule oder im Alltagsleben zu tun hat, diese jedoch oft eine andere

Bedeutung bekommt. Der Naturwissenschaftler hingegen findet eine völlig andere Sprache vor, und der Philologe arbeitet in der gleichen Sprache mit gleicher Bedeutung weiter.

Im ersten Semester meines Studiums habe ich zum Beispiel den Paragraphen 823 BGB kennengelernt. Aus ihm folgt, daß jemand, der einem anderen ein Loch in den Schädel schlägt, dafür Schadensersatz zu leisten hat, sofern er es schuldhaft getan hat. Ich hielt es damals als Anfänger für idiotisch, daß man so etwas in ein Gesetz aufnimmt; denn das ist doch eine Selbstverständlichkeit - dachte ich. In den ersten zwei bis drei Semestern lernt der Jurist aber allmählich, daß und wie es auf jedes Wort ankommt. Was bleibt für die restlichen drei Semester übrig? Doch nur noch die Rechtskunde, eine bloß rezeptive Kunde von der Rechtsprechung ohne Entfaltung der kritischen Ansätze.

Lassen Sie mich Ihnen an einem absurden, aber nicht erfundenen Beispiel vor Augen führen, in welchem Ausmaß sich heute sogar die akademische Juristenausbildung bereits dieser Rechtskunde gebeugt hat, die von vielen als ausreichend betrachtet wird. Hier in Hamburg gibt es einen wissenschaftlichen Assistenten an der Rechtsfakultät, der in einer Zeitschrift plötzlich die Zwiefalt der Jurisprudenz als Wissenschaft entdeckt. Er unterscheidet nämlich eine "abstrakte" und eine "praktische" wissenschaftliche Jurisprudenz. Darauf kritisiert er die Art und Weise, wie in den juristischen Übungen der Universität Fälle bearbeitet werden. Es wird in den Aufgaben am Schluß oft gefragt: "Wie wird das Gericht entscheiden?" Die törichten Lehrer und Studenten haben bisher immer gesagt: "wie man als,abstrakt-wissenschaftlicher' Jurist entscheiden würde". "Unsinn", sagt nun unser Autor, der sicher mit Verve für das Kurzstudium eintreten wird. "Das Gericht entscheidet doch, und dazu muß man wissen, um welches Gericht es sich handelt. Das ist zum Beispiel die KammerX beim Landgericht Y. Da sitzen die Richter A und B. Dann weiß man noch, daß sich das Gericht nach den Präzedenzfällen richtet." Der angehende Jurist lernt nach diesem Rezept also eine Rechtskunde, die aus der Kenntnis der von unten nach oben sich steigenden Autorität der Rechtsprechung besteht.

Natürlich gibt es in der Jurisprudenz wie auch in den übrigen Wissenschaften Probleme, die seit langem ausgestanden sind. Viele andere Fragen jedoch sind zwar für die obersten Gerichte erledigt, nicht aber für die Gesellschaft, in der wir leben. Das Recht auf den eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb zum Beispiel deduzieren höchstrichterliche Juristen messerscharf und kristallklar aus dem Gesetz, das in Wirklichkeit nichts dergleichen enthält. Da muß sich doch der kritische Jurist fragen, auf welche Weise hier die Rechtsgewinnung betrieben wird. Das ist ein umfangreicher ideologischer Komplex, den der junge Jurist nicht in sechs Semestern durchschauen kann.

Lassen Sie mich noch ein weiteres eindrucksvolles Beispiel bringen: Das Bundesverfassungsgericht, das höchste Gericht unseres Landes, begründet eine Entscheidung zur Frage der Verfassungsmäßigkeit der Fünfprozentklausel im Wahlrecht. Man kann nun aus politischen Gründen etwas für oder gegen diese Klausel haben. Aber die Zulässigkeit dieser Klausel läßt sich nicht damit begründen - wie es dieses Gericht getan hat;- , daß die Fünfprozentklausel grundgesetzmäßig sei, weil sie dem consensus omnium entspreche und dieser consensus sich in den Wahlgesetzen manifestiere, die von den Parlamenten verabschiedet wurden. Selbst diesem Gericht ist also die soziologische Erkenntnis noch nicht aufgegangen, daß Wahlgesetze von Parteien gemacht werden, die nicht gern Neuankommlinge in ihren parlamentarischen Reihen dulden wollen. Dieses Beispiel ist nun recht einfach. Es gibt aber sehr viel schwierigere derselben Grundstruktur, und in ungefähr zwanzig Jahren Rechtsunterricht habe ich die Erfahrung gemacht, daß man in sechs Semestern schlechthin nicht lernen kann, solche ideologischen Verhänge zu durchstoßen.

Dichgans

Sie meinen in sieben?

Ridder

Konsequenterweise müßte man in einem solchen Rechtskundeunterricht das Seminar als Brutstätte metajuristischer Verunsicherung des reinen Rechts abschaffen. Damit wird jedoch vollends deutlich, daß es sich hierbei nicht um eine wissenschaftliche Ausbildung handelt.

Hamm-Brücher

Die Ausbildung zu einem kritischen Juristen ist aber keine Frage von Semestern.

Nevermann

Ob eine Wissenschaft kritisch sei oder nicht, ist sicherlich keine Frage der Studienlänge, sondern des Studieninhalts. Ich möchte mich Herrn Ridder anschließen, der die Gefahr sieht, daß eine kritische Wissenschaft durch eine Reglementierung beziehungsweise Kürzung der Studienzeit unmöglich gemacht würde. Der Ansatzpunkt müßte daher lauten: Was heißt eigentlich Bildungsinhalt und wie kann man ihn definieren?

Nun hat Herr Dahrendorf behauptet, der Bildungsinhalt könne nicht zu einer Veränderung und Revolutionierung der Gesellschaft beitragen; er stelle lediglich einen Spiegel der Gesellschaft dar. Das setzt jedoch einen Bildungs- und Wissenschaftsbegriff voraus, der eine kritische Wissenschaft ausschließt. Damit würde man jeden Versuch aufgeben, über einen Appell an den Wissenschaftler als staatsbürgerlich gebildeten Menschen mit lauterer Haltung hinaus aus dem Wissenschaftsbegriff selbst die gesellschaftliche Funktion der Wissenschaft zu deduzieren. Bei der Definition von Wissenschaft und ihren möglichen Auswirkungen auf die Praxis geht es genau um die Frage nach der inhaltlichen Bedeutung von Bildung.

Wie weit wirkt nun die Wissenschaft oder die Bildung bereits heute gesellschaftsverändernd? Eine bestimmte Schicht von Technokraten dringt in immer mehr Positionen der Gesellschaft hinein, in denen Entscheidungen zu fällen sind. Diese Technokratisierung der Entscheidungspositionen hat zu einem Abbau von Autorität und Herrschaft auf der einen und zu einer gewissen Sachrationalität auf der anderen Seite geführt. Das ist im Ansatz bereits eine positive gesellschaftliche Veränderung, die durch wissenschaftliche Ausbildung der Technokraten erfolgte, die sachrational, wenn auch noch nicht kritisch, und nicht mehr rein machtmäßig entscheiden. Solange sich aber die Technokraten nur an Sachrationalität gebunden fühlen, müssen sie sich als Zulieferer und Handlanger der jeweils Herrschenden in der Gesellschaft verstehen.

In dem Modell von Herrn Dahrendorf wird, vom Bestehenden ausgehend, ein möglichst effektives System geschaffen, ohne daß der Bildungsinhalt in Frage gestellt wird und ohne daß irgendwelche Reformen im Sinne der Heranbildung demokratiebereiter Menschen entwickelt werden. Ich würde meinen Vorwurf dahin formulieren, daß es sich im Kern um das System eines Technokraten handelt.

Leussink

Auch die lange und überlange Studiendauer ist offensichtlich keine Garantie für die Verwirklichung der Ideale, die die Herren Studenten hier an die Wand gemalt haben. Sie werden natürlich sofort sagen, das läge an der Ordinarien-Universität, die eine Klassenuniversität sei. Da stimme ich Ihnen sogar weitgehend zu. Es muß sich hier sehr viel ändern. Aber Ihre Kritik ist ja sehr massiv, sehr generell und sehr weitgehend. Ich möchte gern einmal von Ihnen wissen - und das wäre für mich ein wirklicher Gewinn heute abend -: Was wollen die Studenten nun eigentlich konkret?

Nevermann

Ich habe den Eindruck, Herr Leussink, daß Sie die meisten studentischen Stellungnahmen, zum Beispiel zum Gutachten des Wissenschaftsrates, nicht kennen.

Leussink

Ich kenne sie einigermaßen, aber sie waren sehr widersprüchlicher Natur.

Nevermann

Seit ungefähr einem halben Jahr befinden sich sowohl der Verein Deutscher Studentenschaften (VDS) als auch die Studentenvertretung an der Freien Universität Berlin etwa auf einer Ebene. Zunächst arbeitete die ehemalige VDS-Hochschulkommission die Schrift "Studienreform ohne Hochschulreform?" aus. Darauf folgte die Studentenvertretung der FU. In dem Buch von Nitsch, Offe, Gerhardt, Preuss zum Beispiel ist eine ganze Reihe von konkreten Vorschlägen enthalten.

Ich möchte mich jedoch gegen Ihre Fragestellung wenden, Herr Leussink, weil ich der Meinung bin, daß es bereits genügt, einen vorgelegten Plan mit der Begründung zu kritisieren, daß das in der jetzigen Situation nicht der richtige Weg sei. Man sollte uns das nicht zum Vorwurf machen, denn wir sind keine Professoren und haben keinen Wissenschaftsrat und keinen bürokratischen Apparat zur Verfügung, mit deren Hilfe wir konkrete Pläne erarbeiten könnten. Auch wenn unsere Kritik negativ bleibt, ist sie als positiver Beitrag zu werten.

Leussink

Wenn es sich so verhält, kann ich Ihnen gern zustimmen.

Litten

Herr Leussink hat nach meiner Meinung das Recht auf eine positive Antwort, wenn diese auch nur in Form einer bestimmten Negation gegeben werden kann. Wir laufen in dieser Diskussion Gefahr, den Begriff der Zeit zu fetischisieren, als ginge es nur darum, ob das Studium sechs oder acht Semester dauere. Das klang auch in Ihrer Frage an, Herr Dichgans. Natürlich hat Herr Ridder, der als kritischer Jurist leider ein Anachronist ist, nicht gemeint, daß er in sieben Semestern nur mehr Wissensstoff vermitteln will als Sie in sechs Semestern. Es geht ihm vielmehr um die kritische Intention, die das Studium begleiten sollte und die eine Restriktion des Studiums auf drei Jahre nicht zuläßt.

Er hat aber mit der "Verunsicherung" das Stichwort gegeben. Die Wissenschaft ist nämlich heute gerade noch in der Lage, verfestigte Gesellschaftsbilder, mit denen wir an die Universität kommen, auf dem Wege eines reflektiven Prozesses, der allgemein mit kritischer Rationalität umschrieben wird, aufzulösen, so daß wir verunsichert werden. Wir kennen diesen Begriff aus der Psychoanalyse. Dadurch kann die kritische Ich-bildung sowohl eines Einzelnen als auch eines Kollektivs eintreten, die nicht mehr ein rein adaptives Verhalten, das vordem die Regel war, sondern ein intentionales Handeln zur Voraussetzung hat.

Kritische Wissenschaft meint nichts anderes, als daß die Lernprozesse, nämlich die Einübung bestimmter Verhaltensweisen, die in der Gesellschaft notwendig gebraucht werden, selber wieder in Frage gestellt werden. Das soll nicht heißen, daß wir plötzlich vor einem Nichts stehen und uns fragen, was wir nun tun sollen. Vielmehr sollen wir uns selbst die Alternativen suchen, die wir in der Gesellschaft, in deren Reproduktionsprozesse wir nach dem Studium eintreten, zur Wahl stellen wollen.

Hier, Herr Dahrendorf, ist nach meiner Ansicht die Möglichkeit gegeben, die Gesellschaft durch Antizipation möglichen anderen Verhaltens zu verändern, was nicht auf die Universität beschränkt werden darf, sondern sich in die Gesellschaft hinein entfalten muß. Die Kritische Universität sollte in der dialogischen Auseinandersetzung zwischen Lehrenden und Lernenden Bildungsprozesse in Gang bringen, die von den Lehrenden genauso reflektiert werden wie von den Lernenden. Es ist die Aufgabe der Universität, diese Verunsicherung zu leisten, um dann zu einer neuen Sicherheit auf einer qualitativ höheren Stufe zu gelangen.

Becker

Wie wir alle wissen, hat die Aufklärung verschiedene Kinder gezeugt. Auf der einen Seite ist hier der Versuch deutlich geworden, den Organisationsprozeß der Wissenschaften gegenüber der herkömmlichen Universität, wie es der Wissenschaftsrat vorschlägt, stärker zu rationalisieren. Das bringt jedoch die Gefahr einer Einschränkung des kritischen Elementes der Aufklärung mit sich. Deshalb möchte Herr Litten in die Hochschule in ihrer traditionell gewachsenen Form ein Mehr an Aufklärung hineintragen, wobei sich die Frage stellt, wie weit die Technokratie, die Herr Nevermann erwähnte, nun die Aufklärung auch wieder verdrängt.

Dieses Kernproblem wurde bisher von beiden Seiten nicht gelöst. Die Kritische Universität und die kritische Wissenschaft überhaupt stehen vor der Schwierigkeit, wie sie ihrerseits das Problem der Technokratie bewältigen. Hier spielt also die Frage mit, wie man in einer Zeit der entwickelten Technokratie Französische Revolution macht. Dieses ungelöste Problem der beiden Kinder der Aufklärung müssen wir als eine der Fragen an die Neugestaltung der Universität für die weitere Diskussion im Gedächtnis behalten.

Das ist sicher keine erschöpfende Antwort auf ihre Fragestellung, Herr Leussink, jedoch ist uns immerhin ein wichtiger Punkt klar geworden.

Krings

Es haben sich in der Diskussion verschiedene Probleme vermischt, die wir differenzieren sollten. Einmal wurde die Frage des Entstehens eines kritischen Bewußtseins innerhalb eines Studiums angesprochen. Ein solches kritisches Bewußtsein muß sich aber zunächst und vor allem außerhalb des Studiums bilden, denn es ist ein Bestandteil des allgemeinen demokratischen Bewußtseins. Wenn das aber zutrifft, muß es auch innerhalb eines Kurzstudiums möglich sein. Wenn sich Lang- und Kurzstudium dadurch unterscheiden, daß das eine zu einem kritischen, das andere aber zu einem unkritischen Wissen führte, dann würde ich den ganzen Plan von der Tafel wischen. Man darf annehmen, daß sich das kritische Bewußtsein in den nichtakademischen Berufsgängen im allgemeinen früher ausprägt als innerhalb der Berufsgänge, die ein Studium erfordern. Wenn man das

nicht in sechs Semestern schaffen kann, Herr Ridder, dann sollte man das Studium in dieser Form lassen.

Sowohl für das Lang- als auch für das Kurzstudium ist eine eigene Konzeption erforderlich, die nicht durch die Zeitdauer, sondern durch den jeweils anderen gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang charakterisiert ist. Die Unterscheidung dieser beiden Studiengänge durch quantitative Begriffe wie kurz und lang hat offensichtlich zu Mißverständnissen beigetragen. Meines Erachtens müßten Bezeichnungen gewählt werden, die den Sinn des einen Studiums von dem des anderen abheben.

Weiterhin gehen ständig qualitative und quantitative Probleme ineinander. Das ist notwendig und soll keine Kritik an der Diskussion sein. Zweifellos schlagen bestimmte quantitative Probleme an irgendeinem Punkt in Qualitätsprobleme um. Ich halte es aber nicht für zweckmäßig, von der Zahl der Jahre - drei, vier oder fünf - auszugehen. Mir wäre wohler, wenn in Ihrem Schema, Herr Dahrendorf, auch die Kurzstudiengänge die Öffnung in ein beliebig langes Studium zuließen.

Die Lösung des quantitativen Problems, nämlich die Überfüllung der Hochschulen, darf nicht allein von der Begrenzung der Studienzeit her gesehen werden, wie es hier anklang. Man muß vielmehr auch von den Funktionen ausgehen, die die einzelnen Wissenschaften und dementsprechend die zugehörigen Studiengänge zu erfüllen haben. Innerhalb dieser Funktionen sollten dann die optimalen Studienzeiten bestimmt werden.

Becker

Damit hat uns Herr Krings auf das Thema der möglichen Studienzeitverkürzung beziehungsweise der Festsetzbarkeit der Studiendauer hinübergeleitet. Das ist ein Grundproblem sowohl dieses Modells als auch der Vorschläge des Wissenschaftsrates. Kann man vermeiden, daß durch eine Studienzeitverkürzung von vornherein die kritische Wissenschaft zu einer abgerichteten Technik herabgemindert wird? Bedeutet das zum Beispiel bei den Juristen die endgültige Entscheidung für den juristischen Positivismus? Wie weit ist ein Medizinstudium ohne Kenntnis der gesellschaftlichen Probleme der Medizin sinnvoll? Solche Fragen ließen sich in jeder Wissenschaft, zum Beispiel auch für die Fächer, die der Lehrerausbildung dienen, formulieren. Ist es weiterhin möglich, ein allgemeines Grundstudium für alle Studienfächer mit einem Bakkalaureatsabschluß einzuführen und darauf ein Weiterstudium aufzubauen? Oder besteht dann die Gefahr, daß man - wie es Herr Ridder ausführte - jenen unkritischen Juristen ausbildet, der nicht in der Lage ist, die Konfrontation zwischen positiven Normen und Gesellschaft von Anfang an mitzureflektieren?

Ridder

Bedauerlicherweise ist es trotz des längeren Studiums auch bisher aus verschiedenen anderen Gründen, die hier nicht erörtert werden können, nicht möglich gewesen, hinlänglich kritische Juristen auszubilden. Ich möchte jedoch die Chancen nicht noch durch eine mechanische Zeitquillotine verschlechtern.

Becker

Der Haupteinwand gegen das Langstudium ist ja gerade, daß dieses Ziel auch dort nicht erreicht wird.

Bredereck

Die Frage des Kurzstudiums möchte ich an meinem Fach, der Chemie, erläutern. Verschiedentlich hat man in der öffentlichen Diskussion die Chemie als das längste Studium angegriffen, so auch Herr Dichgans in seiner Schrift "Erst mit dreißig im Beruf?". Andererseits wurde behauptet, acht oder neun Jahre seien nötig, bis jemand die höchsten Weihen der Chemie bekommen könne. Nun ist schon in der Gründungsdenkschrift der Universität Konstanz sowie in der Studienreformempfehlung des Wissenschaftsrates insbesondere für das Gebiet der Chemie angeregt worden, versuchsweise ein Kurzstudium einzurichten, das nach einer Dauer von fünf bis sechs Semestern mit einem eigenen Abschluß, verbunden mit der Berechtigung zum Eintritt in die Praxis, versehen wird. Nach anfänglicher Zurückhaltung entschlossen wir uns, diesen Abschluß als Bakkalaureat zu bezeichnen.

Kann man es wagen, gerade dieses Studium herauszugreifen, das als Prototyp des Langstudiums gilt und das bisher unbedingt mit der Promotion abschließt? Die Resonanz auf diese Frage war sehr interessant, sowohl auf der akademischen Ebene als auch auf der der wissenschaftlichen Gesellschaften und der Großindustrie. Von der Vereinigung der Ordinarien an den Universitäten, von den wissenschaftlichen Gesellschaften und dem Verband der chemischen Industrie wurde ein Petition

unterschrieben, in welchem man sich uneingeschränkt hinter die Empfehlungen des Wissenschaftsrates stellte, also die Verkürzung des Studiums in dem dort angedeuteten Sinne und die Einführung eines Kurzstudiums billigte. Es wurde auch gewünscht, nach dem sechssemestrigen Studium den Titel Bakkalaureus zu verleihen. Wir haben somit die völlige Zustimmung dieser Gremien zu dem von uns angeregten Postulat.

Was für die Chemie als Extrem eines Langstudiums möglich ist, könnte meines Erachtens auch für andere Disziplinen durchführbar sein. Man sollte sich in jedem Studienfach darüber Gedanken machen, wie man, gegebenenfalls unter Umarbeitung des bisherigen Studienganges, erreichen kann, auch hier nach drei, viereinhalb oder fünf Jahren eindeutige Abschlüsse mit einem inhaltlich vernünftigen Studium zu bieten.

Ich habe in bezug auf die Physik mehrere Unterredungen mit Herrn Finkelburg geführt. Wir haben uns schließlich mit ihm geeinigt, daß auf seinem Fachgebiet die Studiendauer ebenfalls reduziert werden müsse und man ein viereinhalb- bis fünfjähriges Studium der Physik mit Abschluß als Diplomphysiker etablieren könne. Unterschiedlich war die Auffassung hinsichtlich eines Kurzstudiums von drei Jahren. Es gab aber eine Reihe von Physikern, die glaubten, daß man in der Physik als einer Hauptdisziplin der Naturwissenschaften mit einer sinnvollen Auswahl des Lehrstoffes ein solches Kurzstudium einführen könne.

Wild

Von der Seite der Physik her schließe ich mich der Ansicht von Herrn Bredereck an, daß man einen vernünftigen Abschluß nach sechssemestrigem Studium anbieten sollte. Ich glaube dabei, daß eine Verstärkung der Ausbildung in der makroskopischen Physik - auf Kosten eines tieferen Eindringens in die Atomphysik - eine Möglichkeit für eine sinnvolle Gestaltung eines Kurzstudiums ist. Die Industrie braucht nämlich Physiker, die viel von klassischer makroskopischer Physik verstehen. Man bekommt solche Physiker heute jedoch kaum noch, weil sich die an den Hochschulen betriebene Grundlagenforschung fast ausschließlich im mikroskopischen, das heißt atomaren, Bereich und darunter bewegt und deren Fragestellungen daher auch bei der Ausbildung im Vordergrund stehen.

Becker

Kann ein solches physikalisches Kurzstudium auch als Qualifikation für die zweite Phase des Langstudiums in der Physik dienen, oder muß man sich dann von vornherein für das Langstudium entscheiden?

Wild

Vielleicht ließe sich der Vorschlag von Frau Hamm-Brücher durchführen. Man wird dann allerdings eine starke Differenzierung der Hochschulen in Kauf nehmen müssen, wie das in Amerika bei dem allgemeinen Bakkalaureat der Fall ist. Gerade im Sinne der Studienzeitverkürzung wäre es aber viel zweckmäßiger, bestimmte problemeinführende Vorlesungen für das Kurzstudium und das Langstudium gemeinsam abzuhalten, damit der Übergang zwischen diesen beiden Studiengängen transparent bleibt.

Andererseits erfordert aber die Tätigkeit eines Physikers das Beherrschen einer sehr speziellen Fachsprache, insbesondere eine solide Kenntnis der modernen höheren Mathematik. Der Umfang, in dem diese Fachsprache beherrscht werden muß, ist für die Studenten des Kurz- und des Langstudiums sehr verschieden. Forderte man in den unteren Semestern von beiden Studentengruppen den Besuch genau derselben Ausbildungsveranstaltungen, so würde man einerseits den Kurzstudenten ein größeres Pensum an Mathematik aufbürden, als sie tatsächlich brauchen, und dadurch studienzeitverlängernd wirken, andererseits den Studenten des Langstudiums nicht die optimale Grundausbildung vermitteln, die sie benötigen, um mit den schwierigen Problemen der modernen Quantenphysik vertraut zu werden.

Bredereck

Wir haben uns die Frage des Kurzstudiums in den von mir genannten Gremien seit einem Jahr überlegt und sind in der Chemie zu dem Ergebnis gekommen, es sei aus den verschiedensten Gründen, insbesondere vom Inhalt her, durchaus vertretbar, die Ausbildung bis zum Bakkalaureus oder zum Vordiplom-Examen gleich zu gestalten. Der Übergang in die nächste Stufe sollte einer qualitativen Auslese vorbehalten sein. Man muß in jedem Fach prüfen, ob das möglich ist oder nicht. Herr Wild verneint für die Physik, daß man ein identisches Einführungsstudium für das Kurz- und Langstudium ansetzen kann.

Sperner

Sind Ihre Dreijahres-Studienpläne schon irgendwo verwirklicht, Herr Brederock? Ich freue mich, daß sowohl die Ordinarien der Chemie als auch die wissenschaftlichen Gesellschaften und die Verbände der chemischen Industrie zugestimmt haben.

Bredereck

Sie sind ja erst im vergangenen halben Jahr kreierte worden und laufen nun an.

Sperner

Nimmt die Industrie nachher diese Leute auch ab?

Bredereck

Zunächst müssen sie doch der Industrie überhaupt erst einmal angeboten werden. Wir fangen jetzt in Baden-Württemberg damit an.

Becker

Frau Hamm-Brücher stellte nun die Frage, ob das Kurzstudium nicht für alle Studienfächer vorgesehen werden sollte. Offensichtlich wird diese Möglichkeit auch von den Fächern, bei denen man es kaum angenommen hätte, nicht ausgeschlossen.

Bredereck

Es sind die Fächer, wo man es am wenigsten vermutet hätte.

Wild

Ich würde es bei der Physik nicht für ausgeschlossen, aber für unzumutbar halten.

Schäfer

Das Medizinstudium endet mit dem Staatsexamen und dieses führt zur Approbation. Hieran kommen wir nicht vorbei, denn auch der jüngste Assistent muß die Approbation besitzen, um ein gewisses Maß an Eigenverantwortlichkeit tragen zu können. Wir würden mit Hilfe der vor einem Jahr herausgekommenen Empfehlungen des Wissenschaftsrates wenigstens bis zu diesem Abschluß zwei Jahre einsparen und hierfür nur noch sechs anstatt bisher acht Jahre benötigen. Das geschieht unter Anspannung aller Kräfte sowohl der Lehrenden als auch der Lernenden, denn allein fünf Examina liegen auf dieser Strecke. Noch kürzer ist es nicht zu machen. Sofern wir das Ziel des Staatsexamens und der Approbation unter das Medizinstudium setzen, paßt dieses Modell nicht für die Medizin.

Natürlich gibt es den einen oder anderen medizinischen Handlanger- ohne ihn damit abzuwerten;- , der nicht unbedingt approbierter Arzt zu sein braucht. Die Ausbildung in solchen medizinischen Hilfsberufen schlägt aber überhaupt nicht zu Buch, zumal jeder Handlanger anders ausgerichtet ist. So kann es hierfür auch kein gemeinsames Hochschulstudium nach dem Dahrendorfschen Modell geben. Man sollte daher das Medizinstudium aus der Diskussion heraushalten.

Bredereck

Es ist von uns auch nicht hereingenommen worden.

Hamm-Brücher

Ich gebe Ihrem Projekt eine gute Chance, Herr Dahrendorf, wenn sich der von der Physik und Chemie hier vorgeschlagene Weg als gangbar erweist. Ich meine damit eine weitgehende Parallelität zwischen Kurzstudium und einführendem Langstudium - später dann eine Differenzierung - sowie die Durchlässigkeit vom Kurz- zum Langstudium, und zwar unter möglichst geringem Zeitverlust.

Laufen die Dinge aber so, wie es Herr Ridder sagt, dann meldet jede Disziplin Bedenken an, daß eine Studienzeitverkürzung einfach nicht durchführbar sei. Ihr Projekt erschöpft sich in diesem Fall darin, daß Sie an die bisherige Universität ein paar Fachhochschulen, einschließlich der Lehrerbildung, mehr oder weniger "pro forma" anhängen. Damit wären wir praktisch genauso weit wie zuvor. Ich würde dringend davor warnen, den Ridderschen Weg zu gehen. Dagegen halte ich die Vorschläge der Herren Wild und Bredereck für geeignet, die Reform nach dem Dahrendorfschen Modell in Gang zu

bringen, und zwar unter den beiden genannten Bedingungen: möglichst langes Parallellaufen im Grundstudium und Durchlässigkeit vom Kurz- zum Langstudium.

Becker

Herr Ridder hat nun allerdings keinen Weg entwickelt, sondern nur etwas über die besonderen Voraussetzungen eines kritisch-juristischen Studiums gesagt.

Hamm-Brücher

Aber dann kommt doch jede Disziplin und erklärt, daß es bei ihr nicht geht. Am Ende klebt man nur die Kurzformen an die bisherige Universität an. Das ist keine Hochschulreform.

Preuss

Die Kritik von Herrn Ridder kann aber trotzdem berechtigt sein, auch wenn hier die anderen Wege aufgezeigt werden. Mir kommt es so vor, als wollten Sie den Ordinarien Egoismus zum Vorwurf machen, da sonst am Ende vom Dahrendorfschen Plan nichts übrigbliebe. Es müsse aber etwas bestehen bleiben, sonst säßen wir nicht hier beisammen.

Hamm-Brücher

Wenn die Naturwissenschaftler, von denen ich es am wenigsten erwartet hätte, diesen Weg als gangbar ansehen, dann kann man doch wohl annehmen, daß es bei den Geisteswissenschaftlern noch weit eher möglich sein wird.

Dahrendorf

Dürfen wir zu Protokoll nehmen, daß Herr Preuss die Ordinarien gegen die Hochschulreform verteidigt?

Preuss

Das liegt an der Dialektik der archaischen Universität. Es ist der Anachronismus der deutschen Universität, daß sie auch progressive Professoren hervorbringt.

Leussink

In diesem Punkt nehmen Sie die Professoren an der falschen Stelle in Schutz, Herr Preuss, denn in der Tat sind es vor allem wir Professoren, die beweisen, daß das Studium so und so lange dauern muß.

Sahm

Offensichtlich zeichnet sich hier der Trend ab, insgesamt eine Verkürzung des Studiums zu versuchen. Ist das denn angesichts der Bildungsanforderungen, die auf uns zukommen, auf die Dauer gesehen eigentlich vertretbar?

Soll die künftige Hochschule einen gewissen Schnitt setzen und damit nachfolgenden beruflichen Institutionen wie zum Beispiel den Betrieben Weiterbildungsaufgaben zuweisen? Oder hat die Hochschule eine nicht nur weiterführende, sondern auch quantitativ umfangreichere Aufgabe? Da klingt mir schon der Begriff Kurzstudium schlecht in den Ohren.

Cattepoel

Herr Brederick sprach von der Verkürzung des Chemiestudiums. Ich bin Personalchef für den Führungsbereich einer größeren Unternehmensgruppe. Aus dieser Sicht möchte ich behaupten, daß auch im Hinblick auf chemische Unternehmen, die zu unserem Bereich gehören, jede Verkürzung des Studiums begrüßt werden würde, wenn dieses Studium exakte Grundkenntnisse vermittelt.

Becker

Würde die Industrie jede Kürzung begrüßen, die zu den gleichen Resultaten führt wie das bisherige Studium?

Cattepoel

Es ist uns im allgemeinen gar nicht so interessant, wie lange das Studium dauert. Als viel wichtiger erscheint uns, welcher Abschluß erreicht wurde.

von Heppe

Müssen die Bewerber den Dokortitel haben?

Cattepoel

Angenommen, es stellte sich jemand bei einer Firma als "Bakkalaureus der Chemie" vor. Dann würde man ihn eher als besseren "Laboranten" einstufen und ihm eine entsprechende Tätigkeit zuweisen. Weder eine Anerkennung durch die Kollegen noch Aufstiegschancen etwa zum Abteilungsleiter oder höher wären möglich. Hätte der gleiche Bewerber mit der Studienzeit von sechs Semestern einen Dokortitel, sähe es ganz anders aus. In der Wirtschaft ist ja der Dokortitel nicht Ausweis einer wissenschaftlichen Leistung, sondern eine Visitenkarte, die einen bestimmten Anspruch auf Stellung, Aufstiegschancen und Gehaltseinstufung erlaubt. Gerade in der chemischen Industrie werden meistens Chemiker mit Promotion verlangt. Nichtpromovierte Chemiker werden fast überall niedriger eingestuft.

Bredereck

In den Empfehlungen zur Studienreform ist unter anderem eine Analyse der Tätigkeiten in der chemischen Großindustrie enthalten. Dabei zeigt sich, daß in einer der großen IG-Nachfolgegesellschaften und das trifft für alle zu - diejenigen Chemiker, die Forschungsfunktionen übernehmen, nur fünfundvierzig Prozent eines Werkes ausmachen. Der Rest verteilt sich auf Produktion, Verwaltung und so weiter. Dabei ist die Patentabteilung in den fünfundvierzig Prozent enthalten.

Die Gesamtheit der Chemiker, die in der Großindustrie tätig sind, beträgt siebzehn Prozent. Dreiundachtzig Prozent sind in Mittel-, Kleinst- und Waschküchenbetrieben beschäftigt. Die Analyse, wo die Chemiker arbeiten, zeigt, daß sie nicht wie vor vierzig oder fünfzig Jahren in der eigentlichen chemischen Industrie angestellt sind, sondern sich auf eine Vielzahl von Industrien verteilen. Nun sind wir der Auffassung, der auch die industrielle Seite, speziell die Chemie, zustimmt, daß hier das Feld der künftigen Kurzstudenten zu sehen ist. Es handelt sich also um Mitarbeiter, die über Materialfragen ihres Unternehmens informiert sind, jedoch keine eigentliche Forschung im chemischen Sinne betreiben. Der Chemiker im Gaswerk oder in einer Schuhfabrik muß nicht unbedingt promoviert haben. Dazu reicht eine Grundstoffkenntnis aus, die man in drei Jahren erwerben kann.

Ich bin der Ansicht, daß wir von dem Anspruch der Promotion herunterkommen müssen, und überraschenderweise stimmen wir darin mit den Herren der chemischen Industrie von Tag zu Tag mehr überein. Auf der anderen Seite muß überall dort, wo in der Chemie Forschung getrieben wird - denn die Chemie ist ja forschungsbetont;- ein Mitarbeiter promoviert haben. Damit wird nach wie vor in den Bereichen Chemie und Physik der Anteil der Promovierten höher sein als in jedem anderen Fach.

Cattepoel

Gewiß sind wir uns darin einig, aber es gibt ja gewisse Irrationalismen.

Becker

Die Irrationalismen könnte man nur durch Inflationierung des Dokortitels ausräumen, indem etwa der Bakkalaureus zum Doktor und der jetzige Doktor zu irgendeiner gehobenen Form, zum Beispiel Dr. habil., gemacht würde.

Leussink

Ganz im gleichen Sinne schlage ich schon seit zehn Jahren vor, die Absolventen der Ingenieurschulen Diplom-Ingenieure und die Hochschulabsolventen Ingenieure zu nennen.

In unseren Empfehlungen vom vergangenen Jahr wurde vorgeschlagen, allen Medizinern ihren Doktor nachzuwerfen. Leider waren die Mediziner unter uns noch so sehr vom Ernst der Sache überzeugt, daß sie den Mut dazu nicht fanden.

Schäfer

Als seinerzeitiges Mitglied des Wissenschaftsrates war ich an der Diskussion beteiligt, den Doktor der Medizin (Dr. med.) automatisch mit dem Staatsexamen zu verleihen. Davon sollte der durch eine wissenschaftliche Leistung erworbene Doktor "scientiae medicinae" (Dr. sc. med.) getrennt werden. Hoffentlich ist hierbei wenigstens herausgekommen, daß an die Verleihung des Dr. med. heute höhere Anforderungen gestellt werden.

Krings

Solange das Berechtigungswesen in der heutigen Form besteht, werden sich der Wissenschaftsrat und die Hochschulen vergebens bemühen. Sowohl die Behörden als auch die Wirtschaft halten an einem Berechtigungswesen fest, das sachlichen Erwägungen nicht standhält und vielfach ein Prestigedenken verrät.

Altmann

Das Prestige der Universität beruht darauf, daß sie die Berechtigung in der Hand haben. Es ist das Prestige der Ordinarien.

Leussink

Auf diese Art von Prestige können wir gern verzichten.

Krings

Dann zeigen Sie doch eine Methode, Herr Leussink, das Prestige aus der Hand zu geben. Man braucht doch nur zu sagen, dieser oder jener sei ein Professor, dann meint man, er sei etwas Bedeutendes. Sie können da so viel entmythologisieren, wie Sie wollen, ändern aber nichts an der Tatsache, daß der Doktor höher eingestuft wird als derjenige, der nicht promoviert hat. Das Berechtigungswesen spiegelt zurück in die Universität.

Altmann

Es wurde dort geschaffen.

Krings

Nein, es ist in gewisser Weise die Spiegelung einer Entwicklung der Gesellschaft, die von Wissenschaft und Technik bestimmt wird. An dieser Entwicklung ist ja durchaus auch etwas Positives.

Altmann

Die Universitäten sollten den Mut haben, den normalen Doktor "Lizenziat" zu nennen, denn mit diesem Titel könnte sich kein Mensch anreden lassen. Der arme "Bakkalaureus" - da hat Herr Cattepoel recht - ist schon erledigt, wenn er sich bewirbt, denn als Titel oder Anrede ist die Bezeichnung doch nur lächerlich.

Krings

Warum schaffen wir dann nicht die übliche Promotion überhaupt ab?

Leussink

Sie haben völlig recht, Herr Krings. Nur dürfte dieses Ziel so schwierig zu erreichen sein wie etwa die Abschaffung des Berufsbeamtentums.

Risler

Vergessen Sie dabei nicht die Frage der politischtaktischen Durchsetzbarkeit. Es ist ohne Zweifel eines der großen Probleme, wie man die vorgeschlagene Gesamtuniversität errichten kann, ohne daß Berechtigungs- und Statusfragen, zum Beispiel Laufbahnvorschriften, geklärt sind. Vielleicht würde sich aber gerade in dieser Gesamthochschule in einem evolutionären Prozeß auch das Problem des Berechtigungswesens schrittweise auflösen, wenn verschiedene Typen von Ausbildungswegen und Einrichtungen von bisher unterschiedlichem Rang unter einem Dach zusammenkommen. Damit könnten sicherlich auch die Prestigefragen mit der Zeit abgebaut werden. Wenn ein solcher Weg der Evolution auch lang ist, so wird er jedenfalls im Modell von Herrn Dahrendorf nicht durch die direkte

Konfrontation von Dogmen erschwert. Man geht vielmehr einen dritten Weg. Gerade das scheint mir im Blick auf die Realisierungschancen an diesem Vorschlag wichtig zu sein.

Dahrendorf

Die Frage des Berechtigungswesens muß im Zusammenhang mit der Expansionsentwicklung, die uns bevorsteht, gesehen werden. Wenn so viele Abiturienten kommen, wie wir erwarten, und wenn so viele von ihnen studieren, wie wir vermuten, dann wird die traditionelle Verbindung zwischen dem akademischen Abschluß und der Berufserwartung, die heute bereits gestört ist, sicher völlig zerbrechen - und ich halte das auch für sehr wünschenswert. Darin liegt eine der Möglichkeiten, das Berechtigungswesen zu beseitigen. Die Trennung dieses Zusammenhangs ist einer der Gründe dafür, daß die Universität heute als Sozialzusammenhang und damit auch als Gegenstand des Protestes für die Studenten viel interessanter ist, als sie es vor zwanzig Jahren war; denn das, was nachher kommt, ist nicht mehr so sicher. Damit wird das, was an der Universität selber geschieht - einschließlich ihrer Autoritätsstruktur;- , plötzlich zum Problem. Das finde ich aber ganz in Ordnung.

Hamm-Brücher

Wahrscheinlich brauchen 55 Prozent der Chemie-Fachkräfte den Dokortitel überhaupt nicht, wie Herr Brederock sagt. Wäre es aber nicht gerade für die Chemie vorteilhaft, wenn die Chemiker nach einem sechssemestrigen Studium zunächst in die Praxis gingen? Haben sie dann das Zeug zu einem fortgeschrittenen Studium, können sie später in die zweite Studienphase gehen, die gerade für die Naturwissenschaften überfällig ist und an die wir noch viel zu wenig denken. Damit wäre auch der weiteren Entwicklung besser gedient als bisher. Ich könnte mir vorstellen, daß die Industrie Wert darauf legt, für die Praxis gründlich vorgebildete Leute zu bekommen, die von Zeit zu Zeit wieder für ein Ergänzungsstudium an die Hochschule zurückgehen.

Dahrendorf

Diese Diskussion bestätigt mir wieder, was wir schon im Arbeitskreis wußten: Es geht mit dem Dreijahresstudium, aber es darf nicht dogmatisiert werden. Jetzt hätte ich gern gewußt, Frau Hamm-Brücher, warum wollen Sie es eigentlich dogmatisieren?

Hamm-Brücher

Ich will es ja gar nicht dogmatisieren. Im Gegenteil!

Dahrendorf

Warum wünschen Sie dann für alle das Dreijahresstudium?

Hamm-Brücher

Bei Ihrem Schema wird das Langstudium tatsächlich einer bestimmten Auslese vorbehalten bleiben. Sonst müßten Sie mit neutralen Leistungstests - die gibt es noch nicht - herausfinden, inwieweit eine wirkliche Eignung für das Langstudium vorhanden ist.

Krings

Wenn das Langstudium tatsächlich einer Auslese vorbehalten bliebe, hielte ich das für kein Unglück für die Wissenschaft.

Gretz

Wir sollten das Schema von Herrn Dahrendorf nicht mechanisch auffassen, sondern darin nur eine äußere Struktur sehen, die den Bildungsinhalt noch nicht berührt. Daher empfiehlt es sich auch, an dieser Struktur nicht dogmatisch festzuhalten, sondern neben einer Grundvorstellung viele andere Modifikationen zuzulassen.

Wenn diese Vorstellung schreckt, der mag noch Frankreich blicken. Dort zeigt sich am Beispiel der Ingenieurausbildung, daß es durchaus so etwas wie ein freies und chaotisches Bildungssystem gibt, das dennoch funktioniert. Vergleicht man die Ingenieurausbildung in den sechs Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, dann gibt es in Frankreich etwa doppelt so viele Formen wie in den fünf anderen Ländern zusammen. Ich denke dabei zum Beispiel an den Plan des im Jahre 1957 gegründeten "Institut National des Sciences Appliquées" in Nancy. Dieses System hat den für

deutsche Gemüter schockierenden Nebeneffekt, daß man keine einheitlichen Qualifikationen mehr angeben und sich etwa als Diplom- oder Fachschulingenieur ausweisen kann. Man schreibt in sein Bewerbungsschreiben: »Ingénieur Diplômé d'Électrotechnique« und setzt in Klammern dahinter seine Schule. Das ist der Leistungsnachweis.

Sie finden in Frankreich für jede mögliche Hochschulstruktur ein entsprechendes Beispiel. Dadurch fallen dort verschiedene Bedenken fort, die in der Bundesrepublik latent gegen jede Art von Hochschulreform bestehen. Man kann nämlich für eine heterogene Gesellschaft durchaus eine adäquate Bildungspolitik betreiben, die dann ebenfalls heterogen sein muß. Das Beispiel Frankreich lehrt, daß ein solches System funktioniert.

Becker

Sie müssen sich aber darüber klar sein, Herr Gretz, daß die Bildungsplanung in Frankreich zum Teil technokratisch uniformierende Auswirkungen hat. Deshalb möchte ich Ihre Frankreich-Parallele mit gewissen Fragezeichen versehen.

Gretz

Die Gefahr durch die Technokrate, wie sie in Frankreich entstanden und sichtbar geworden ist, hat beispielsweise zu den Plänen und dann auch zu wirksamen Reformen in Nancy geführt, die auch generelle, weiterreichende Reformpläne zur Folge hatten. Selbst wenn die einzelnen Hochschulen durch die Richtlinien des Erziehungsministeriums a priori zu völliger Uniformität verurteilt waren, haben sie dennoch die unterschiedlichsten Reformen durchgeführt.

Leussink

Herr Gretz, ich bin Ihnen dankbar für das Stichwort »Institut National des Sciences Appliquées« in Villeurbanne bei Nancy, das im Jahre 1957 von Capelle gegründet wurde. Wissen Sie, wie in Frankreich im allgemeinen die Auslese vorgenommen wird? Die Vorstellung ist für unsere Verhältnisse geradezu phantastisch -. Von tausend Bewerbern werden etwa die hundertzehn "besten" Applikanten ausgesucht. Wer zum Beispiel 139,6 Punkte erzielt, wird angenommen, nicht aber der mit 139,5 Punkten. Diese Art von Rationalität wird offensichtlich vom ganzen Volk akzeptiert. Da muß man entweder den Hut abnehmen oder sich eine andere Meinung bilden.

Das Institut in Villeurbanne nun sah ein propädeutisches Jahr vor; nach einer Prüfung sollten die einen auf die Technische Hochschule, die anderen auf die Ingenieurschule kommen, beide unter einem Dach. Nach zwei Jahren hat dieses System aber nicht einmal mehr in Frankreich funktioniert. Jetzt hat man dort nur noch eine Technische Hochschule. Das gibt mir hinsichtlich der von Herrn Dahrendorf vorgeschlagenen Parallelität von Kurz- und Langstudium zu denken.

Becker

Herr Capelle hat im vergangenen Jahr ein Buch veröffentlicht, das den Titel trägt "L'École nouvelle reste à faire". Es ist nämlich inzwischen erkannt worden, daß der Plan für eine innere Reform versagt hat.

Riese

Mir scheint das Dahrendorfsche Modell ein Bildungssystem für mittlere Führungspositionen zu sein. Man sollte nicht übersehen, daß damit etwas sehr Revolutionäres vorgeschlagen wird. Das deutsche Bildungswesen hatte bisher keine spezifische Bildungsstufe für solche Führungspositionen. In den Ingenieurschulen oder Pädagogischen Hochschulen finden sich allenfalls rudimentäre Ansätze. Insofern würde eine Verwirklichung dieses Modells zu einem totalen Bruch mit der deutschen Universitätstradition führen, die die Bildungsaufgaben für die mittleren Führungsschichten immer vernachlässigte.

Das ist deshalb von besonderer Wichtigkeit, weil diese mittlere Führungsschicht in einer Welt des technischen Wandels und des schnellen technischen Fortschritts besonders gefährdet ist. Es handelt sich hier in der Mehrzahl um Spezialisten, die immer der Gefahr unterliegen, daß ihr spezielles Wissen schnell veraltet. Sie haben eine intensivere Grundschulung dringend nötig. Gleichgültig, ob nun die Bakkalaureatstufe durchgezogen oder eine spezielle Fachhochschule etabliert wird, ist das Dahrendorfsche Modell auch von diesem Standpunkt aus als ein großer Fortschritt und als eine - ich möchte fast sagen: historische - Notwendigkeit zu betrachten.

Sahm

Ich möchte Herrn Riese zustimmen, daß das Wissen und Können vor allem in technologischer und naturwissenschaftlicher Hinsicht sehr rasch veraltet. Herr Bösenberg von IBM erklärte kürzlich, daß sich in seinem Betrieb das gesamte Wissen und Können alle fünf Jahre umschlage. Ist es nicht auch eine Aufgabe der Hochschule, an der Förderung dieses Regenerationsprozesses mitzuhelfen, weil die Betriebe das nicht allein leisten können? Wir haben in unserem Hause überlegt, ob wir den Mitarbeitern dafür alle drei oder fünf Jahre ein halbes oder ganzes Jahr bezahlten Studienurlaub geben sollten. Es fehlen jedoch die Ausbildungsstätten. Sollte sich nicht die Hochschule dafür zur Verfügung stellen, den bereits praktisch Tätigen einen solchen ständigen Prozeß der Informationsvermittlung über den neuesten, möglicherweise sogar den erst zu erwartenden Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis anzubieten? Es könnten auch Retrainingkurse durchgeführt werden. Vielleicht sollte man zu diesem Zweck auch Spezialinstitute gründen.

Leussink

Das Kontaktstudium, Herr Sahm, sollte unbedingt in der Hochschule stattfinden, um die Studenten aus der Praxis mit den neuen Problemen bekannt zu machen, aber auch damit - und das ist vielleicht noch wichtiger - die Praxis ständig auf die Hochschule einwirken kann. Ich glaube nicht, daß man das in besonderen Institutionen machen wird und darf.

Krings

Wir verstehen das Studium leider immer noch als einen Block mit bestimmtem Beginn und Abschluß. Danach wechselt man dann für immer in die Berufstätigkeit über. Diese Konzeption wurde durch den Begriff des Kontaktstudiums etwas aufgelockert. Es ist aber noch sehr nebelhaft geblieben, wie diese Studienphase in der Praxis konkret aussehen soll.

Der Plan von Herrn Dahrendorf bedarf einer Ergänzung, denn ich vermisse in ihm das, was ich den Begriff eines Phasenstudiums nennen würde, das heißt jene Verflechtung von Theorie und Praxis, aufgrund deren diejenigen, die nach einem Studium von drei Jahren einen Beruf ergreifen, aus diesem Beruf wiederum in ein Studium überwechseln können. Das scheint mir wichtig zu sein. Es müßte also in das Gesamtstrukturbild die Möglichkeit einer im Studium selbst liegenden Berufstätigkeit aufgenommen werden. Warum soll nicht jemand, der nach dem Plan von Herrn Dahrendorf mit achtzehn Jahren ein Studium beginnt und es mit einundzwanzig Jahren abschließt, vier oder fünf Jahre im Beruf arbeiten, um dann noch einmal ein zweijähriges Studium durchzuführen, wodurch eine viel engere Verflechtung von Theorie und Praxis entstehen würde als bisher?

Dahrendorf

Einem Kontaktstudium kann ich nur zustimmen. Das wird im Strukturmodell nicht deutlich sichtbar. Mit einem kleinen eigenen Lehrstab und der Verwendung von anderen Lehrveranstaltungen nach dem Baukastensystem könnte ein Teil der Aufgabe des Kontaktstudiums erfüllt werden. Ich bin selbst gespannt, was aus unseren Überlegungen zum Fernstudium herauskommen wird sowie aus den Möglichkeiten, die in Tübingen erforscht werden, etwa den Weg vom Kurzstudiumabschluß zum Langstudiumabschluß mit Hilfe von Fernstudien gleichzeitig mit der beruflichen Tätigkeit zumindest zu erleichtern.

Becker

Ich möchte das noch ergänzen. Unsere Examina schließen jeweils einen Teil unseres Bildungsganges ab, was ich für sehr ungünstig halte. Wie weit könnten wir zur Lösung des Abiturproblems und für gewisse Formen des Weiterstudiums an der Universität von unseren bisherigen sogenannten Abschlußexamina zu einem Creditsystem übergehen? Ein solches System würde einerseits dem Abitur eine andere Funktion geben, andererseits ein Fernstudium ermöglichen, daß dann auf der Universität in anderer Weise fortgesetzt werden könnte.

Uns beherrscht, wie Sie sagen, Herr Krings, immer noch die Vorstellung des Blockstudiums. Man besucht eine Universität und hat eines Tages eine weitere abgeschlossene Bildung erworben. Unser System des Erwerbs von Berechtigungen könnte vielleicht dadurch abgelöst werden, daß bestimmte Teilabschnitte des Bildungsprozesses nur noch bestätigt werden. Das müßte mit den Möglichkeiten des Fernsehunterrichts zusammengesesehen werden, wie sie vor allem in Bayern bereits bestehen.

Dahrendorf

Das Creditsystem ist in unserem Modell in gewisser Hinsicht enthalten. Wir sprechen nämlich von Zwischenqualifikationen und nicht von Zwischenprüfungen. Es wird nicht von vornherein dekretiert, in welcher Folge man diese Zwischenqualifikation erwirbt; im übrigen gibt es große Unterschiede zwischen den einzelnen Fächern. Es muß auch nicht dekretiert werden, in welchem Zeitraum man sie erwirbt.

Kollmann

Herr Dahrendorf sprach von der Studentexplosion. Um die Universität zu entlasten, sollten wir tatsächlich den Weg einschlagen, zu dem er uns geraten hat. Auf keinen Fall würde ich einen numerus clausus für richtig halten. Vielleicht wären Zwischenprüfungen oder besondere Anreize für die Kurzstudien geeignete Mittel. Eine stärkere Differenzierung der Ausbildung könnte diese Kurzstudien attraktiver machen. Es sollte möglich sein, der Wirtschaft nach drei Studienjahren befähigte Mitarbeiter zuzuführen. Das Langstudium aber müßte den wissenschaftlich wirklich Begabten vorbehalten bleiben.

Hufen

Ich halte an dem Dahrendorfschen Modell vor allem für wesentlich, daß es nicht abstrakt ist, sondern ganz konkret eine Bewältigungsmöglichkeit der auf uns zukommenden Studentexplosion vorschlägt, wie sich diese zumindest in planmäßig eingerichtete Kanäle ableiten läßt. Die letzten Empfehlungen des Wissenschaftsrates bieten für die Überwindung der sprunghaften Steigerung der Abiturientenzahlen eine restriktive Lösung an, die - wenn auch als temporäre Maßnahme - die Einführung des numerus clausus vorsieht. Der Wissenschaftsrat will also die Studentexplosion praktisch mit Gewalt abbremsen.

Der Plan von Herrn Dahrendorf scheint mir optimistischer zu sein. Auch er geht von den Zahlen aus, die der Wissenschaftsrat durchaus sieht. Herr Dahrendorf versucht jedoch, die bis 1980 zu erwartende Welle in ein Hochschulsystem zu integrieren. Er zieht bereits weitreichende Konsequenzen aus der enormen Steigerung der Abiturientenzahlen, die nicht zuletzt das Ergebnis einer planmäßigen Kultur-, Bildungs- und Schulpolitik der letzten Jahre ist.

Die Frage ist nun, wie weit der Plan von Herrn Dahrendorf die drohende Situation mit den finanziellen Mitteln, die uns in der nächsten Zeit zur Verfügung stehen, realistischer meistern kann als der viel restriktivere Plan des Wissenschaftsrates. In dessen Empfehlungen ist alternativ von einer bedarfs- und einer nachfrageorientierten Lösung gesprochen worden. Herr Dahrendorf versucht, sich in erster Linie von der Nachfrage her zu orientieren.

Becker

Mich wundert an Ihren Ausführungen, Herr Hufen, daß Sie von den Ergebnissen einer seit zehn Jahren planmäßigen Bildungspolitik in Deutschland zur Erweiterung der Abiturientenzahlen sprachen. Dem stehen doch die Äußerungen in Ihrer eigenen Zeitung zu der Fragwürdigkeit eben dieser Bildungspolitik entgegen.

Hufen

Sie werden nicht leugnen können, daß wir seit einer Reihe von Jahren eine intensivere Bildungspolitik betrieben haben. Wenn wir in den nächsten Jahren vor steigenden Abiturientenzahlen stehen, kommt das ja nicht von ungefähr.

Hamm-Brücher

So viele Abiturienten haben wir doch noch gar nicht. In diesem Jahr sind es gerade 6,9 Prozent.

Becker

Dazu möchte ich darauf hinweisen, daß sich die Zahlen, von denen Herr Dahrendorf ausgeht, auf Baden-Württemberg beziehen, also nicht bundesspezifisch sind. Außerdem wurden sie für einen größeren Zeitraum errechnet als die Daten in den Empfehlungen des Wissenschaftsrates, die nur bis 1970 gehen.

von Heppe

Die Meinungen im Wissenschaftsrat über die Bedeutung, die der Festlegung des numerus clausus in diesen neuen Empfehlungen zukommt, sind nicht einheitlich gewesen. Auch in der Verwaltungskommission wollten wir den numerus clausus nicht in den Mittelpunkt rücken. Nach den Empfehlungen darf er nur im engen Einvernehmen mit den Kultusministerien gehandhabt werden. Wir waren uns aber im Wissenschaftsrat darüber klar, daß in der gegenwärtigen Situation kein numerus clausus eingeführt werden könne, ohne zu wissen, was mit den anderen Abiturienten geschehen soll. Deshalb betrachte ich den Plan von Herrn Dahrendorf als eine notwendige und willkommene Ergänzung der Bildungskonstruktion, mit der wir uns in den nächsten Jahren eindringlich befassen müssen. Die Kritik von Herrn Hufen gegen den Wissenschaftsrat eilt also den Tatsachen voraus. Man muß abwarten, was der Bildungsrat beschließen wird.

Hamm-Brücher

Ich bezweifle, ob selbst das Dahrendorfsche Modell, wenn es sehr rasch verwirklicht werden könnte, uns vor Schwierigkeiten bewahren wird, die beim Übergang der Abiturienten zu den Hochschulen auftreten. Soweit ich es auf meinen Reisen erfahren habe, kann kein Land trotz breitester angelegter "higher education" sämtliche Absolventen der allgemeinbildenden Schulen, die die Hochschulreife erworben haben, verkraften. Alle Länder haben auf diesem Gebiet die größten bildungspolitischen Schwierigkeiten. In England zum Beispiel ist es unendlich schwer, einen Platz an der Universität oder an einer Hochschule zu bekommen. In den Ostblockstaaten ist es genauso schwierig. Dort werden manchmal zwei oder drei Jahre hintereinander Qualifikationsexamen gemacht, um einen Studienplatz zu erkämpfen. Mitunter gibt es fünf Bewerber für einen Studienplatz.

Ich sehe im Augenblick kein Rezept, das uns schwierige Jahre des Übergangs zu ersparen vermag. Man sollte neben einem solchen Modell wie dem Dahrendorfschen überlegen, ob sich die größten Härten nicht mit Abendstudien und ähnlichem vermeiden ließen. Dennoch werden einige, die ein Hochschulstudium anstreben, diese Absicht zurückstellen oder ganz aufgeben müssen.

Determann

Wie Herr Prof. Dahrendorf bin ich der Ansicht, daß jeder Abiturient das Recht auf einen Studienplatz an einer Hochschule hat. Das bedeutet nach meiner Meinung aber nicht, daß der Staat für jeden Abiturienten einen Platz an einer Hochschule zur Verfügung stellen müßte; denn nicht alle werden von ihrem Recht, ein Studium durchzuführen, auch Gebrauch machen. Heute studieren zwar neunzig Prozent aller Abiturienten an wissenschaftlichen Hochschulen, das muß aber bei den wachsenden Abiturientenzahlen nicht notwendig so bleiben. Fast jeder Beruf bietet für Bewerber mit Abitur gute Chancen, nicht nur die Berufe, die eine Akademikerausbildung erfordern.

Becker

In Kalifornien ist dieses Problem zum Teil durch eine bestimmte Form des Junior-College gelöst. In Schweden hat man den numerus clausus nur an einigen Fakultäten eingeführt, während die liberal arts keiner Beschränkung unterliegen. Ich halte das nicht unbedingt für richtig. Es bietet jedoch die Möglichkeit einer allgemeinen Weiterbildung und limitiert nur eine Reihe spezifischer Berufsausbildungsgänge an der Universität.

In der Sowjetunion wird ein großer Teil der Absolventen der Zehnjahresschule vom Studium ausgeschlossen. Das ist dort zur Zeit ein ernsthaftes politisches Problem.

Leussink

Der Optimismus an dem Dahrendorfschen Plan, der bei Herrn Hufen deutlich wurde, hat meines Erachtens auch eine gefährliche Seite. Es wird nämlich die Hoffnung geweckt, daß wir billig davonkommen. Hat denn noch niemand die List der Vernunft gemerkt, die im numerus clausus enthalten ist? Jetzt, wo es um unangenehme Tatsachen geht, beginnt man, vor allen Dingen auch in den Parlamenten, ernsthaft von den überfüllten Hochschulen zu reden. Da ist der numerus clausus ein wichtiger Hebel.

Auf der Bundesebene macht die Forschungsförderung erfreuliche Fortschritte, nachdem die Öffentlichkeit tüchtig auf den Bund eingewirkt hat. Aber nun können die Länder wieder nicht mehr mit. Auch bei der Neuverteilung der Mittel werden die Länder sehr viel tun müssen. Hier kann nur eine so harte Tatsache wie der numerus clausus helfen - natürlich soweit er sachlich berechtigt ist.

Ich befürchte, daß durch solche konkreten optimistischen Modelle die Wucht der harten Tatsachen geschmälert wird. Man sollte sich einmal über die politische Wirkung des numerus clausus unterhalten.

Nevermann

Die List, von der Sie sprachen, Herr Leussink, wird aber auf dem Rücken der Studenten ausgetragen.

Krings

Sie sprechen ganz richtig von der List mit dem numerus clausus, Herr Leussink. Nur wird sie leider zu spät angewendet. In England, wo der numerus clausus schon immer bestand, wurde der Druck der wachsenden Studentenzahlen dadurch unmittelbar auf die Politiker gelenkt. Deshalb wurden dort neue Universitäten gebaut. Bei uns dagegen hat man die bestehenden Hochschulen einfach "überlaufen" lassen. Die Politiker standen daneben und freuten sich, wie brav die Hochschulen das ertrugen. So brauchten sie selbst nichts zu tun. Der numerus clausus sollte mit dieser politischen Absicht angewendet werden.

Nevermann

Wie stellt man sich eigentlich die Auswahl für den numerus clausus vor? Bei der Anwendung von Eignungs- oder Anciennitätsprinzipien besteht die Gefahr, daß die sozial schwachen Schichten benachteiligt werden, die nicht so lange warten können, bis sie mit ihrem Studium beginnen. Genauso verhält es sich mit dem Leistungsprinzip aufgrund der schichtspezifischen Auslese in unserem Schulwesen. Wenn man schon vom numerus clausus spricht, dann sollte man radikal das Losprinzip anwenden.

Außerdem müßte auf Bundesebene eine Institution geschaffen werden, die unabhängig prüft, wann, in welcher Fakultät und in welcher Hochschule ein numerus clausus zulässig ist. Sonst ist zu erwarten, daß viele Universitäten und Fakultäten die Last der großen Studentenzahlen aus arbeitsökonomischen Gründen nicht tragen wollen und deshalb den numerus clausus schon dann einführen, wenn er sachlich noch nicht gerechtfertigt ist.

Krings

Wann ist der numerus clausus berechtigt? Soweit ich die deutschen Hochschulen kenne, Herr Nevermann, ist er in den Massenfächern seit acht oder neun Jahren überall gerechtfertigt. Was bei uns in diesen Fächern geschieht, ist schlicht ein Hohn auf das, was die Universität sein soll.

Für die Handhabung des numerus clausus schlagen Sie nun das Los vor. Das würde vermutlich ein großes Gelächter in der Welt auslösen.

Nevermann

Man kann ja Gründe dafür nennen.

Krings

Ich gebe Ihnen ohne weiteres zu, daß es kein befriedigendes Ausleseprinzip gibt. Weder das Anciennitätsprinzip noch das Abiturzeugnis noch das Los sind ausreichend. Daraus ziehe ich den resignierenden Schluß, daß wahrscheinlich nur ein Mischsystem hilft, das die negativen Wirkungen des einen Prinzips durch die negativen Wirkungen des anderen bis zu einem gewissen Grade aufhebt.

Hamm-Brücher

Nein, Herr Krings: verstärkt!

Krings

Wenn man nur die Abiturnoten berücksichtigen würde, könnte man genau ausrechnen, wer auf die Hochschule kommt. Geht man ausschließlich nach der Anciennität vor, dann halten zweifellos nur die sozial Stärkeren durch. Verwenden Sie aber das Losverfahren, dann überlassen Sie die Auslese dem reinen Zufall, was ich nicht als rational ansehe. Die einzige Konsequenz daraus wäre eine möglichst rasche Änderung des Abiturs in der Weise, daß es für ein Studium signifikant wird.

Leussink

Im Vorschlag von Herrn Dahrendorf ist alles dynamisch und differenziert. Nur beim Abitur wird bemerkenswerterweise von einer fixen Größe ausgegangen. Dabei handelt es sich hier um eine mit viel Tradition belastete Institution, die doch ebenfalls zur Debatte zu stellen ist.

Hufen

In der Pressekonferenz zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates hat Herr Hasemann deutlich gesagt, daß das Abitur als Institution in Frage gestellt werden müsse. Das würde sich aber auf unser ganzes Bildungswesen auswirken und die Voraussetzungen für den Dahrendorfschen Plan ebenso wie für den des Wissenschaftsrates ändern.

Ridder

Die Wege zum Abitur haben zweifellos sehr viel mit unserem Thema zu tun. Wie viele Schuljahre werden die Abiturienten, die Sie sich vorstellen, Herr Dahrendorf, hinter sich haben? Die Frage hat nämlich auch für die Kurzstudien große Relevanz.

Dahrendorf

Wir gehen in unserem Arbeitskreis davon aus, daß die Zahl der Schuljahre bis zum Abitur nicht mehr als zwölf betragen wird, sobald die Abkommen der Kultusminister es gestatten, hier eine Veränderung einzuführen.

Mein eigener Widerstand gegen den Vorschlag, beim Abitur anzusetzen, beruht unter anderem darauf, daß der Verdacht entstehen könnte, man wolle damit die Hochschulen von ihren eigenen Strukturveränderungen entlasten. Es kann nicht in unserer Absicht liegen, die Gymnasien zu reformieren, um die Hochschulen so zu lassen, wie sie sind.

Leussink

Das war bisher auch immer unser Standpunkt.

Dahrendorf

Im Bildungsrat ist ebenfalls gelegentlich davon die Rede gewesen. Dann würde man es sich zu einfach machen.

Wir sprechen hier nun immer vom Abitur im Singular, aber die Wege, die bei uns zur Hochschule führen, können in anderen Ländern nicht vielfältiger sein. Längst sind neben die Hauptgymnasialtypen das Wirtschafts- und das Technische Gymnasium getreten, in einzelnen Ländern kommen Züge für Frauenberufe und musische Züge hinzu. Auch durch höhere Fachschulen beziehungsweise andere Einrichtungen des zweiten Bildungsganges kann die Hochschulreife erworben werden. Wenn diese auch quantitativ nicht so wichtig sind wie die Hauptgymnasialzüge, ist damit doch das Abitur selbst so aufgefächert worden, daß eine Veränderung im humanistischen Gymnasium nicht ergiebig genug wäre.

Keiner dieser verschiedenen Abiturtypen hat bisher eine Qualifizierung für den Beruf erreicht. Wäre das Abitur selbst seiner Intention nach berufsqualifizierend, könnte man den numerus clausus grundsätzlich akzeptieren. Der Versuch aber, das Abitur zu einem berufsqualifizierenden Examen zu machen, würde unser Gymnasium von Grund auf verändern. Dabei müßte man sich überlegen, ob der Aufwand solcher Veränderungen in einem sinnvollen Verhältnis steht zu dem, was damit erreicht werden kann.

Becker

Herr Krings meint aber ein Abitur, das für die Hochschule qualifiziert.

Krings

Das Abitur müßte die Hochschulreife erkennen lassen. Am gegenwärtigen Abitur kann man überhaupt nichts erkennen.

Becker

Das Abitur soll in einem echten Sinne wieder Hochschulreife sein, also eine Universitätseingangsprüfung, die nun aber nicht von der Universität abgehalten, sondern von der Schule angeliefert wird.

Hamm-Brücher

Es ist eine Utopie, Herr Krings, zu glauben, zu hoffen oder zu versuchen, hier noch einmal etwas rückgängig zu machen.

Dahrendorf

Das Abitur wird heute de facto als eine solche Universitätseingangsprüfung behandelt, ist es aber nicht.

Krings

Gewiß, das muß man aufdecken.

Dahrendorf

Das kann man aufdecken; dadurch verändert sich aber das Problem des numerus clausus nicht.

Krings

Es ändert aber das Kriterium-Problem.

Dichgans

Es sieht so aus, Herr Krings, als hielten Sie die Abiturienten des Jahres 1967 für weniger hochschulreif als die des Jahres 1927.

Krings

Im Gegenteil, ich halte die heutigen Abiturienten für besser.

Dahrendorf

Sie halten sie also für hochschulreif?

Krings

Sicher! Wenn Sie aber nicht alle in die Hochschule aufnehmen können, müssen Sie doch irgendein Auslesekriterium finden. Würden wir uns an die Kapazitätsberechnungen des Wissenschaftsrates halten, dann müßten wir ungefähr die Hälfte der Studenten der Massenfächer vom Studium ausschließen, obwohl ich gar nicht bezweifle, daß sie alle die Hochschulreife besitzen.

Dahrendorf

Effektiv sind Sie also für den numerus clausus.

Becker

Offensichtlich haben wir also nicht nur mehr Abiturienten, sondern auch mehr echt Studierfähige, als wir bereit sind, zur Hochschule zuzulassen.

Dahrendorf

Ja, zur Hochschule in der heutigen Form.

Becker

Wenn wir im Bewußtsein, nicht alle Studierfähigen zur Hochschule zulassen zu können, eine Auswahl treffen müssen, dann wäre wahrscheinlich das Los noch das legitimste Prinzip.

Hamm-Brücher

Wenn Herr Leussink hofft, mit dem numerus clausus eine Wirkung auf die Parlamente zu erzielen, gibt er sich einer Täuschung hin. Der Schwarze Peter wird dann an die Hochschulen zurückgegeben. Man

weist sofort darauf hin, daß die Studentenzahlen sich im letzten Jahrzehnt verdoppelt, die der Hochschullehrer sich aber verdreifacht hätten. Die Universitäten sollten sich erst einmal selbst reformieren, bevor sie den numerus clausus einführen.

Leussink

So ist es aber doch auch gemeint!

Hamm-Brücher

Aber das wird die Parlamente nicht beeindrucken, denn zur Zeit sind die effektiven Studentenzahlen kaum gestiegen. Die Zahl der Studienanfänger ist im Gegenteil zurückgegangen. Die Verstopfung und das schnelle Wachsen der Studentenzahl ist nur durch die Verlängerung des Studiums zu erklären. Sie liegen also falsch, Herr Leussink, wenn Sie hoffen, die Parlamente damit im Augenblick besonders einschüchtern zu können.

Leussink

Ich glaube nicht an Einschüchterung, sondern an Vernunft.

Becker

So, wie Sie es dargestellt haben, Herr Leussink, war es schon Vernunft durch Einschüchterung.

von Heppe

Hinsichtlich der Wirksamkeit des numerus clausus auf die Länderparlamente muß ich Ihren Bemerkungen, Frau Hamm-Brücher, durchaus zustimmen. Das gilt um so mehr, wenn man sich vergegenwärtigt, daß von 1960 bis heute die laufenden Etats der Hochschulen um annähernd das Dreifache erhöht wurden, mit dem Effekt, daß die durchschnittliche Studiendauer in diesen sechs Jahren um über ein Jahr gestiegen ist. Das ist eine traurige Bilanz. Zweifellos hat die Forschungsintensität zahlreicher Stellen zu einem Verlust an Ausbildungskapazität geführt. Das kann den Parlamenten nicht verborgen bleiben. Schaffen wir hier nicht im eigenen Hause Ordnung, dann kommen wir nicht voran.

Krings

Ist es denn neuerdings strafbar, wenn geforscht wird, Herr von Heppe?

von Heppe

Das habe ich nicht gesagt. Ich bezweifle aber, daß alle für die Forschung angeforderten Stellen dafür sinnvoll eingesetzt sind. Ich berufe mich hier auf das Urteil von Kultusminister Schütte. Wir brauchen zweifellos neue Stellenkategorien.

Becker

Uns fehlt ein Forschungsplan mit eindeutigen Kriterien.

von Heppe

Wir müssen jedoch auch von Seiten des Staates die Aufsicht intensiver gestalten. Die Art, wie in Deutschland nach dem Kriege Hochschulpolitik getrieben wurde, ist mehr als liberal.

Nevermann

Die Tatsache, daß die öffentliche Hand mehr Geld gibt, ist doch nicht der Grund für die Verlängerung der Studienzeiten.

von Heppe

Die Vermehrung der Lehrstühle, vor allem die Schaffung sogenannter Parallelllehrstühle, hat aber in der Praxis zum Teil zu dieser Verlängerung beigetragen.

Becker

Wenn die Studenten bei drei Ordinarien statt bei einem hören, glauben sie, sich entsprechend länger auf die drei verschiedenen Lehrmeinungen vorbereiten zu müssen. In der Nationalökonomie kann man das tatsächlich nachweisen. Eine Vermehrung der Lehrstellen ohne Strukturreform an der Universität hat faktisch eine Studienverlängerung zur Folge gehabt.

Dahrendorf

Ich bin auch der Meinung, Herr Becker, daß die Ausbauempfehlungen des Wissenschaftsrates ohne Strukturveränderung der Universität zur Verschlechterung der Situation beigetragen haben. Es ließe sich nachweisen, daß in relativ homogenen Fächern, wie zum Beispiel der Volkswirtschaftslehre oder der Germanistik, wo sich eine Gliederung für neue Lehrstühle nicht von vornherein ergibt, die bloße Vermehrung der Lehrstühle zu einer Studienzeiterverlängerung führen mußte. In diesen Fächern, in denen die verschiedenen Lehrstuhlinhaber prinzipiell die gleichen Lehrveranstaltungen anbieten können, führt die Ordinarien-Universität bei unveränderter Prüfungsordnung dazu, daß die Studierenden meinen, sie müßten sich nicht nach drei, sondern nach sechs Professoren richten. Diese Wirkung ist ein interessantes Beispiel dafür, welche unglücklichen Folgen ein notwendiger Prozeß haben kann.

Leussink

Die Kritik an der Verschlechterung der Zustände etwa nach dem Motto: "Je mehr Geld man in das Unternehmen hineinsteckt, desto schlimmer wird es", kann sich allenfalls auf die Lehre beziehen. Wir dürfen aber auf der anderen Seite nicht verschweigen, daß an den deutschen Hochschulen seit 1960 erhebliche Fortschritte auf dem Gebiet der Forschung gemacht worden sind, die sich sehen lassen können. Ganz weggeworfen ist das Geld also doch wohl nicht.

Sperner

Ist denn nicht auch von Seiten des Staates viel versäumt worden, Herr von Heppe?

von Heppe

Natürlich! Das gebe ich ohne weiteres zu.

Sperner

Wir warten zum Beispiel seit zehn Jahren auf eine neue Prüfungsordnung für das Staatsexamen. An uns liegt es nicht, denn wir haben schon vor Jahren unsere Vorschläge dazu gemacht.

Hufen

Mir war von Anfang an klar, Herr Leussink, daß Sie eine solche List im Auge hatten, als Sie den numerus clausus als Hebel verstanden haben wollten. Ich sehe aber noch mehr Schwierigkeiten als nur beim Votum der Parlamente. Ich meine die Praxis der Kultusministerien.

Der numerus clausus wird ja wohl in der Regel nicht generell, etwa auf einem Fakultätentag oder einer ähnlichen Institution auf Bundesebene, beschlossen, sondern von einzelnen Fakultäten an einzelnen Hochschulen zusammen mit den jeweiligen Kultusministerien. Und das geschieht tatsächlich als "List der Vernunft", als politisches Druckmittel. In Köln haben zum Beispiel die Germanisten und Anglisten jahrelang alle möglichen Vorschläge gemacht, wie man ihnen helfen könnte, den Massenandrang ohne Einführung des numerus clausus zu bewältigen. Das Kultusministerium war aber von Bochum und anderen Aufgaben absorbiert und meinte, daß es in Köln vorläufig wohl im wesentlichen noch in den alten Bahnen weitergehen könne. Dann nutzte man die Gunst der Stunde, als eine neue Regierung eingesetzt wurde. Man gab einen Warnschuß ab und beschloß nunmehr den numerus clausus. Prompt geschah, was zu erwarten war: Der nordrhein-westfälische Kultusminister Holthoff kam persönlich angereist und wurde von den Professoren davon überzeugt, daß der Beschluß nur rückgängig zu machen sei, wenn die uralten Forderungen erfüllt würden. Herr Holthoff stimmte dem bis zu einem gewissen Grade zu.

Kommt nun aber morgen eine andere Universität, etwa Bonn, und übermorgen die Aachener Hochschule, die das gleiche Spiel beginnen, so frage ich mich, was geschehen wird und wohin das führen soll. Dann geraten nämlich die Kultusminister in der jetzigen Finanzklemme mit den Finanzministern aneinander. Im nächsten Jahr wird schließlich einfach nur ein bestimmter Etat zur Verfügung gestellt, an dem nichts geändert wird. Hat man der Kölner, der Bonner und der Aachener Fakultät mehr bewilligt, muß es anderswo gestrichen werden.

Sie erreichen also mit dem numerus clausus, daß die eine Fakultät nun zwei Lehrstühle mehr hat, während bei anderen Fakultäten einige Assistentenstellen oder in der Quantität Gleichwertiges gestrichen werden. Ich glaube nicht, daß Sie den Reformwillen der Verwaltung und der Hochschulen mit dem numerus clausus anfachen, weil diese sich auf Jahre hinaus finanziell nur in engen Grenzen bewegen können.

Dahrendorf

Vor fünf Jahren wurde der numerus clausus noch im Interesse der Lernfreiheit von allen bekämpft. Heute ist er aber ein bildungspolitisches Problem geworden, und da sieht die Sache anders aus. Kein Mensch spricht mehr von der Lernfreiheit, und ich kenne keinen Landtag, den man mit dem Hinweis auf den numerus clausus einschüchtern könnte. Im Gegenteil, der numerus clausus würde von der Mehrheit der Verwaltungsbeamten, der Landtagsabgeordneten und der breiteren Öffentlichkeit als eine willkommene Möglichkeit und die billigste Methode angesehen werden, die von uns hier generell gewünschte expansive bildungspolitische Entwicklung rasch und effektiv zu bremsen.

Altmann

Das möchte ich bestreiten, Herr Dahrendorf.

Dahrendorf

Ich wäre froh, wenn Sie recht hätten.

Die List, Herr Leussink, kann sich unter Umständen nachher gegen uns selber wenden, weil sich der Stellenwert des numerus clausus in der politischen Diskussion verändert hat.

Hamm-Brücher

Minister Schütte legte in Hessen großen Wert darauf, im Wintersemester mit der Studienreform zu beginnen. Die Universitäten erklärten jedoch, sie könnten das nicht. Darauf ließ der Minister für jedes Fach an sämtlichen hessischen Hochschulen genau berechnen, wie viele Assistenten, Räte und Oberräte dort tätig sind und wie viele Stunden in kleinen Gruppen gegeben werden könnten. Dabei hat er sogar die Stundenzahl für die Ordinarien herabgesetzt. Als Ergebnis stellte sich heraus, daß nirgendwo ein numerus clausus eingeführt zu werden brauchte. Darüber hinaus kann - außer in zwei Fächern an zwei Hochschulen - auch in den sogenannten Massenfächern die Studienreform des Grundstudiums ohne Stellenvermehrung durchgeführt werden. Allerdings hätten einige Herren, die seit Jahr und Tag keine oder nur eine sehr geringe Lehrverpflichtung wahrgenommen haben, nun sechs, acht oder zwölf Wochenstunden übernehmen müssen. Es sollten also erst dann neue Stellen bewilligt werden, wenn nachgewiesen wird, daß die Lehrkräfte ihre Lehrverpflichtungen auch wirklich erfüllen.

Litten

Ich kann Ihre Argumente nur bekräftigen, Frau Hamm-Brücher. Betrachten Sie doch einmal gerade in den Massenfächern den Managerprofessor. Dessen Forschungsverpflichtungen leiten sich nicht etwa aus der Forschungsarbeit der Universität her, sondern sind von den Anforderungen der Wirtschaft bestimmt. Er setzt seine Assistenten für seine eigenen Forschungsaufträge ein, die in keinem Zusammenhang mit einem kontinuierlichen Forschungsprozeß zum Beispiel in einem Forschungs-Unit stehen müssen. Dadurch sammelt er sich Pfründe an, für die es keine wissenschaftliche Berechtigung gibt. Durch die völlig unkontrollierte Übernahme von Aufträgen geht auch Lehrkapazität verloren. Natürlich kann ich verstehen, daß die Herren Geld verdienen wollen, um Hypotheken auf ihre Häuser abzutragen.

Bei aller Berechtigung der Forschung wird in diesen Fällen die Lehrveranstaltung vernachlässigt. Die Grundübungen werden entweder von Assistenten durchgeführt oder fallen aus. Ich gebe zu, daß wir über den numerus clausus reden müssen. Fixieren wir uns aber ständig darauf, ohne zu fragen, was denn die Professoren zur Verbesserung der Situation beitragen können, dann bleibt uns nur noch die Resignation.

Altmann

Herr Litten hat ganz recht. Man sollte einmal die Abwesenheitszeiten der Ordinarien in den Massenfächern nachprüfen. Das würde zu erstaunlichen Ergebnissen führen. Konkrete Untersuchungen in dieser Richtung wären ein wirksamer Beitrag zur Hochschulreform, Herr

Dahrendorf. Überall, wo ich umherreise, sind die Herren auch unterwegs. Hier sollten die staatlichen Stellen eingreifen und diesen Zustand endlich abstellen. Es gibt keinen Juristen, der nicht für irgend jemand ein Gutachten anfertigt. Die Pädagogen drängen danach, und die Volkswirte sind in hohem Maße damit beschäftigt. Die Konzentration auf diese Nebenverdienste ist allmählich peinlich; und dann redet man darüber, daß zu wenig Personal zur Verfügung stünde! Das nenne ich Ordinarienuниверситät.

Dahrendorf

Über das Thema der freien Kapazitäten bei den Lehrkräften haben wir auch im Arbeitskreis diskutiert und den Vorschlag erwogen, zum Beispiel ein Trimestersystem einzuführen. Dabei lehren die Dozenten zwei Semester, während die Studenten drei Trimester hören können. Das würde zu einer wesentlich intensiveren Ausnutzung auch der räumlichen Kapazitäten in den Fachbereichen führen. Die Diskussion um diese Fragen sollten wir jedoch schnellstens von allzu ideologischen Erörterungen befreien. Für alle diese Probleme ist die Möglichkeit, Entscheidungen effektiv zu treffen, durchzusetzen und zu kontrollieren, von ausschlaggebender Bedeutung. Das betrifft auch die innere Struktur der Universitäten. Ich halte es für unumgänglich, daß an unseren Universitäten eine zentrale Entscheidungsinstanz gebildet wird.

von Heppe

Da stimme ich Ihnen völlig zu, Herr Dahrendorf.

Dahrendorf

Diese Instanz muß Wirtschafts- und Personal-, ebenso wie akademische Angelegenheiten beraten, beschließen und darüber entscheiden können.

Unsere angeblich fortschrittlichen Hochschulgesetze und Gesetzentwürfe versagen alle an diesem zentralen Punkt. Hier hat Konstanz einen wichtigen Schritt nach vorn getan, und auch Karlsruhe besitzt eine ähnliche Körperschaft. Dagegen sind an vielen anderen Stellen die Rechte der Fakultäten noch nahezu unbegrenzt.

Auch bei der staatlichen Verwaltung der Hochschulen in den Ländern kann vieles anders gemacht werden. Ich bin immer wieder überrascht, daß es unseren Kultusministern im Verkehr mit den Universitäten so sehr an Selbstbewußtsein fehlt. Das hat zu dieser unseligen Bauernverbandsatmosphäre im Verhältnis zwischen Universitäten und Kultusministern geführt. Dabei wären die Möglichkeiten vorhanden, viel mehr zu tun, als tatsächlich geschieht. Da bringt man dann als scheinheilige Ausrede vor, daß die Ministerien bei den Wissenschaftlichen Hochschulen, die die Freiheit von Forschung und Lehre genießen, keine Rechtsaufsicht ausüben könnten, weil es keine übergeordneten Rechtsgrundsätze gebe. Daher seien die Fakultätsbeschlüsse heutzutage das beste Recht. Das liegt nun wirklich jenseits der noch erträglichen Grenze in der Verwaltung der Universitäten.

Über die Universitäten und die einzelnen Länder hinaus müssen wir dann zu einer Koordinierung auf Bundesebene kommen. Das betone ich ehrlich als eingefleischter Föderalist. Es sind dort Rahmenentscheidungen zu treffen, wo es nötig ist.

Hamm-Brücher

Was stellen Sie sich unter der Selbstkontrolle der Hochschulen vor, Herr Dahrendorf? Sie sprachen von ökonomischen, verwaltungsmäßigen Instanzen. Denken Sie dabei an einen Präsidenten?

Dahrendorf

Bei einer professionellen Hochschulverwaltung denke ich in der Tat an einen Präsidenten, der weder ein Institut hat noch jemals wieder haben wird. Das Entscheidende ist, daß er keinerlei institutionelles Interesse für sich selbst hat. Darum wird er Präsident auf Lebenszeit. Er kann deshalb einen Teil der Berufungsverhandlungen am Ort führen. Meines Erachtens entspricht es den Sacherfordernissen ebenso wie den Notwendigkeiten einer effektiven staatlichen Verwaltung, daß die Verteilung der Sachmittel, der Mittel für wissenschaftliche Hilfskräfte und so weiter nicht durch private Zusagen in Berufungsvereinbarungen von einem zufällig amtierenden Hochschulreferenten für alle Zeiten fixiert wird, sondern daß sie innerhalb der einzelnen Hochschule nach den jeweiligen Bedürfnissen immer neu verteilt und zugeordnet werden. Auch dies ist so offenkundig, daß man glaubt, kaum lange

darüber reden zu müssen. Bei den Entscheidungsinstanzen jedoch gilt diese Idee auch heute noch als geradezu revolutionär.

Übrigens könnten an diesen Hochschulinstanzen auch die staatlichen Stellen beteiligt werden. Ich habe freilich Glück: Konstanz ist eine Universität im Aufbau, an der diese Möglichkeiten bereits bestehen. Es ist sicherlich von Nutzen, wenn man eine bei uns vorhandene Universität dafür zitieren kann.

In Saarbrücken gibt es die Globalzuweisung und mit dem Kuratorium ein Gremium, das in seiner Zusammensetzung zwischen dem Staat und der Universität steht. Das ist zweifellos ebenfalls ein sinnvolles Verfahren.

Becker

Der Plan ist organisatorisch eigentlich nur richtig zu verstehen durch das, was Herr Dahrendorf eben hinzugefügt hat. Es sollte ganz deutlich werden, daß die Honoratiorenverfassung der Universität, die zur Herrschaft der Amtsräte geführt hat, in ein System einer hauptberuflichen Gesamtverwaltung für diese Gesamthochschule umgeändert werden soll. Das wird allerdings ein völliges Umdenken erfordern.

Preuss

Die Kritik von Herrn Dahrendorf ist am Bild einer Rationalisierung der jetzigen Entscheidungs-, Forschungs- und Wissenschaftsprozesse an der Universität ausgerichtet, die sich einerseits bestimmten arbeitsmarktpolitischen Anforderungen vor allem der Großindustrie dienstbar zeigt und andererseits einer bürokratischen Rationalisierung seitens des Staates anheimgegeben werden soll. Hinter diesen Rationalisierungsvorstellungen stehen bestimmte gesellschaftliche Interessen.

Ich lehne die herrschende Auffassung von der Autonomie der Universität deswegen ab, weil sich heute unter diesem Begriff ständische und feudale Strukturen verbergen, die dazu geführt haben, daß trotz der Vermehrung der Wissenschaftsausgaben der Betrieb noch weniger funktioniert. Gerade durch eine interne Hochschulreform sollten überhaupt erst die Voraussetzungen für die geistige und dann auch institutionelle Autonomie der Universität geschaffen werden. Die Alternative dazu ist allerdings nicht eine durchrationalisierte Universität im Dienste ökonomischer Interessen auf der einen Seite und unter der Knute bürokratischer Rationalisierungstendenzen auf der anderen Seite.

Altmann

Die Autonomie der Universität, wie sie Herr Preuss kritisiert, muß in diesen Manipulationsmodellen fallen. Sie ist nicht mehr zu halten.

Becker

Was heißt eigentlich Autonomie, und seit wann gibt es sie? Mein Vater, der als ein liberaler Politiker galt, hat als Kultusminister häufig oktroyiert, und zwar in einem Umfang, wie kein Kultusminister nach dem Zweiten Weltkrieg. Das ist auch die Althoffsche Tradition. Die Autonomie der Universität besteht doch in einem Wechselspiel mit dem Staat, und man muß sich heute genau überlegen, wie in dieser Hinsicht das Verhältnis von Staat und Gesellschaft zu verstehen ist. Ich halte es für sehr gefährlich, davon zu sprechen, daß die Autonomie nun erledigt sei.

Altmann

Das ist nicht gemeint. Angesichts des starken Autoritätsverlustes des heutigen Staates und trotz seines veränderten Verhältnisses zur Gesellschaft ist die Universität mit ihrer Fakultätsselbstverwaltung heute die einzige unveränderte Institution gegenüber einer autoritätsgeschwächten und in ihrer Qualität verminderten Staatsverwaltung geblieben. Dieses Problem bezeichne ich mit dem Ausdruck Autonomie. Natürlich gibt es heute keinen Geheimrat X mehr, der den Professoren Vorschriften macht.

Dichgans

Was soll der Staat tun? Im Bildungsbereich hat er bisher mit vollen Händen Geld ausgestreut, ohne sich genügend zu überlegen, was er damit erreichen wollte. Er hat interveniert, ohne zu planen, übrigens haben wir in der Energiepolitik ähnliches erlebt. Wir sind Ihnen alle sehr dankbar dafür, Herr Dahrendorf, daß Sie einen Gesamtplan ausgearbeitet haben, der die Aufgaben der Bildungspolitik als

Ganzes überschaubar macht und konkrete Lösungen anbietet. Der Plan führt die Arbeiten des Wissenschaftsrates weiter, der sich ebenfalls vor einiger Zeit von dem allgemeinen Gerede gelöst und konkrete Vorschläge formuliert hat.

Wie lassen sich die Pläne nun in die Realität umsetzen? Können wir erwarten, daß sich die Hochschulen freiwillig selbst reformieren und die Pläne des Wissenschaftsrates oder die Vorschläge von Herrn Dahrendorf verwirklichen? Das stößt schon deshalb auf Schwierigkeiten, weil sich diese Aufgabe nicht ohne neue Gesetze verwirklichen läßt, und zwar einmal wegen der Stellenpläne, dann aber auch wegen der Laufbahnvorschriften.

Beim Innenausschuß des Bundestages liegt jetzt ein Beamtenrechtsrahmengesetz für Hochschullehrer vor, das den heutigen Zustand nur sehr vorsichtig weiterentwickeln will. Ich würde es sehr bedauern, wenn dieses Gesetz in der vorgeschlagenen Form verabschiedet werden würde. Dann erforderte nämlich eine größere Reform des Hochschulwesens in Kürze eine weitere Änderung dieses Gesetzes. Wir sollten also besser gleich jetzt ein gutes Gesetz ausarbeiten, das den Notwendigkeiten auch einer großen Reform genügt.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie, Herr Körber, bitten, in Zusammenarbeit mit Herrn Dahrendorf einen Änderungsantrag zum Beamtenrechtsrahmengesetz vorzubereiten. Ich werde diesen Antrag gern an den Ausschuß weiterleiten, der ihn sicher mit größtem Interesse aufnehmen wird. Ich kann nur hoffen, Herr Dahrendorf, daß der Ausschuß Sie dann einmal persönlich anhört. Auch dafür setze ich mich ein.

Nun zur Struktur der neuen Hochschule. Wir haben zur Zeit vierunddreißig Universitäten in zehn Bundesländern. Wir sind bei der Entwicklung neuer Ausbildungsgänge - sei es nach den Vorstellungen des Wissenschaftsrates oder nach denen von Herrn Dahrendorf - daran interessiert, daß Übergänge von der einen zur anderen Universität in der gesamten Bundesrepublik möglich bleiben; daß jemand, der seine Studien in Freiburg begonnen hat, sie in Münster in der gleichen Weise fortsetzen kann. Die katholischen Theologen sorgen bereits seit Jahrzehnten dafür, daß die Vorlesung Moral II in allen Universitäten exakt an die Vorlesung Moral I einer jeden anderen anschließt. Das Problem ist also lösbar.

Auch bei Medizinern ist so etwas offenbar weitgehend möglich. Wir brauchen also bei der Reform der Studiengänge eine Koordinierung. Dazu ist eine zentrale politische Instanz nötig. Die Konferenz der Kultusminister hat es in dieser Hinsicht schwer.

Ich würde es aber für falsch halten, etwa die Forderung nach einer Änderung des Grundgesetzes zu stellen. Damit würden wir uns nur Schwierigkeiten bereiten, ohne etwas in der Sache zu erreichen. Vielmehr sollten wir andere Wege beschreiten und versuchen, vorhandene zentrale politische Instanzen zu mobilisieren. Wir könnten etwa damit beginnen, den Bundestag als beratende Versammlung der Konferenz der Kultusminister und der Westdeutschen Rektorenkonferenz wirksam werden zu lassen, ohne ihm neue Gesetzeszuständigkeiten zu geben. Dieser Vorschlag mag Sie überraschen, er ist aber verfassungsrechtlich unbedenklich. Sie kennen die Beratende Versammlung des Europarates, die auch keinerlei gesetzgebende Zuständigkeit hat, dennoch aber immer wieder eine politische Meinung zum Ausdruck bringt und auf diese Weise Einfluß auf den Meinungsbildungsprozeß derjenigen Stellen nimmt, bei denen die Entscheidung liegt. Die öffentliche Meinung würde das sicher kräftig unterstützen.

Hamm-Brücher

Ich befürchte nur, daß bei uns außer Herrn Dichgans niemand an diesen Debatten im Parlament teilnehmen wird.

Dichgans

Wenn die Debatten inhaltsreicher wären, würden sie auch besser besucht werden. Solange man nur abstrakt über die Philosophie der Bildung diskutiert, verlassen die Abgeordneten scharenweise den Saal. Unterhält man sich aber über konkrete Dinge, wird es auch für die Abgeordneten interessant, und an einer Diskussion über die Einführung eines dreijährigen Normalstudiums werden sie sich lebhaft beteiligen.

Wir müssen in den Fragen der Hochschulpolitik einen politischen Gesamtwillen der Bundesrepublik entwickeln, damit die Gleichartigkeit der Hochschulen und damit die Möglichkeit des Hochschulwechsels erhalten bleiben. Ein Qualitätswettbewerb der Hochschulen untereinander wäre sehr wünschenswert - nicht jedoch formale Unterschiede der Ausbildungsgänge, die die Freizügigkeit noch mehr erschweren. Auch nach der großen Reform sollten die Hochschulen einheitliche

Ausbildungsgänge anbieten. Diese sollten auf fixierte Mindeststudienzeiten ausgerichtet sein, in denen ein normal begabter und normal fleißiger Student seinen Abschluß erreichen können muß genauso, wie man auf den Gymnasien in dreizehn, hoffentlich bald in zwölf Jahren das Abitur erwerben kann. Nur Universitäten, die eine solche normierte Ausbildung anbieten, sollten mit Förderung rechnen können.

Selbstverständlich wäre es richtig, wenn an allen Universitäten daneben auch noch andere Ausbildungs- und Forschungsmöglichkeiten existierten. Aber ein Student, der Germanistik studieren will, um Studienrat zu werden, muß vorher wissen, in wie vielen Semestern er bei dieser Universität zu einem normalen Abschlußexamen gelangen kann. Auch seine Eltern, die das Studium bezahlen müssen, stellen diese Frage mit Recht bereits am Anfang des Studiums.

Weiterhin müssen wir uns ebenfalls mit den Lehrkörpern befassen. Ich bin der Auffassung, daß in nahezu allen Fakultäten mindestens fünfzig Prozent der Professoren den späteren Beruf ihrer Studenten aus eigener Anschauung kennen sollten. Darauf beruht zur Zeit der Vorsprung der medizinischen und der technischen vor der geisteswissenschaftlichen Ausbildung. Es würde zum Beispiel den juristischen Fakultäten gut bekommen, wenn etwa die Hälfte der Professoren erfahrene Oberlandesgerichtsräte oder Anwälte mit wissenschaftlichen Neigungen wären. Umgekehrt würde es auch den Oberlandesgerichten nützen, wenn Herren aus der juristischen Hochschullaufbahn zu ihnen kämen. Den Gymnasien würde ein wechselseitiger Übergang ebenfalls sehr zustatten kommen, wenn Oberstudienräte in Professorenstellen und umgekehrt Assistenten oder auch außerplanmäßige Professoren in Stellen von Oberstudienräten hineinkämen.

Ich komme noch einmal auf das Hochschulbeamtenrechtsrahmengesetz zurück und bin der Meinung, daß bei der Berufung auf ein Ordinariat eine Probezeit vorgesehen werden sollte. Im Augenblick besteht bei uns der absurde Zustand, daß ein Wissenschaftler, der ordentlicher Professor werden soll, sofort einen lebenslänglichen Vertrag erhalten muß, obwohl er noch nie die Aufgaben eines Professors bewältigt hat und man nicht weiß, ob er überhaupt in der Lage ist, zum Beispiel eine pädagogisch wirksame große Vorlesung etwa über Bürgerliches Recht - Allgemeiner Teil - zu halten, und ob er Prüfungen abzulegen versteht. Wo würde die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie hinkommen, wenn sie jedem jungen Mann, den sie für eine wichtige Funktion einstellen will, gleich einen lebenslänglichen Vertrag geben müßte? So etwas tut sonst kein Arbeitgeber, auch der Staat nicht. Ähnlich wie bei den Richtern sollte das erste Ordinariat mindestens auf drei, höchstens auf sechs Jahre zur Probe befristet werden. Wie das in allen anderen Berufen selbstverständlich ist, sollte es von der Bewährung in der Probezeit abhängen, ob jemand Ordinarius auf Lebenszeit wird, also die "tenure" des angelsächsischen Hochschulrechts erhält. Vielleicht tröstet das auch die Studenten, die heute hier gegen die Ordinariatsuniversitäten polemisiert haben. Bei einer Mischung von Ordinarien auf Probe und Ordinarien auf Lebenszeit bekämen wir dann auch ein anderes menschliches Klima in den Lehrkörpern.

Zu den heutigen Aufgaben der Gesetzgebung würde die Änderung der Laufbahnvorschriften gehören, von der bereits gesprochen wurde. Ich würde es sehr begrüßen, wenn Herr Dahrendorf eine Übersicht über diejenigen Gesetze veranlassen könnte, die geändert werden müssen. Der Bundestag hat die Referendanzzeit der Juristen von dreieinhalb auf zweieinhalb Jahre reduziert. Für die meisten Laufbahnvorschriften ist jedoch nicht der Bundestag, sondern das Land zuständig. Ebenso wie bei der Universitätsreform muß hier eine starke öffentliche Meinung die Länder dazu veranlassen, sich dieser Angelegenheit mit dem Ziel anzunehmen, den Absolventen des dreijährigen Kurzstudiums den Zugang zum höheren Dienst zu öffnen.

Wenn die Abgeordneten des Bundestages und der Landtage in Bewegung gesetzt werden sollen, müssen sie zunächst informiert werden. Hier steht nun jeder Abgeordnete vor dem Problem des ungelesenen Papiers. Wir bekommen große Mengen wichtiger Informationen, die wir aber leider nicht alle lesen können, weil der Tag auch für uns nur vierundzwanzig Stunden hat. Deshalb möchte ich Sie dazu ermutigen, Herr Körber, sämtlichen Bundestagsabgeordneten in zehn Bergedorfer Thesen unter Hinweis auf unser heutiges Gespräch darzulegen, was Sie für wichtig halten, und zwar in einer Aufmachung, die das Interesse weckt. Was psychologisch richtig dargeboten wird, liest man auch. Wenn die Argumente gut sind, kann es dann auch Einfluß auf die Gesetzgebung haben.

Kollmann

Sie haben sicher recht, Herr Dichgans, daß es gut wäre, wenn auch Juristen in die Praxis gingen, also in einem gewissen Austausch tätig würden. Bei den Patentprozessen wäre es zum Beispiel notwendig, daß die Juristen industrielle Erfahrung besäßen.

Ridder

Das ist zweifellos sehr nützlich. Ich hätte aber die größten Bedenken gegenüber der von Herrn Dichgans erwähnten Permeabilität zwischen den Richtern und den Hochschullehrern, weil das dann wieder zur bloßen Rechtskunde führt.

Ich würde es außerdem für sehr wichtig halten, daß ein Jurist sich eine Zeitlang im englischsprechenden und im sozialistischen Ausland aufhielte, bevor er in die Praxis geht.

Wild

Lassen Sie mich noch einmal auf die Frage zurückkommen, inwieweit die Universität zu einer Weckung des kritischen Bewußtseins beitragen soll. Das kann ich mir nur durch ein Mitarbeiten in der Forschung vorstellen. Auch die Verunsicherung, die mehrfach angesprochen wurde, kann ich mir nur so denken, daß alles im Licht der jeweils fortgeschrittensten Erkenntnis kritisch beleuchtet und auf diese Weise die Forschung vorangetrieben wird. Wenn das Modell von Herrn Dahrendorf funktionsfähig sein soll, wäre es notwendig, nicht nur eine Durchlässigkeit auf der studentischen Ebene, sondern auch auf der der Dozenten zu schaffen. Man sollte also die reinen Lehrpersonen ebenfalls von Zeit zu Zeit einmal wieder in das kalte Wasser eines Forschungsbetriebes hineinwerfen. Ich halte das nicht nur psychologisch, sondern auch sachlich für ratsam, damit sich der wissenschaftliche Fortschritt nicht verlangsamt.

Dahrendorf

Bei uns hat das Dogma der Einheit von Forschung und Lehre die Entwicklung der Hochschulen behindert. Ich betone: "das Dogma". Wir haben diese Einheit bisher immer so verstanden, daß jede Lehrveranstaltung aus der Forschung abgeleitet sein und jede Forschungsveranstaltung einen Lehreffekt haben sollte. Forschung und Lehre waren auf allen Ebenen und bei allen Personen miteinander verbunden. Eine der unglücklichen Konsequenzen daraus sehe ich in der Emigration der Forschung aus den Hochschulen. Dank diesem aus Humboldt heraus interpretierten Dogma bildete sich dort, wo Forschung ohne einen unmittelbar erkennbaren Ausbildungseffekt betrieben wird, die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.

Eine andere Konsequenz sehe ich darin, daß man den Ausbildungsaufgaben als solchen nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet hat.

In einem solchen differenzierten System sollten innerhalb der Hochschule zum Beispiel reine Forschungsinstitute möglich sein, die ebenfalls einen Ausbildungseffekt haben, denn auch dort sitzen junge Wissenschaftler, die bei ihrer Arbeit etwas lernen. Zugleich sollte es Möglichkeiten einer raschen und vorzüglichen Ausbildung für diejenigen geben, die zur Forschung begabt sind.

Ich halte die Differenzierte Gesamthochschule für den besten Weg, um der Forschung und der qualifizierten Ausbildung in unseren Hochschulen wieder einen Platz zu schaffen. Forschung und qualifizierteste Ausbildung leben in starkem Maße von dem übrigen Hochschulbetrieb. Deshalb, Herr Wild, müssen sich beide Bereiche stärker durchdringen, als es bei einer Trennung der Institutionen sinnvoll und möglich ist.

In gewissen Teilbereichen mag man sich das ersparen können. Das ist jedoch eher in der Differenzierten Gesamthochschule als in der Differenzierung der Einrichtungen möglich, so daß einige die Ausbildung, andere vorwiegend die Forschung übernehmen. Es war die Antwort auf die Quadratur des Zirkels: "How can we be equal and excellent too?" zu finden. Gleichzeitig ist aber die vom Wissenschaftsrat angeregte Politik der Schwerpunktbildung beziehungsweise der Ausbildung von Sonderforschungsgebieten entscheidend. Wir müssen darauf verzichten, zum Beispiel zweiundzwanzig Institute für Kernphysik mit gleichen Forschungsaufgaben in der Bundesrepublik zu etablieren.

Natürlich wäre es sehr bedauerlich, wenn nur noch ein Institut übrigbliebe, denn eine gewisse Konkurrenz fördert zweifellos auch das Geschäft in der Wissenschaft. Eine Reduktion auf drei oder vier Institute erscheint jedoch unerlässlich. Das hat sicher viele Konsequenzen und ist ein entscheidender Struktureingriff. Derartige Sondergebietsforschungen unterstützen aber in gewissem Umfang die Differenzierung in ausbildungs- und forschungsintensive Bereiche. Denn dadurch wird es eine Reihe von Hochschulen geben, an denen Physiker mancher Bereiche keine eigene Forschung betreiben können wie an anderen Universitäten.

Ich teile Ihre Meinung, Herr Wild, daß der offene, entwerfende, fragende, konstruktive und auch kritische Aspekt in die Universität durch die Forschung hineinkommt. Während ich vorhin betonte, daß

die Ausbildung in ihren Inhalten über den Stand der gesellschaftlichen Entwicklung nicht wesentlich hinausgehen kann, ist die Forschung grundsätzlich durch die Offenheit gekennzeichnet. Das nehme ich als einen sehr wichtigen Hinweis entgegen. Wir haben in unserem Arbeitskreis daran gedacht, einen ständigen Kontakt zur Forschung für alle zu öffnen, was aber nicht wieder darauf hinauslaufen soll, daß nun jeder Ordinarius in gleichem Umfange forscht und lehrt. Diejenigen mit einem Ausbildungsdeputat sollten ebenfalls Zugang zur Forschung haben. Auch das wird nur in der Differenzierten Gesamthochschule erreicht. Als Antwort auf die Forschungswünsche der Pädagogischen Hochschulen gründen wir in Baden-Württemberg natürlich keine 67 Institute für Volksschuldidaktik, weil wir 67 Professoren an Pädagogischen Hochschulen haben, sondern wir werden eine Verbindung herstellen, die es den Dozenten an den Pädagogischen Hochschulen ermöglicht, dort, wo Forschungseinrichtungen im Bereich der Erziehungswissenschaften bestehen, daran mitzuwirken, ohne daß darum ihr Lehrdeputat um vier Wochenstunden verringert wird. Es müssen Wege gefunden werden, um trotz der Differenzierung das Zusammenwirken zu ermöglichen, damit auf keinen Fall diejenigen, die die Lehre betreiben, zwanzig Jahre hinter der Forschung herhinken und auf diese Weise ein Mißstand noch vergrößert wird.

Becker

Sie sprachen von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Herr Dahrendorf. Im Institut für Bildungsforschung in Berlin zum Beispiel und auch an anderen Stellen in der Max-Planck-Gesellschaft zeigt sich deutlich, daß die sogenannten reinen Forschungsinstitute in ihrem eigenen Interesse gezwungen sind, insidertaining-Programme durchzuführen. Ohne solche internen Ausbildungsprogramme ist auch die sogenannte reine Forschung nicht zu betreiben.

Litten

Leider haben Sie, Herr Dahrendorf, wieder eine Dichotomie konstruiert, die Herr Wild auf sehr geschickte Weise aufgehoben hatte. Er zeigte nämlich - und ich würde das als einen praktikablen Weg bezeichnen;- , wie eine Vermittlung zwischen kritischer und technologischer Ausbildung erreicht werden kann, wobei einzuräumen ist, daß eine solche technologische Ausbildung für die Reproduktion der Gesellschaft durchaus notwendig ist. Mit der Teilung in Forschung und Lehre einmal in der Person, zum anderen in der gesamten Universität scheinen Sie eine falsche Alternative aufgestellt zu haben. Das führt zu einer Scheuklappenmentalität zwischen den Kollektiven, die an der Universität nur der reinen Forschung dienen - was ich für Ideologie halte;- , und denen, die sich einer abgestandenen Lehre widmen. Damit werden - fürchte ich - wieder bestimmte Unterschiede aufgerissen, die, wie es der VDS-Vorschlag zeigte, dadurch überwunden werden können, daß man eine doppelte Positionalität des Forschenden und des Lehrenden schafft.

Die gesellschaftlichen Kosten, die Sie mit den hier entwickelten sehr hygienischen Vorstellungen einzusparen meinen und die zu einer Beeinträchtigung auch der Forschung führen können, was ich durchaus sehe, sind meiner Meinung nach notwendig. Sonst wird dieser reine Forscher in einen Raum abgedrängt, in dem er seine gesellschaftlichen Bezugspunkte verliert, deren er in der Lehre, also in der Diskussion mit seinen Schülern, sehr viel eher einsichtig wird, als wenn er nur Forschung betriebe.

Becker

Herr Dahrendorf wollte sicherlich nicht so absolut trennen, wie Sie ihm das jetzt unterstellen; ihm kam es vielmehr darauf an, die Akzente zu verschieben.

Wild

Herr Dahrendorf hat gesagt, daß man die Differenzierte Gesamthochschule als ein differenziertes Gesamthochschulsystem aufzufassen habe derart, daß unter allen Umständen Schwerpunkte geschaffen werden müssen, weil wir uns das anders nicht leisten können. Die von mir angesprochene Tätigkeit der Lehrpersonen in einem Forschungsteam wird daher im allgemeinen mit einem Hochschulwechsel oder mit einem Wechsel zu den Max-Planck-Instituten, die damit in sehr günstiger Weise eingeschaltet werden können, oder aber auch zu Großforschungsunternehmen verbunden sein. Dadurch brauchen die anderen Universitäten forschungsmäßig nicht notwendig ins Hintertreffen zu geraten, aber sie könnten dann keine kostspieligen Forschungen mehr betreiben - in der Physik wären damit zum Beispiel Kernforschungen und Elementarteilchen-Forschungen gemeint; aber Forschungen etwa im Bereich der Festkörperphysik wären damit keineswegs ausgeschlossen.

Soweit die Betroffenen primär ein Ausbildungsdeputat haben, sollten sie besser, statt vier Wochenstunden in jedem Jahr forschen zu dürfen, von Zeit zu Zeit für ein Jahr zum Zweck der

Forschung von ihrer Lehrtätigkeit entpflichtet werden. Auf diese Weise könnten sie wieder einmal in den Geist eines wissenschaftlichen Instituts eintauchen, um die neuesten Probleme kennenzulernen und danach in die Ausbildung zurückzukehren.

von Heppe

In den Sonderforschungsbereichen ist zweifellos eine der Kernentwicklungen für die Zukunft enthalten.

Das setzt jedoch auf der einen Seite eine Neuordnung der Zuständigkeiten in den Hochschulen voraus. Derartige Entscheidungen können nicht allein in der Jurisdiktion der Fakultäten liegen.

Becker

Auch die Berufungsverhandlungen dürfen nicht allein von den Fakultäten erfolgen.

von Heppe

Hier ist eine Zentralinstanz in der Hochschule unbedingt notwendig.

Zum anderen kann das System der Sonderforschungsbereiche nur funktionieren, wenn hier von Seiten des Staates ein vernünftiges Zusammenspiel zwischen Bund und Ländern stattfindet. Es muß nach sachlichen Gesichtspunkten entschieden werden, und die staatlichen Stellen sollten sich zu einer wirksamen und organischen Zusammenarbeit entschließen.

Becker

In Ergänzung dazu müßte man ein Kriteriensystem für diese Zusammenarbeit entwickeln, um zu verhindern, daß man nur die Dinge zum Gegenstand sogenannter Entscheidungen macht, die zufällig gerade vorgetragen werden.

Krings

Weiterhin sollte man die Vorstellung aufgeben, ein Hochschullehrer dürfe nur einer einzigen Universität angehören. Wenn Sonderforschungsbereiche etabliert werden, müssen sie offen sein und dürfen keinen lokalen Zirkel bilden, von dem die Forschung an den anderen Hochschulen ausgeschlossen bleibt. Das gilt im übrigen nicht nur für die Hochschullehrer, sondern vor allem auch für den Nachwuchs. Diese lokalen Sonderforschungsbereiche dürfen keine Monopolstellung weder für die Forschung noch auch für den wissenschaftlichen Nachwuchs - haben. Vielmehr muß durch eine Änderung der Struktur für die Gelehrten eine Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Kooperationen garantiert werden.

Nevermann

Ist diese Differenzierte Gesamthochschule auch als ein räumlich integriertes System gedacht?

Dahrendorf

Langfristig ist hier an eine räumliche Einheit gedacht, wenn es auch übergangsweise nötig sein wird, sie als administrative Einheit einzurichten.

Hamm-Brücher

Inwieweit könnte dieser Plan von einem Bundesland allein verwirklicht werden, und was müßte in allen Ländern gleich gemeinsam geschehen? Sie wollten ja ursprünglich einmal das Modell einer Forschungsuniversität errichten. Wie stellen Sie sich jetzt die Erweiterung oder den Umbau speziell in Konstanz vor, um Ihre Differenzierte Gesamthochschule durchzuführen?

Baden-Württemberg hat sehr intensiv geplant und seine Pädagogischen Hochschulen sowie seine Ingenieurschulen bereits auf Jahrzehnte hinaus festgelegt. Wie wollen Sie den Hochschulgesamtplan dort umsetzen? Wollen Sie das alles ganz oder teilweise nach Konstanz oder Tübingen verlagern?

In diesem Zusammenhang ist die Verabschiedung des Besoldungsgesetzes eine Vorbedingung für die Realisierung Ihres Modells. Die Anerkennung des dreijährigen Studiums mit Bakkalaureatsabschluß als Qualifikation für den höheren Dienst wird hierfür entscheidend sein. Dann würde nämlich auch die Wirtschaft nachziehen.

Dahrendorf

Es wird vorerst unmöglich sein/das Dreijahres-Studium zur Eingangsbedingung für den höheren Dienst zu machen. In Baden-Württemberg muß das juristische Studium acht Semester dauern.

Becker

... und zwar nicht aus den Gründen, die Herr Ridder angeführt hat.

Dahrendorf

Kein Studium, das kürzer ist, erlaubt den Eintritt in den höheren Dienst. Wenn man davon ausgeht, daß es sich hier um eine der stärksten Interessengruppen in unserem gegenwärtigen Staatssystem handelt, liegt die entscheidende Frage nicht beim Eintritt in den höheren Dienst, sondern darin, wie man die Grenze zum höheren Dienst öffnen kann. Wie läßt sich also trotz der Eingangsstufe unterhalb des höheren Dienstes erreichen, daß ohne jede Einschränkung - nicht nur für ein paar Aufstiegsbeamte - eine Leistungsbeförderung über diese Grenze hinaus stattfindet?

Die Veränderungen des Besoldungsgesetzes sind wichtig, und den Vorschlag von Herrn Dichgans habe ich mir wohl gemerkt. Wo entsprechende Gesetze noch fehlen, läßt sich viel mit Hilfskonstruktionen machen. Das gilt für den ganzen Hochschulbereich. Fast alles, was ich Ihnen heute vorgetragen habe, kann, wenn auch in umständlicher Weise, mit Hilfe der geltenden restriktiven rechtlichen Regelungen durchgeführt werden. In Baden-Württemberg haben wir zum Beispiel ein Lehrerbildungsgesetz, das verbietet, an den Pädagogischen Hochschulen andere als Volksschullehrer auszubilden. Demzufolge studieren die Realschullehrer in Ludwigsburg als Studenten der Technischen Hochschule Stuttgart.

Was kann ein Bundesland tun? Schon die kleine Fakultas wäre hier ein Beispiel. Ich stelle mir den folgenden Weg vor: Der Ministerrat von Baden-Württemberg faßt einen Beschluß, daß prinzipiell Vorschläge, die im Rahmen dieses Hochschulgesamtplanes liegen, von der Regierung oder den zuständigen Ministerien behandelt und akzeptiert werden. Damit hätte man die Möglichkeit, an vielen Hochschulen Kurzstudiengänge zu entwickeln. Das wäre schon ein Fortschritt. Es ist natürlich gefährlich, durch Hochschulreformen die ohnehin attraktiven Hochschulen eines Landes noch attraktiver zu machen und dadurch die Abiturienten der anderen Länder zusätzlich heranzuziehen.

Ich wäre froh, wenn diese Fragen schnell auf überregionaler Ebene beraten werden könnten. Unser Arbeitskreis hat sich eine Methode der politischen Planung zugelegt, wie sie auch in Baden-Württemberg bisher nicht üblich war. Sie weicht von der in unserem Lande gängigen Methode der Intervallplanung ab, wonach intelligente Leute alle sechs Wochen anderthalb Tage an ein zentrales Thema wenden und die übrige Zeit mit anderen Dingen zubringen.

Becker

Zur Vermeidung von Mißverständnissen füge ich hinzu, daß dies die spezielle Kritik von Herrn Dahrendorf am Bildungsrat ist. In Baden-Württemberg geht die Planung so vor sich, daß Herr Dahrendorf an vier Tagen in der Woche im Kultusministerium sitzt.

Dahrendorf

Wir müßten die überregionalen Möglichkeiten, die vor allem die Zukunft von Wissenschaftsrat und Bildungsrat betreffen, gründlich erkunden. Wie ich weiß, sind beide bereit, Wege zu finden, um das, was zwischen beide Bereiche fällt, in irgendeiner Weise mit zu bewältigen.

Die Differenzierte Gesamthochschule wurde im übrigen keineswegs nur für einen einzelnen Ort entworfen. Im Hochschulgesamtplan steht im letzten Kapitel unter der Überschrift: "Leitlinien der Realplanung" der Vorschlag, solche Versuche wenigstens an drei Stellen des Landes zu machen. An einer dieser drei sollte bereits eine Vielzahl von Hochschulen vorhanden sein. Für die zweite ist eine alte Universität vorgesehen, um deutlich zu machen, daß dieses Programm die alten Universitäten nicht ausnimmt. Schließlich sollte die Möglichkeit einer Neugründung genutzt werden.

Wild

Konstanz sowie Bielefeld hatten sich ein sehr anspruchsvolles Ziel gesetzt. Man wollte, ähnlich wie bei der Berliner Universitätsgründung von 1810, ein zeitgemäßes Universitätsmodell realisieren, und zwar insbesondere dadurch, daß eine bewußte Beschränkung vorgenommen und ein organischer Zusammenhang der einzelnen Schwerpunkte mit einer Universitätsthematik gesucht wurde. Ich

fürchte, daß das Riesengebilde der Differenzierten Gesamthochschule diese Idee verwässert. Ich würde es bedauern, wenn für Modellhochschulen im Sinne der Gründungsidee von Konstanz und Bielefeld hinfort kein Platz mehr wäre. Ich bin der Meinung, wir brauchten schon etwas, das als Leitbild in wissenschaftstheoretischer Hinsicht für die Deutsche Universität der Zukunft einen Akzent setzt, den wir heute nicht haben, obwohl mit solchen Modellhochschulen das Massenproblem nicht zu lösen ist.

Becker

Bei der Gründung der Universität Konstanz hat sich der politische Gedanke Kiesingers, Südbaden zu befriedigen, mit einer Universitätskonzeption verbunden, die in der ursprünglichen Form sinnvoller als zweite Universität in München oder Berlin, nicht jedoch ausgerechnet an der Schweizer Grenze, fern von Flugplätzen und Fernzügen, am Platze gewesen wäre. Für diese Konzeption können die Beteiligten nicht unmittelbar verantwortlich gemacht werden. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß die Gesamthochschule zwar nicht für Konstanz erdacht worden ist, doch aber den Versuch einer gewissen Umfunktionalisierung des ursprünglichen Konstanzer Modells darstellt.

Ridder

Gegenwärtig befindet sich das Modell von Herrn Dahrendorf im Stadium der Planung und erfreut sich der Sympathien aller staatlichen Stellen. Er bringt ein Schwarzbuch heraus, und zunächst ist alles noch unverbindlich. Später werden Sie die staatlichen Stellen zur Kasse bitten, Herr Dahrendorf.

Sie möchten nach Möglichkeit alle Universitäten zu einer Gesamtuniversität in sich mobilmachen, diese Gesamtuniversitäten auf der Landesebene dann zu einem Gesamtuniversitätsverbund entwickeln, der wiederum in sich mobil ist. Organisatorisch wird es wohl auf eine Präsidialverfassung für diese Universitäten hinauslaufen. Dadurch werden viele administrative Kompetenzen von den staatlichen Stellen abgesaugt. Wir haben in Hessen gerade ein Hochschulgesetz durchgebracht, um das mit einer Weißglut gekämpft worden ist, die einer besseren Sache würdig gewesen wäre, mit dem die Trennung von akademischer Selbstverwaltung und staatlicher Wirtschaftsverwaltung wiederum zementiert wurde. Das müßte dann alles aufhören. Wird Herr Dichgans es nicht mit einem gewissen Mißfallen sehen, wenn diese staatlichen Kompetenzen von den Universitäten abgesaugt werden?

Dichgans

Durchaus nicht, Herr Ridder, wenn die Verwaltung gut ist.

Ridder

Gerade die Hochschulfiguren haben das ja in der Hand. Halten Sie es für möglich, das durchzusetzen, Herr Dahrendorf, ohne ganze Leichenberge von Kultusministern, Staatssekretären und Ministerialen an Ihrem Wege aufzuschichten? Das sind doch rechtlich verbindliche Entscheidungskompetenzen, die in der Hochschulsphäre umgelagert werden. Ich frage nicht nur aus politischen Gründen. Wie soll das praktisch aussehen?

Dahrendorf

Über die Zusammenhänge zwischen politischer Planung und Entscheidung auf der einen und Forschung auf der anderen Seite habe ich meine Meinung während der Arbeit an diesem Gesamtplan erheblich geändert. In manchem Punkt ist meine Auffassung skeptischer geworden, in anderen hat sie sich in eine Richtung entwickelt, die die anwesenden Studenten erfreuen wird. Ich habe die Vorstellung aufgegeben, daß eine weitgehende Trennung der drei Bereiche und der Kooperation ihrer Vertreter möglich ist. Forschung, Planung und Entscheidung müssen entweder in denselben Personen vereinigt werden, oder sie treffen überhaupt nicht zusammen. Die Vorstellung stimmt einfach nicht, daß der eine Rat gibt und der zweite ihn umsetzt. Wir können solche Programme der Strukturveränderung sowohl in den Ländern als auch auf Bundesebene nur umsetzen, wenn zwischen denen, die sich Konzeptionen ausdenken, und denen, die kraft ihrer Position die Vollmacht haben, sie durchzuführen, ein außerordentlich enger Kontakt besteht, so daß diejenigen, die entscheiden, im Detail über das mitdiskutieren können, was an Planungsvorschlägen und Forschungsgrundlagen erarbeitet wird. Andererseits sollten diejenigen, die Planung machen, im Detail über die Umsetzung mitreden. Ein solches Verhältnis gibt es jedoch auf der Ebene der Bundesregierung als Ganzes überhaupt nicht. Auf der Ebene der Länderregierungen ist es gelegentlich und dann mit Schwierigkeiten vorhanden.

Die Leichenberge, Herr Ridder, sind nicht so sehr bei den Kultusministern und Staatssekretären zu erwarten, denn davon gibt es ja im Kultusbereich gar nicht so viele. Die Schwierigkeiten liegen viel eher bei den leitenden Beamten in den Ministerien. Diese hochqualifizierten Herren haben eine lange Ausbildung hinter sich und werden relativ gut bezahlt. Sie bringen aber ihre Zeit mit Verwalten zu. Wir haben viele hundert leitende Beamte in den verschiedenen Ministerien der Länder und des Bundes, die bis zu hundert Prozent mit Detailaufgaben beschäftigt sind. So verwenden zum Beispiel Ministerialdirigenten ihre Zeit dazu, den Streit zwischen einer Putzfrau und einem Dozenten zu schlichten. Oder sie führen Berufungsverhandlungen, was schließlich - jedenfalls so, wie es gehandhabt wird - auch eine Verwaltungsaufgabe ist, wenn sie auch strukturelle Konsequenzen mancherlei Art hat. Für diese leitenden Beamten verändert sich viel bei einer neuartigen Struktur sowohl der staatlichen als auch der Universitätsverwaltung. Hier könnte eine Umstellung zur Freisetzung von vorhandenem Beamtentalent für Konzeptionsaufgaben führen, wie wir sie dringend brauchen. Diese Herren dürften froh sein, wenn ihnen die Möglichkeit gegeben wird, über Sachaufgaben zu diskutieren.

Bei diesen leitenden Beamten erwarte ich die größten Schwierigkeiten. Es besteht nur dann eine Chance, die nötigen Strukturveränderungen durchzusetzen, wenn wir Persönlichkeiten finden, die konsequent das rationale Nachdenken über politische Ziele mit der gründlichen Information über die verfügbaren Forschungsergebnisse und dem Durchdenken von Planungsmöglichkeiten verbinden. Darin liegt für mich die größte Forderung für die Zukunft, und in diesem Punkt ist mein Optimismus sehr begrenzt.

Es wird Ihnen deutlich geworden sein, daß es zumindest in meinem Interesse darum geht, diesen Plan so rasch wie möglich über Baden-Württemberg hinaus in die Diskussion hineinzutragen, in der Hoffnung, irgend etwas zur Lösung des Dilemmas beizutragen.

Becker

Ich habe im Bergedorfer Kreis bereits einige Gespräche über sehr verschiedene Themen geleitet. Der heutige Abend zeichnet sich, glaube ich, dadurch aus, daß die hier zusammengekommenen Persönlichkeiten in der Tat in einem ungewöhnlichen Maße kompetent sind. Bundestag, Bundes- und Landesministerien, Universitätsrektoren und Professoren, Bildungsrat und Wissenschaftsrat, Industrie und Gewerkschaften, Assistenten und Studenten waren vertreten. Selten hat wohl eine Einladung zum Bergedorfer Kreis eine so breitgestreute Resonanz gefunden wie diesmal, Herr Körber. Das hier angesprochene Problem brennt allen Beteiligten auf den Nägeln, und was eine mögliche Lösung betrifft, so sind alle in wünschenswerter Weise verunsichert worden.

Mir erscheint es jedoch wichtig, noch einmal zu betonen, daß der Plan einer Differenzierten Gesamthochschule, wie er uns von Herrn Dahrendorf vorgetragen wurde, nicht nur den Versuch einer Lösung für die Universität und ihre derzeitigen Probleme darstellt, sondern daß er sich bemüht, das Thema Wissenschaft und Gesellschaft auf eine viel breitere Grundlage zu stellen, als es bisher in der neueren deutschen Hochschulgeschichte geschehen ist. Das möchte ich als eines der wichtigsten Elemente dieses Planes hervorheben.

Der deutsche Besucher einer amerikanischen Universität ist leicht geneigt, den Bachelor of Arts in Nursery und Home Economics zu belächeln. Dabei wird von uns gern übersehen, daß dahinter der Versuch steht, Gesellschaft und Wissenschaft als einen Gesamtzusammenhang zu sehen. Dieses gesellschaftspolitische Problem wird in dem vorliegenden Plan auch für Deutschland aufgeworfen.

Indem dieser Plan das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft mit einbezieht, verhindert er, Wissenschaft in der Form zu isolieren, wie es in der herkömmlichen deutschen Hochschulpolitik geschieht. Dieser Breitenaspekt sollte gegenüber der Kritik an den technokratischen Seiten des Planes besonders unterstrichen werden.

Ein solches Gespräch kann und soll keine definitiven Lösungen bringen, sondern kann nur in dem heute wiederholt dargelegten Sinn eine kritische Diskussion sein. Deshalb sind wir Herrn Dahrendorf dankbar, daß er sich so direkt wie nur möglich den Fragen gestellt hat.

Körber

Meine Dame, meine Herren, zum Schluß bleibt mir nur noch übrig, Ihnen allen recht herzlich für Ihr Kommen nach Bergedorf und für die intensive Beteiligung mit Ihren wirklichkeitsnahen Diskussionsbeiträgen an diesem Gespräch zu danken, einem Gespräch, das den Vorzug hatte, den vom Arbeitskreis des Herrn Dahrendorf entwickelten konkreten Modellplan für Baden-Württemberg überprüfen und diskutieren zu können. Wir alle sind Herrn Dahrendorf sehr zu Dank verpflichtet für die

übersichtliche Zusammenfassung des so konsequenten Planes für die Differenzierte Gesamthochschule, die er mit zeitkritischer Interpretation erläuterte und verteidigte.

Wenn uns der heutige Abend eine freimütige und dennoch sachbezogene Diskussion ermöglichte, so ist das nicht zuletzt Herrn Becker zu danken, der bei dem gebotenen Reichtum an Gedanken und Anregungen dafür sorgte, daß in der Diskussion die Kernfragen der Hochschul- und Wissenschaftspolitik herausgestellt und verdeutlicht wurden.

Gestatten Sie mir, den Eindruck, den ich vom heutigen Abend erhielt, mit einer Erfahrung aus meiner wirtschaftlichen Praxis zu vergleichen. Ich bin als Industrieller auch im Aufsichtsrat einer erfolgreichen Bank tätig, in der ich über die Richtlinien der Kreditgewährung mitzuentcheiden habe. Im allgemeinen wurden bisher von den Banken mehr oder weniger nur Erkundigungen über den Status der kreditsuchenden Wirtschafts- oder Industriebetriebe eingeholt. Wie sieht es mit der Liquidität, der Auftragslage und so weiter aus? Ich habe den Bankdirektoren für die Kreditgewährung ein neues zusätzliches Kriterium zur Beachtung empfohlen. Danach haben Beauftragte der Bank in die Betriebe, die Kreditwünsche haben, hineinzugehen und festzustellen, ob dort auch Bauhandwerker tätig sind, die alte Maschinenfundamente auf- und alte Mauern einreißen, um neue, dem technischen Fortschritt der Betriebseinrichtungen angepaßte Fundamente und Wände wieder aufzubauen. Wenn dies nicht der Fall ist, sollten sie keinen Kredit gewähren. Ich rate auch meinen Freunden, keine Aktien eines solchen Unternehmens zu kaufen. Und warum? Weil die mit zunehmender Industrialisierung immer schärfer werdenden Wettbewerbszwänge ständig neue Planungen über neue Fabrikationsmethoden erforderlich machen, was wiederum den Einsatz neuer Produktionsmittel und damit bauliche Veränderungen zur Folge hat. Es gibt keine endgültig fertige Fabrikationsstätte mehr. Der Veränderungszustand ist chronisch. In den industriellen Unternehmungen ist für den Betriebsfremden der Bauhandwerker das sichtbare Zeichen dafür, daß man bemüht ist, sich dem Fortschritt anzupassen.

Im Hinblick auf dieses Gleichnis möchte ich sagen, daß mir um die Hochschulreform nach dem am heutigen Abend gebotenen Reichtum an Anregungen nicht bange ist. Von Ihnen allen sind sowohl im Referat als auch in den kritischen Äußerungen Hebel und Brecheisen angesetzt worden, um an den bisher zementierten Grenzmauern unseres Bildungs- und Ausbildungswesens Veränderungen vorzunehmen. Deshalb würde ich auch, allerdings mit dem Risikobewußtsein eines Unternehmers, Aktien für unsere zukünftigen bundesdeutschen Bildungs- und Ausbildungsleistungen kaufen. Ich meine, der bestehende Bildungs- und Ausbildungsengpaß kann beseitigt werden, wenn das heute diskutierte und mit viel Überlegung und Sinn für Realität erarbeitete Modell in die Wirklichkeit umgesetzt wird.

Der von Herrn Dahrendorf vorgetragene Plan ist kein abstraktes Modell. Er berücksichtigt in einem organischen Zusammenspiel Voraussetzungen und Gesetze der Wissenschaft ebenso wie die ökonomischen Möglichkeiten, innerhalb deren unsere Gesellschaft auf Dauer operieren muß. Das Modell geht von einer Gesellschaft aus, die nicht nur die Produktion verwissenschaftlicht, sondern in ihren Strukturen, Organisations- und Lebensformen auf ein Potential von wissenschaftlich ausgebildeten Menschen zurückgreifen können muß. Damit verändert sich allerdings das Klima unserer Kulturpolitik ganz entscheidend, weil hier für die Praxis der Hochschulen Bildungs- und Ausbildungsgänge ohne Rücksicht auf Tabus oder ideologisierte Situationen wirklich und eindeutig zu Ende gedacht sind.

Vielleicht tragen die Veröffentlichung des hier diskutierten Planes und die nunmehr begonnene Diskussion dazu bei, durch rücksichtslose Offenlegung aller Dinge Zwänge zu schaffen, damit die Politiker tun, was ihres übertragenen Amtes ist, und Grundentscheidungen treffen, nachdem die gesellschafts- und wissenschaftspolitischen Notwendigkeiten überdeutlich geworden sind.